

Dr. Alexander Redlich

Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Russland

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart und Berlin



Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland



Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland

Von

Dr. Alexander Redlich

Zweite Auflage



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1915

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt
in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach
in Salach, Württemberg

Einleitung

Seit dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges ist die Frage, wer ihn eigentlich herbeigeführt hat, aufgeworfen und mit großer Lebhaftigkeit erörtert worden; und zwar handelte es sich nicht allein um den Streit, welche der beiden Parteien an dem Kriege schuldig sei, sondern auch innerhalb der einzelnen Lager hat man Unterscheidungen zwischen „Hauptschuldigen" und „Mitschuldigen" zu konstruieren versucht. Alle diese polemischen Betrachtungen sind zu Anfang des Krieges mit besonderer Rücksicht auf das neutrale Ausland angestellt worden, dem gegenüber jede Partei die Berechtigung ihres Standpunktes darlegen wollte. Je weiter aber der Krieg fortschreitet und je mehr sich zeigt, daß die neutralen Staaten, wie nicht anders zu erwarten war, ihre Haltung nach den eigenen Interessen regeln, für die nicht zuletzt das Stärkeverhältnis zwischen den kämpfenden Parteien in Betracht kommt, desto mehr verliert die akademische Betrachtung der moralischen Schuldfrage, von dem bisherigen Standpunkt aus gesehen, an Interesse. Dafür aber gewinnt die politische Vorgeschichte des Krieges, aus einem anderen Gesichtswinkel beurteilt, um so mehr an Bedeutung, je mehr wir uns dem Zeitpunkt nähern, der den Beginn der Friedensverhandlungen bringen wird. Niemand wird diesen ungeheuren Krieg umsonst geführt haben wollen. Der Sieger wird einen Preis fordern, der ihn für seine Opfer entschädigt, der Besiegte wird jenes Maß von Schonung für sich verlangen, das der Zähigkeit des geleisteten Widerstandes entspricht; und so muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß jene vollständige Neueinteilung der Welt, die man sich anfangs auf beiden Seiten versprach, nicht zustande kommen wird. Dennoch muß man fordern, daß ein solches Ringen wie das gegenwärtige nicht mit der Herbeiführung eines Statusquo ende, eines Statusquo

nicht nur in Bezug auf die Landkarte, sondern vor allem auf das Verhältnis der treibenden Kräfte, der Bestrebungen und der politischen Anschauungen, die diesen Krieg möglich, ja nötig gemacht haben. Denn wenn dieses Verhältnis bestehen bliebe, dann müßte es in absehbarer Zeit zu neuen Kriegen führen, deren eigentliche Ursache man vielleicht wieder erst nach dem Ausbruch aus einem Wust ganz verschiedener aufeinander prallender Gegensätze wird hervorsuchen können.

Dies zu vermeiden, liegt im Interesse jedes Volkes, das zerstörbare Besitztümer, die die Früchte seiner Arbeit darstellen, zu verteidigen hat, also jedes Kulturvolkes. Wenn wir die Moral völlig aus dem Spiel lassen, was sich bei politischen Untersuchungen bis zu einem gewissen Grade zweifellos empfiehlt, so dürfen wir doch als Gesetz aufstellen, daß ein Staat sich selbst gegenüber nur dann berechtigt ist, einen Krieg zu führen, wenn die Kulturgüter, die er besitzt, durch den Krieg nicht mehr gefährdet werden als durch die Unterlassung des Krieges. Für einen solchen Staat kann es sich demnach nur darum handeln, im weitesten Sinne des Wortes Defensivkriege zu führen, also solche, die zur Wahrung seines Besitzes, seiner Macht, seines Ansehens und seiner legitimen Entwicklung notwendig sind. Dieses Gesetz wird derjenige um so leichter überschreiten, der am wenigsten an Kulturgütern zu verlieren hat. Er ist der wahre Schuldige, wenn nicht nachgewiesen werden kann, daß berechtigte Interessen beider Parteien in einen unheilbaren Konflikt geraten sind.

Diesem Schuldigen gegenüber treten die anderen Beteiligten, selbst wenn sie in dem Kriege seine Bundesgenossen waren, in eine gewisse Solidarität, da er sie gegen ihr eigentliches Interesse in den Krieg hineingezogen hat. Die Verkettung widriger Umstände und selbst die Irrtümer einer Regierung, die den Krieg mitverschuldet haben können, treten gegenüber der Schuld des Hauptanstifters zurück, der ja bewußt mit diesen Umständen und Irrtümern gerechnet hat. Ein weiser Friedensschluß wird seine vornehmste Aufgabe darin erblicken, diesen Hauptschuldigen so gut wie möglich unschädlich zu machen. Gewiß haben dabei das erste Wort die Waffen zu sprechen. Aber nicht minder wichtig ist es, diesen Schuldigen für spätere Fälle womöglich seiner Helfer zu

berauben. Das kann aber nur geschehen, wenn man sie nicht nur ihres Irrtums wegen anklagt und verfolgt, sondern indem man sie vor allem dieses Irrtums überführt und sie dadurch jener Solidarität gegen den Friedensstörer näher bringt, die auch in ihrem eigenen Interesse liegt.

Die Untersuchung der Schuldfrage und somit die genaueste Kenntnis und die objektivste Beurteilung der Vorgeschichte des Krieges ist deshalb von höchster Wichtigkeit, wenn es sich darum handelt, an den Friedensschluß zu gehen. Die Vorarbeit dazu muß schon während des Krieges geleistet werden. Ich bin nun natürlich weit entfernt davon, mir jene objektive Beurteilung der Verhältnisse anmaßen zu wollen, deren Notwendigkeit ich behaupte. Mir handelt es sich vielmehr darum, einer stark um sich greifenden, extrem nach einer bestimmten Richtung zielenden Beurteilung der Dinge ein Gegengewicht zu geben, und ich scheue mich nicht, dabei unter Umständen in das andere Extrem zu geraten. Es wird dann nicht allzu schwer sein, die Mitte zu finden.

Daß der Schuldige nicht auf der Seite der beiden verbündeten Zentralmächte, Deutschland und Österreich-Ungarn, zu suchen ist, sondern in dem Ringe der Gegner, die uns seit langen Jahren umstellt haben — das noch besonders zu betonen, wäre fast ein Verrat an unserer guten Sache. Wohl aber scheint es mir bisher strittig gewesen zu sein, welcher von unseren Gegnern in dem oben gedeuteten Sinne die eigentliche Schuld am Kriege trägt. Gewiß besitzt jeder unserer Feinde seinen Anteil an dieser Schuld. Hat es doch zwischen uns und ihnen eine ganze Reihe von Konflikten gegeben, die nun alle gleichzeitig ausgeglichen werden sollen: einen deutsch-französischen, einen deutsch-englischen, einen österreichisch-russischen, einen österreichisch-serbischen und schließlich auch einen deutsch-russischen. Aber sie sind verschieden zu werten. Der deutsch-französische Konflikt beispielsweise, der jahrzehntelang eine stete Gefahr für den Frieden gebildet hat, wird heute nicht mehr als stark genug betrachtet, daß er den Krieg hätte herbeiführen können. Vielfach ist die Meinung verbreitet — und zwar hüben wie drüben —, daß der deutsch-englische Konflikt die wirkliche Kriegsursache gebildet habe. Über dieser Meinung ist die letzte äußere Ursache des Krieges, der österreichisch-

serbische oder vielmehr österreichisch-russische Konflikt, in den Hintergrund getreten. Ich glaube nun, diesen Gegensatz hervorholen zu müssen, und will, indem ich ihn bis zu seinem Ursprung zurückverfolge, zu begründen versuchen, warum ich Rußland für den wirklichen Anstifter des Krieges und für diejenige Macht halte, gegen die sich die vereinte Abwehr des kultivierten Europa richten sollte. Wenn ich Rußland mit seiner unersättlichen Eroberungssucht, mit dem Tiefstande seiner Kultur und mit der vollkommenen Skrupellosigkeit seiner Führer (auch dem eigenen Volk gegenüber) als eine eminente Gefahr betrachte, so will ich damit keineswegs leugnen, daß auch die Vorherrschaft Englands, seine diktatorische Beherrschung der Meere und seine geschäftsmäßige, grausam berechnende Politik nicht ebenfalls eine große Gefahr sind. Beide mit einem Schlage aus der Welt zu schaffen, halte ich für unmöglich. Dies scheint mir aber auch überflüssig, weil der zwischen ihnen selbst bestehende Gegensatz zwar vertagt, nicht aber aufgehoben worden ist. Es wird die Zeit kommen, wo der eine von ihnen den anderen vernichten wird, und unser Interesse wird es dann sein, die Vernichtung des Stärksten, Gefährlichsten und unserem Wesen Gegensätzlichsten zu wünschen und zu fördern.

Mir scheint es nun, daß in Wirklichkeit Rußland die größere Gefahr bedeutet. Denn eine stärkere Waffe als Klugheit, Geld und Kolonien, die von verschiedenen Völkern und Rassen bewohnt sind, und oft nur durch das Bewußtsein von Englands Macht niedergehalten werden können, ist ein zahlloses, unverbrauchtes Volk in den Händen einer kleinen, skrupellosen, ehr- und gewinnsüchtigen Kaste. Rußland darf nicht nach den allbekannten Anzeichen seiner inneren Korruption beurteilt werden. Das hat der Krieg schon jetzt gelehrt. Dieses Land steht erst vor der Entwicklung seiner nationalen Kräfte. Es hat gewissermaßen sein Leben vor sich, und es hat eben erst begonnen, eine politische Rolle in Europa zu spielen. Wenn England bisher imstande war, Inder und Neger zu beherrschen, so besitzt Rußland die Kraft und Brutalität, um Europäer zu unterjochen. Das letzte Ziel der englischen Kriegführung ist die Verteidigung, auch wenn sie sich genötigt glaubt, einen gefürchteten Gegner womöglich niederzuschlagen und zu zerstückeln. Rußland aber ist ausgesprochener

Angreifer und führt einen reinen Eroberungskrieg. Beginnt es erst zu siegen, so schwillt es wie die rollende Lawine an und wird mit jedem Tage unüberwindlicher. Englands Sieg würde zweifellos Deutschland schwächen und in die zweite Reihe zurückdrängen, Englands Sturz aber, wenn er nicht von einer völligen Zurückdrängung Rußlands begleitet ist, würde in erster Linie diesem zugute kommen und seine Weltherrschaft fast unaufhaltsam machen.

Das Sinken der englischen Macht würde zweifellos die freie Entwicklung mancher Völker bedeutend fördern. Es würde Zustände beseitigen, die längst als drückend empfunden wurden, und es würde Deutschland von einer Drohung befreien, die seine Politik seit langem beeinflußt hat. Die Niederwerfung Rußlands aber würde zweifellos ganz Europa vor einem Unheil wahren, dessen Tragweite es noch gar nicht kennt, weil es noch nichts davon zu spüren hatte. Nur der engste Nachbar und gehaßteste Gegner Rußlands, Österreich-Ungarn, hat das Wesen des Russentums am eigenen Leibe erfahren. Die viel zu wenig bekannte Leidensgeschichte der Monarchie aber ist ein Beweis dafür, daß Rußland, wenn es erst seine Ziele erreicht hätte, zu einer Geißel für die kultivierte Welt würde.

Denn es ist verfehlt, Rußland mit den übrigen europäischen Nationen in eine Linie zu stellen. Wenn wir von der gegenseitigen Erbitterung absehen wollen, die der Krieg mit sich gebracht hat, so müssen wir sagen, daß die unbedingte Vorherrschaft irgendeines europäischen Staates über andere zwar politisch niederschmetternd, aber von gewissen menschlichen Gesichtspunkten aus immerhin denkbar wäre. Es bliebe dennoch eine ganze Reihe von Kulturwerten übrig, die unabhängig von den Machtverhältnissen innerhalb des engeren Europa bestehen bleiben würden. In gewisser Hinsicht bildet Europa unter sich ein Ganzes; es besteht aus Völkern, deren Kulturentwicklung größtenteils von ungefähr gleicher Dauer und paralleler Richtung ist, und die in kultureller Hinsicht durch unendlich verzweigte Wechselwirkungen fast unlöslich miteinander verknüpft sind. Das kann man nicht leugnen, wenn man sich auch der scharf umrissenen Eigentümlichkeiten der einzelnen Nationen klar bewußt ist. In diesem

tiefsten Sinne gehört Rußland nicht zu Europa. Was es an europäischem Wesen angenommen hat, ist 200 Jahre alt, gegenüber den zwei Jahrtausenden, in denen dieses europäische Wesen in gemeinsamer Arbeit der anderen Nationen geschaffen wurde. Und auch hier handelt es sich doch fast nur um äußere Dinge, um Kleidung, um einzelne Lebensgewohnheiten und Formen, um technische Errungenschaften, die die Japaner, Chinesen und andere ebenfalls angenommen haben, ohne deshalb in ihrem tiefsten Wesen Europäer zu werden. Es handelt sich im besten Falle vielleicht noch um die geistige Beeinflussung einzelner Individuen, keinesfalls aber um den Gesamtzustand des ganzen Volkes. Für unser Empfinden ist der Kulturzustand Rußlands ein außerordentlich fragwürdiger, und eine russische Invasion Europas würde die Vernichtung fast aller Werte bedeuten, die uns zu Kulturvölkern machen. Siegt Rußland endgültig, dann bricht ein völlig neues Zeitalter herein, und die Spuren der bisherigen Kulturperiode müssen verwischt werden, um neuen Anfängen Platz zu machen.

Aus diesen Gründen behaupte ich, daß der Kampf gegen Rußland der wichtigste in diesem Kriege ist, und daß der russisch-österreichische Konflikt zum Verständnis der gesamten Vorgeschichte in erster Linie berücksichtigt werden muß. Man muß sich auch an den Gedanken gewöhnen, daß Österreich-Ungarn, welches in den letzten Jahrzehnten eine so bescheidene Auslandspolitik getrieben hat, heute der Vorkämpfer europäischer Interessen ist. Die Aufgabe, die es dabei erfüllt, möchte ich mit den Worten eines unverdächtigen Zeugen, des schwedischen Professors und Politikers Rudolf Kjellén, charakterisieren. In seinem Buch über die Großmächte der Gegenwart sagt er:

„Um Europas willen, als Schutzwehr seiner Kultur gegen gefährliche Feinde im Osten, wurde also der österreichische Staat gegründet, und diesen Charakter hat er durch alle Zeiten behalten. Selten ist eine Staatenbildung in der Geschichte mit einer so ausgeprägten politischen Mission hervorgetreten . . . Aber dieses Programm selber hat jetzt seine Front geändert. Die türkische Expansionskraft ist längst gebrochen, von der Balkanhalbinsel wird nunmehr die Kultur Europas nicht mehr bedroht, aber statt dessen

hat sich eine größere Gefahr direkt im Osten von der Großmacht der Slawen her erhoben. Gegen diese Gefahr deckt Österreich-Ungarn nun Zentraleuropa. Die Frontstellung gegen Rußland, völkerrechtlich sanktioniert durch das Bündnis mit dem neuen Deutschland seit 1879, ist jetzt der wichtigste äußere Zug seines Gesichtes. Europas Wachtposten im Osten und sein Puffer gegen niedrige Kulturen: das ist die geschichtliche Signatur und das politische Pathos der ältesten Großmacht. Damit erscheint ihre Erhaltung schon von vornherein als ein gemeinsames europäisches Interesse ersten Ranges."

Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns und Rußlands

Der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Rußland verdankt seinen Ursprung in erster Linie den russischen Ausdehnungsbestrebungen nach der Balkanhalbinsel, die wiederum ihrerseits nur einen Teil der Pläne bilden, die die russische Politik seit 200 Jahren verfolgt. Die Geschichte kennt ein angebliches Testament des Zaren Peter des Großen, worin auf der einen Seite die Herrschaft in der Ostsee, nach der anderen Seite der Besitz von Konstantinopel als Ziel des russischen Strebens bezeichnet wird. Dieses Testament hat zwar nie existiert und gilt als Fälschung Napoleons, aber sein Inhalt deckt sich durchaus mit den traditionellen Plänen, die von den russischen Herrschern seit Peter verfolgt worden sind. Die Ausbreitung Rußlands an den Küsten der Ostsee ist längst zum Stehen gekommen. Der Zug nach Süden aber ist bis heute eines der treibenden Elemente der russischen Politik und gegenwärtig sogar das wichtigste, nachdem seine Ausbreitung gegen Osten hin durch England und Japan vorläufig gehindert wurde. Dieser Zug nach Süden hat nun durch mehr als 100 Jahre die Politik bestimmt, die das russische Reich der Türkei gegenüber betrieb. Sie bildete den ersten wesentlichen Berührungspunkt zwischen Rußland und dem Habsburgerreich, und zwar ursprünglich nicht in feindlichem Sinne. Denn der Beginn der russischen Offensive gegen die Türkei fällt mit dem Ende der Defensivkriege zusammen, die Österreich jahrhundertelang gegen das Osmanische Reich zu führen hatte. Wir sehen darum Österreich und Rußland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als Verbündete gegen die Türkei auftreten. Aber schon damals zeigte sich gelegentliche Eifersucht zwischen den beiden Kaiserreichen. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts wiederholen sich die russischen Versuche, mit Österreich-Ungarn eine Aufteilung der Türkei zu vereinbaren.

Österreich-Ungarn widerstand diesem Ansinnen, und es wurde den russischen Eroberungsplänen ein größeres Hindernis als irgendeine andere Macht, obwohl es wegen der Türkei niemals einen Krieg mit Rußland geführt hat, zum Unterschied von den Westmächten, die im Krimkrieg der Türkei militärische Hilfe leisteten. In Rußland hat sich denn auch seit langem die Überzeugung festgesetzt, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien gehe.

Vorläufig begnügte man sich in Rußland noch damit, die Zersetzung der Türkei zu fördern, während man eventuell bereit gewesen wäre, zunächst eine Verständigung mit Österreich-Ungarn zu suchen. Die alte Teilungsformel wird den neuen Verhältnissen angepaßt, und Rußland will sich die östliche Hälfte des Balkans als Einflußsphäre vorbehalten, die westliche aber dem österreichisch-ungarischen Einfluß überlassen. Aus diesem Gedankengang heraus ist schon die Zustimmung Rußlands zu der österreichisch-ungarischen Besetzung von Bosnien und der Herzegowina zu verstehen. Ja noch mehr, Rußland erklärt sich wiederholt bereit, die Annexion der okkupierten Provinzen durch Österreich-Ungarn zu gestatten, und fordert es sogar auf, diesen Akt zu vollziehen. Diese Nachgiebigkeit wird verständlich, wenn man erwägt, daß die Okkupation von Bosnien durch Österreich-Ungarn mit der „Befreiung" Bulgariens durch Rußland nicht nur zeitlich zusammenfällt, sondern auch in einem tieferen Zusammenhang steht. Ein von Rußland unterstützter Aufstand in Bosnien ist es, der einerseits die Okkupation notwendig macht, andererseits aber den Vorwand zum Russisch-Türkischen Krieg bietet. Österreich-Ungarn konnte nach diesem Kriege, also 1878, Bosnien und die Herzegowina vollkommen in Besitz nehmen, und es würde außerdem wahrscheinlich die russische Hilfe für weitere Ausdehnungsbestrebungen auf dem westlichen Balkan erhalten haben. Dagegen erwartete Rußland von Österreich-Ungarn volle Unterstützung seiner Pläne auf der östlichen Balkanhalbinsel. Diese beruhten auf dem Frieden von St. Stefano, welcher zu ungunsten der Türkei und auch Serbiens ein bedeutend vergrößertes Bulgarien geschaffen hätte. Dieses Bulgarien aber war keineswegs als selbständiges Land gedacht, sondern als russische Provinz, die zunächst formell unter türkischer Oberhoheit stehen sollte. Bulgarien sollte ein russisches Ägypten werden, und es sollte für Rußland den Weg

nach Konstantinopel offen halten. Auf diese Weise wurde Rußland zum Gebietsnachbarn der Türkei, und sein nächster Schlag konnte diese vernichten. Ferner war Rumänien eine von russischem Gebiet fast ganz eingeschlossene Enklave, die man bei nächster Gelegenheit ebenfalls an sich reißen konnte.

Solchen Plänen waren England und Österreich-Ungarn gleichmäßig abhold, und sie drückten dies auch durch ihre Haltung auf dem Berliner Kongreß aus, durch den bekanntlich die Grenzen des neuen Bulgarien enger gezogen wurden, als es Rußland erwartete. Im weiteren Verlauf der Ereignisse aber ist den russischen Bestrebungen auf dem Balkan von österreichisch-ungarischer Seite ein viel wirksamerer Widerstand entgegengesetzt worden als von seiten Englands. Allerdings war dieser Widerstand eines der schwersten Opfer, die ein Staat jemals gebracht hat. Die österreichisch-ungarische Balkanpolitik seit der Besetzung von Bosnien und der Herzegowina ist als eine Politik der vollständigen Enthaltsamkeit zu bezeichnen. Österreich-Ungarn hat es durchaus vermieden, weitere Erwerbungen auf der Balkanhalbinsel anzustreben, und es hat aus dieser seiner eigenen Haltung das Recht für sich abgeleitet, auch die weitere Entwicklung Rußlands nach jener Richtung zu verbieten. Ohne nun beurteilen zu wollen, ob diese Politik die klügste gewesen ist, müssen wir doch sagen, daß sie die späteren Vorwürfe gegen die Monarchie vollkommen widerlegt. Die Selbständigkeit der Balkanvölker, soweit sie bereits emanzipiert waren, und die Aufrechterhaltung des Statusquo im übrigen sind die Richtlinien, die man von Wien aus längst verfolgt hatte, ehe sie von irgendeiner anderen Seite verkündigt wurden. Aus diesem Grunde zögerte Österreich-Ungarn sogar, die Okkupation Bosniens und der Herzegowina in eine Annexion zu verwandeln. Es wollte Rußland keinen Vorwand zu weiteren Forderungen geben. Aus dieser Politik entsprang auch die Haltung Österreich-Ungarns gegenüber den Balkanstaaten. Nichts kennzeichnet die Verhältnisse besser als ein Vergleich zwischen dem Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien einerseits und Rußlands zu Bulgarien andererseits. Während Serbien in den achtziger Jahren zur Zeit seiner freundschaftlichsten Beziehungen mit der Monarchie sich ungehindert entwickeln konnte, betrachtete Rußland Bulgarien als seinen Vasallenstaat. Der Fürst

Alexander von Bulgarien ist durch Rußland abgesetzt worden, weil er es wagte, ohne die Petersburger Genehmigung die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien vorzunehmen, ein Schritt, der an sich durchaus im Sinne Rußlands gewesen wäre. Auch sein Nachfolger hat jedesmal den Zorn Rußlands zu fühlen bekommen, wenn er sich eine selbständige Handlung herausnahm. Man kann nicht behaupten, daß Österreich-Ungarn von solchen Zwistigkeiten zwischen Rußland und Bulgarien einen allzu skrupellosen Gebrauch gemacht hat. Es hat lange Zeit hindurch nicht verhindert, daß Bulgarien immer wieder in die Arme Rußlands zurückkehrte. Wohl aber ist es selbst jederzeit von Petersburg dafür verantwortlich gemacht worden, wenn Bulgarien sich widerspenstig zeigte. Der Unterschied in der Auffassung der Balkanpolitik in Wien und Petersburg wird auch deutlich durch die Haltung, die Rumänien unter seinem klugen König Carol zwischen den beiden rivalisierenden Großmächten einnahm. Nachdem es in und nach dem Russisch-Türkischen Kriege hinreichende Erfahrungen über die Brutalität Rußlands gesammelt hatte, schloß es sich vertrauensvoll mehr und mehr an Österreich-Ungarn an. Denn es wußte ganz genau, daß von dieser Seite keine Gefahr drohte.

Diese Enthaltsamkeitspolitik Österreich-Ungarns hat zweifellos niemand geschadet, wenn nicht der Monarchie selber. Damit soll nicht gesagt werden, daß sie ohne weiteres den entgegengesetzten Weg gehen konnte. Sicher aber ist, daß sie mit Rußland ein ungleiches Spiel zu spielen hatte. Denn ihre eigene Enthaltsamkeit, durch die sie auch die russische Balkanpolitik zum Stillstand zu bringen gedachte, hat sie selbst zwar mancher Chancen beraubt, aber die Fortschritte Rußlands trotzdem nicht völlig unterbunden. Sie ist zwar keineswegs wirkungslos geblieben, und man kann annehmen, daß ohne den österreichisch-ungarischen Widerstand Rußland vielleicht heute bereits an den Meerengen säße. Aber wenn Rußland durch den österreichisch-ungarischen Widerstand auch gehindert wurde, seinen Weg offen zu gehen, so besaß es doch die Mittel, seine Pläne im geheimen zu fördern. Diese Mittel aber haben Österreich-Ungarn gefehlt, und deshalb war das Spiel von vornherein ungleich. Rußland profitierte von der nationalen Verwandtschaft, die es mit den Balkanstaaten verbindet und die ihm schon seit langem

eine Ausnahmestellung bei ihnen verschafft hatte. Es trat als geschlossene slawische Großmacht auf und konnte seine Pläne hinter der scheinbaren Förderung der jungen nationalen Bestrebungen auf dem Balkan verbergen. Ja, es war ihm ein leichtes, gerade diese Bestrebungen als Waffe nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen Österreich-Ungarn zu verwenden, die als gemischtsprachliche Staaten auch slawische Volksteile in ihrem Verbande besaßen. Aus diesen Erwägungen entsprang eine planvolle revolutionierende Tätigkeit Rußlands unter den Südslawen. Bedenkt man, daß Rußland die Balkanstaaten als seine künftige Beute auffaßte, so war diese Politik unendlich schlau. Sie ermöglichte es Rußland, unter dem Schein der Uneigennützigkeit an der Vergrößerung dieser Staaten zu arbeiten und zugleich, scheinbar ohne selbst einen Finger zu rühren, die Zertrümmerung der Türkei und die Unterwühlung Österreich-Ungarns herbeizuführen. Österreich-Ungarn war durch seine eigene Politik der Enthaltsamkeit diesen Angriffen gegenüber gefesselt, denn die panslawistische Politik der Balkanstaaten wurde größtenteils inoffiziell betrieben. Wollte sich aber Österreich-Ungarn zur Wehr setzen, so mußte es die Staaten selbst angreifen und dadurch, wenigstens scheinbar, seine bisherige Politik aufgeben. Wir sehen also, daß die Probleme, die in dem jetzigen Krieg ihre gewaltsame Lösung finden sollten, schon seit langem existierten, und daß sie die direkte Folge der russischen Balkanpolitik bildeten.

Der wichtigste Helfer Rußlands in dieser Politik wurde allmählich Serbien. Wir wissen bereits, daß dieses Land in den achtziger Jahren mit Österreich-Ungarn in den freundschaftlichsten Beziehungen lebte und von ihm jeden Schutz und jede Förderung genoß. Dieses durchaus natürliche Verhältnis der beiden Nachbarländer, das für Serbien nur Vorteile, aber nicht die geringsten Freiheitsbeschränkungen zur Folge hatte, zu stören, lag in dem System der russischen Politik. Man scheute dabei kein Gewaltmittel, zettelte Verschwörungen an, schürte den Parteihader und entfesselte mit Bestechungen, Drohungen und Versprechungen einen politischen Radikalismus, den man im eigenen Lande in Strömen von Blut ertränkt haben würde. Die gewaltsamen Umwälzungen, denen Serbien in den letzten Jahrzehnten ausgesetzt

gewesen ist, waren direkt oder indirekt ein Werk Rußlands und seiner Organe. Rußland hat es bewirkt, daß die ersten gutgemeinten Ansätze Serbiens, im Innern europäische Verhältnisse zu schaffen, resultatlos geblieben sind. In den entscheidenden Augenblicken der serbischen Geschichte hat es in Belgrad stets einen russischen Gesandten gegeben, der das aufkeimende moralische Empfinden der führenden Kreise vergiftete und, das wenig gefestigte Temperament der Serben ausnutzend, Verschwörungen anzettelte oder begünstigte. Mochte er nun, vor dem Sturze des Königs Milan, Persiany oder, zur Zeit des Königsmordes, Tscharykow oder, während der letzten Krisen, Hartwig heißen — seine Tätigkeit blieb immer dieselbe. Es hat in Serbien stets eine Königsmörderpartei gegeben, sowohl vor wie nach dem wirklichen Königsmord. Die Schuld daran trägt Rußland, welches das Treiben dieser dunklen Existenzen nicht nur selbst begünstigte, ihre Straflosigkeit im Innern oftmals erzwang, sondern auch gegen jede Maßregel von außerhalb sein Veto einlegte.

Bulgarien und Serbien wurden allmählich gleichmäßig von der russischen Politik als Stützpunkte für die fernere Ausbreitung der russischen Macht nach Süden und Westen betrachtet. In beiden Staaten nacheinander versuchte Rußland mit wechselndem Glück in die inneren Verhältnisse einzugreifen und sie nach seinen Bedürfnissen zu regeln, sie in seinem Sinne auszunutzen. Der Sturz des Fürsten Alexander von Bulgarien, die Verfolgung des von Rußland unabhängigen Stambulow auf der einen Seite, die Machinationen vor der Abdankung des Königs Milan von Serbien und die Unterstützung jener revolutionären Elemente, die nicht nur den Rücktritt Milans, sondern auch die Ermordung seines Sohnes Alexander auf dem Gewissen hatten, sind Beispiele für diese russische Tätigkeit. Das Bezeichnende an diesem Vorgehen ist, daß es keineswegs offiziellen Charakter besaß. Die russische Politik bediente sich vielmehr auf dem Balkan jederzeit solcher Elemente, mit denen es überhaupt keine offizielle Berührung gibt, und die man stets leicht wieder hätte abschütteln können. Man brauchte diese Instrumente nicht erst zu schaffen; es liegt vielmehr in der Natur der Balkanvölker und ihrer jungen staatlichen Entwicklung, daß sie ohnehin stets genügend viele unruhige Geister

besaßen, deren Taten und Absichten zur Hälfte abenteuerlichen, zur Hälfte idealen Motiven entstammten, die aber jedenfalls mit gewaltsamen Mitteln arbeiteten und den Umsturz der bestehenden Dinge zum Ziele hatten. Es genügte, wenn diese Elemente durch eine starke Hand heimlich unterstützt wurden, wenn sie eine gewisse inoffizielle Macht in den betreffenden Staaten selbst erlangten und wenn dritte Mächte verhindert wurden, die Gesundung der Verhältnisse in dem betreffenden Staat herbeizuführen. Die Fäden, durch die dieses ganze System zusammenhielt, waren überdies stets so fein gesponnen, daß es fast unmöglich schien, sie völlig aufzudecken.

Die Schwierigkeit, diese Zusammenhänge zwischen Rußland und den Revolutionären auf dem Balkan völlig bloßzulegen und zu zerschneiden, wuchs aber noch dadurch, daß es anderseits auch durchaus nicht immer das offizielle Rußland sein mußte, welches diese Fäden in der Hand hielt. Vielmehr wurde die Kontinuität dieser russischen Politik durch inoffizielle Kreise gewahrt, Kreise, die bisweilen zur Regierung in einen Gegensatz traten, die sich aber auf die Dauer immer wieder als die mächtigste Partei des Reiches erwiesen. An ihrer Tätigkeit gingen die Schwankungen der offiziellen russischen Politik spurlos vorüber. Die wichtigsten Vertreter dieser Kreise fanden sich stets unter den hohen Offizieren, und ihre Beziehungen reichten in die kaiserliche Familie. Ihr oberstes Prinzip war und ist die allslawische Idee. Sie standen darum nicht nur zu Österreich-Ungarn in Gegensatz, welches Rußland den Weg nach Konstantinopel verlegte, sondern auch zu Deutschland, und zwar bereits in einer Zeit, wo es deutsche Staatsmänner noch für möglich hielten, trotz des Bündnisses mit Österreich-Ungarn auch zu Rußland enge Beziehungen zu unterhalten. Panslawistische Kreise waren es, die zu Beginn der neunziger Jahre das Bündnis mit Frankreich dem Abschluß nahe brachten, das seine Spitze ja in erster Linie gegen Deutschland richtete.

Diese Kreise, die sogenannte „Kriegspartei", standen mit ihren Bestrebungen ursprünglich in einem ausgesprochenen Gegensatz zu der eigentlichen Zarenpolitik. Auch diese läßt nämlich, im Grunde genommen, die Spuren einer gewissen Kontinuität er-

kennen. Das russische Zarentum des 19. Jahrhunderts ist durch die deutsche Abkunft seiner Träger und durch ihre verwandtschaftlichen Beziehungen sowie durch die gemeinsame konservative Staatsauffassung mit den benachbarten Reichen Deutschland (Preußen) und Österreich-Ungarn eng verbunden, während es anderseits den Westmächten unfreundlich gegenübersteht. Das einstige Dreikaiserbündnis war der reale Ausdruck dieser Politik. Zwischen den beiden Richtungen hat eigentlich jahrzehntelang ununterbrochen ein steter Kampf geherrscht, und durch das Überwiegen der einen oder anderen erklären sich die vorübergehenden Schwankungen in der Haltung Rußlands. Während aber die Ziele der inoffiziellen Kriegspartei ihre Stetigkeit behielten, konnte man dies von der Zarenpolitik nicht behaupten. Hier galt meistens, was schon Richard Graf von Pfeil im Jahre 1889 über Alexander III. bemerkte: „Der Gesamteindruck, den mir Kaiser Alexander III. machte, war der von mir lange vermutete, daß er absichtlich von seiner Umgebung in einem tiefen Mißtrauen gegen Deutschland gehalten werde, und daß sich dieses Mißtrauen nunmehr derart in ihm eingewurzelt habe, daß an eine Änderung überhaupt kaum noch zu denken sei. Er war von seiner Friedensliebe mit Recht überzeugt, glaubte aber auch allen diesen seinen Ratgebern und den sonstigen maßgebenden Persönlichkeiten in Rußland, von denen viele den Frieden durchaus nicht so wünschten wie er."

Diese Worte sind nicht nur auf Alexander III. allein anzuwenden und nicht nur auf das Verhältnis zu Deutschland. Sie sind ein Zeugnis für das Anwachsen der Macht jener inoffiziellen Kreise zu ungunsten der des Zaren, für eine Entwicklung, die von dem Selbstherrscher Nikolaus I., dem Gegner Frankreichs und Englands im Krimkrieg, zu dem machtlosen Nikolaus II. geführt hat, dem ohnmächtigen Werkzeug in der Hand seiner Umgebung und seiner französich-englischen Bundesgenossen. Gegen diese immer stärker werdende Macht, die entweder die offizielle russische Politik desavouierte und ihr jeden Anspruch auf Zuverlässigkeit nahm oder aber die offiziellen Kreise sich gefügig machte und ihnen eine Politik einflüsterte, die die Existenz anderer Staaten zu untergraben bestimmt war — gegen diese Macht war mit diplo-

matischen Mitteln ein dauernder Erfolg nicht zu erzielen. Deshalb sind auch die gelegentlichen Annäherungsversuche zwischen Petersburg und Berlin und selbst zwischen Petersburg und Wien vom historischen Standpunkt nicht ernst zu nehmen, denn sie entbehrten aller nachhaltigen Folgen. Deshalb konnte es geschehen, daß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn jenes Balkanabkommen von Mürzsteg zustande kam, daß Ährenthal und Iswolski sich in Buchlau über die Annexion von Bosnien verständigten und daß dennoch unmittelbar darauf die Haltung Rußlands die Annexionskrise heraufbeschwor. Und ebenso konnte später die Verständigung der Herrscher Deutschlands und Rußlands in Potsdam keinen Einfluß auf die russische Politik während der Balkankrise ausüben, geschweige denn den jetzigen Krieg verhindern.

Die Politik dieser russischen Nebenregierung, die ohne Rücksicht auf offizielle Abmachungen und ohne Rücksicht auf die Pflichten eines angeblichen Kulturstaates überhaupt den Balkan revolutionierte, hat eine Verständigung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn unmöglich gemacht. Für eine solche Verständigung würden nicht einmal die letzten Ziele der ursprünglichen russischen Balkanpolitik ein entscheidendes Hindernis gewesen sein. Jener früher erwähnte Standpunkt Österreich-Ungarns, wonach Rußland um jeden Preis verhindert werden mußte, auf dem Wege nach Konstantinopel vorzudringen, ist keineswegs immer unerschütterlich festgehalten worden. Vielmehr gab es eine Zeit, wo man in Wien bereit war, zum mindesten wichtige Teilkonzessionen zu machen und vor allem die Öffnung der Dardanellen für Kriegsschiffe zu befürworten. Aber dieses Zugeständnis, das die Gegengabe für die Erlaubnis zur Annexion von Bosnien und der Herzegowina bildete, kam zu spät. Denn inzwischen war nicht nur in Rußland die Macht der allslawischen Partei viel zu groß geworden, sondern sie hatte sich noch durch ausländische Bündnisse gestärkt, und gleichzeitig war die Saat, die sie auf dem Balkan gesät hatte, so üppig in die Halme geschossen, daß das Allslawentum in Rußland seine Zeit für gekommen hielt. Es hat deshalb in diesem Augenblick zum erstenmal versucht, die großslawischen Ideen auf dem Balkan gegen die österreichische Machtstellung auszuspielen. Dieser Versuch ist die Annexionskrise.

Die Annexion von Bosnien durch Österreich-Ungarn störte den Plan der Panslawisten, ein großserbisches Reich zu schaffen. Dieses und ein Groß-Bulgarien aber gehörten — als vorübergehende Etappen — zu der von den russischen Panslawisten angestrebten Entwicklung. Als die nächsten Ausdehnungsgebiete betrachtete man die türkischen Provinzen Mazedonien, Albanien und die beiden noch nominell türkischen Länder Bosnien und die Herzegowina. An eine Eroberung der südslawischen Länder Österreichs und Ungarns konnte man erst denken, wenn die slawischen Staaten des Balkans zu einer respektablen Macht geworden wären, was sich ja eben auf den Trümmern der Türkei vollziehen sollte. Es war — gleichzeitig mit jener von Eduard VII. von England gegen Deutschland ins Werk gesetzten Einkreisungspolitik — an eine Einkreisung auch Österreich-Ungarns gedacht. Den Schlußstein dafür sollte die Loslösung Italiens vom Dreibund und sein Anschluß an die Feinde der beiden Zentralmächte bilden. In Anbetracht der damaligen Haltung der nichtoffiziellen italienischen Kreise gegen Österreich-Ungarn erschien diese Hoffnung nicht ganz ungerechtfertigt. Damit wäre der Kreis um die beiden Zentralmächte, bestehend aus Frankreich, England, Rußland, die geeinigte Balkanhalbinsel und Italien, geschlossen gewesen. Es wird also deutlich, daß man schon damals an den Voraussetzungen des Krieges arbeitete, der nunmehr ausgebrochen ist. Ebenso wird es auch klar, daß der Balkanbund von 1912 und der Krieg gegen die Türkei nichts anderes sind als die Ausführung eines Punktes in dem großen Programm, das aus den Köpfen der russischen Panslawisten und Eduards VII. stammt und mit dessen Ausführung schon viel früher begonnen worden war.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Revolutionierung des Balkans den ersten Punkt in diesem Programm bildete. Während in Mazedonien bulgarische, serbische und griechische Banden (die Komitatschis) zur Verwirklichung dieses Ziels arbeiteten, waren Bosnien und die südslawischen Länder der Monarchie der Wirksamkeit serbischer Gesellschaften (Slovensky Jug, Narodna Ochrana) vorbehalten. Die nächste Aufgabe war, vor allem in den türkischen Provinzen ähnliche Zustände zu schaffen, wie sie 1876 in Bosnien herrschten. Die alte Technik sollte aufs

neue angewendet werden. Die Pforte wurde mit Reformvorschlägen bestürmt, deren Verwirklichung man keineswegs erwartete. Ein Eingreifen von außen her war deshalb erforderlich, und dieses konnte von den Balkanstaaten selbst zugunsten der geknechteten Brüder besorgt werden. Das Programm des Balkankrieges war also bereits gegeben.

Diese Rechnung würde durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina von seiten Österreich-Ungarns empfindlich gestört worden sein. Denn solange diese Länder von der Monarchie nur provisorisch okkupiert waren, mochte ihre Losreißung leichter möglich sein als von dem Augenblick an, da sie in aller Form dem österreichisch-ungarischen Reichsverbande einverleibt wurden. Anderseits bildete die Annexion zwar keine Neuerwerbung, aber immerhin einen politischen Vorteil für Österreich-Ungarn, als Sicherstellung des bereits Erworbenen, also immerhin einen Fortschritt auf einem Terrain, auf dem man Österreich-Ungarn zurückdrängen wollte und auch gewohnt war, es zurückgehen zu sehen. Durch die rechtsgültige Erwerbung Bosniens und der Herzegowina sicherte die Monarchie die an diese beiden Länder grenzenden Provinzen Kroatien und Slawonien sowie Dalmatien. Letzteres hörte endgültig auf, ein schmaler Küstenstrich ohne Hinterland zu sein, und alle drei genannten slawischen Provinzen wurden ganz oder teilweise der Möglichkeit entrückt, serbische Nachbarländer zu werden. Die alten österreichisch-ungarischen Provinzen erhielten auf diese Weise ein Bollwerk gegen den politischen Ansturm der Balkanslawen. Anderseits aber wurde Österreich-Ungarn selbst durch das Hoheitsrecht über Bosnien und die Herzegowina zum Balkanstaat und erwarb so einen neuen politischen Rechtstitel für seine Einflußnahme auf die Ereignisse in dem geographisch geschlossenen Gebiet der Balkanhalbinsel.

Die Annexion gefährdete also den Einkreisungsplan gegen Österreich-Ungarn. Anderseits aber erfolgte sie unter Umständen, die den Widerstand ebenso notwendig wie aussichtsvoll machten. Notwendig erschien er deshalb, weil man aus der gleichzeitigen Unabhängigkeitserklärung des neuen Königreichs Bulgarien, freilich ohne die geringste Berechtigung, auf ein österreichisch-bulgarisches Einvernehmen schließen zu dürfen glaubte, das natürlich

geeignet gewesen wäre, die russischen Pläne auf dem Balkan vollends über den Haufen zu werfen. Eine zum mindesten diplomatische Niederlage Österreich-Ungarns war notwendig, um die Bulgaren zur Besinnung zu bringen und sie dem Einfluß Rußlands wieder zuzuführen. Der Widerstand gegen die Annexion erschien aber auch aussichtsreich, weil man durch sie selbst einen oder vielleicht sogar zwei Bundesgenossen gegen Österreich-Ungarn zu gewinnen hoffte. Der eine war die Türkei, der zweite, mögliche, Italien.

Was Italien betrifft, so schienen die Voraussetzungen günstig zu sein. Sie bestanden einerseits in einer Entfremdung zwischen Italien und Österreich-Ungarn, andererseits in einer Annäherung zwischen Italien und Rußland. Die Spannung zwischen den beiden Dreibundstaaten beruhte aber nicht nur auf den bekannten Meinungsverschiedenheiten innerpolitischer Art und auf den irredentistischen Bestrebungen in Italien, sondern sie konnte jederzeit neue Nahrung erhalten durch die Annexionsfrage selbst. Italien hatte bereits kurz vorher in der scheinbar nebensächlichen Frage des österreichisch-ungarischen Eisenbahnprojekts durch den Sandschak gezeigt, daß es jeden Fortschritt der österreichisch-ungarischen Politik auf dem Balkan zumindest argwöhnisch verfolgte. Ob und wieweit zwischen Österreich-Ungarn und Italien feste Abmachungen über die beiderseitige Balkanpolitik bestanden, wissen wir nicht, abgesehen von den Vereinbarungen über Albanien, die 1897 in Monza geschlossen und 1900 erneuert wurden. Man darf aber vermuten, daß Italien auch ein weiteres Fortschreiten Österreich-Ungarns in der Richtung nach Mazedonien und schließlich nach Saloniki nicht zu dulden beabsichtigte. Wenn nun Österreich-Ungarn einen so schwerwiegenden politischen Schritt wie die Annexion von Bosnien und der Herzegowina unternahm, so kam es darauf an, welche Nebenabsichten man in Italien hinter diesem Schritt vermutete. Nun haben allerdings viele Italiener nie aufgehört, jeden österreichisch-ungarischen Vorstoß nach Süden entweder als gegen Albanien oder als gegen Saloniki gerichtet zu betrachten. Ist doch auch das schroffe Vorgehen der Wiener Regierung gegen Serbien im Jahre 1914 von einem italienischen Beamten dem englischen Botschafter in Rom gegenüber mit dem

angeblichen Vormarsch auf Saloniki in Zusammenhang gebracht worden. Auch die Annexion erregte, vielleicht teilweise durch russischen Einfluß, in Rom derartige Bedenken. Die Meinung mancher Politiker, Baron Ährenthal habe gerade deshalb auf den Sandschak verzichtet, um Italien über dieses Bedenken zu beruhigen, klingt nicht unwahrscheinlich. Jedenfalls konnte Rußland zu Beginn der Annexionskrise hoffen, in Italien einen Bundesgenossen zu finden.

Noch mehr galt dies für die Türkei oder eigentlich für die eben ans Ruder gelangte jungtürkische Regierung, deren Selbstbewußtsein durch den österreichisch-ungarischen Schritt tief verletzt wurde. Rußland brauchte also nur dem ohnehin längst aufgehetzten Chauvinismus in Serbien und Montenegro freies Spiel zu gewähren, um eine stattliche Koalition gegen Österreich aufstehen zu sehen.

Nun hatte allerdings der russische Minister des Äußern Iswolski kurz zuvor seine Zustimmung zu der Annexion erteilt, wofür Baron Ährenthal seine Einwilligung zur Öffnung der Dardanellen versprochen haben soll. Man meint nun, Iswolski sei nur deshalb nicht bei seiner Zusage geblieben, weil Ährenthal ihn bezüglich des Zeitpunkts der Annexion überrumpelt hatte. Iswolski mochte etwa an eine gleichzeitige Lösung der beiden Fragen, Dardanellen und Annexion, gedacht haben. Die Frage, ob ein solches Motiv tatsächlich mitgespielt hat, ist aber von untergeordneter Bedeutung, denn wir haben bereits gesehen, daß es sich gar nicht um die Annexion als solche handelte, sondern um die schrittweise Ausführung eines großen, gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gleichzeitig gerichteten Einkreisungsplanes, hinter dem nicht nur Rußland, sondern vor allem auch Eduard VII. von England stand. Zwei Tatsachen beweisen schlagend, daß der Widerstand gegen die Annexion programmäßig war und nicht durch irgendwelche Nebenmotive hervorgerufen wurde. Die eine ist der Besuch König Eduards von England bei Kaiser Franz Josef in Ischl, zwei Monate vor der Annexionserklärung, die andere der heftige Widerstand, der in allererster Linie von England, mehr noch als von Rußland, gegen die vollzogene Annexion erhoben wurde. Zwischen dem Besuch König Eduards in Ischl (am 2. August) und der Annexion (5. Oktober) liegt die schon

erwähnte Zusammenkunft Ährenthals mit Iswolski in Buchlau, den 15. und 20. September. Wir glauben, daß der Besuch König Eduards unter Umständen eine sehr wohlwollende Haltung Englands in der Annexionsfrage hätte zur Folge haben können, wenn Eduard das erlangt hätte, was er wollte. Da er aber sein Ziel, die Loslösung Österreich-Ungarns von Deutschland, bei Kaiser Franz Josef nicht erreichte, so dürfte wohl für England der Widerstand gegen die Annexion seit dem 2. August selbstverständlich gewesen sein, auch dann, wenn es von der bevorstehenden Tatsache damals noch nichts wußte. Denn England wollte Österreich-Ungarn entweder für seine Einkreisungspolitik gewinnen oder es mußte Österreich-Ungarn mit Deutschland zusammen einkreisen. Dann aber konnte es, wie schon gesagt, keinen österreichisch-ungarischen Fortschritt auf der Balkanhalbinsel dulden. Das Einverständnis Iswolskis mit der Annexion ist nun sechs Wochen nach dem für England entscheidenden 2. August ausgesprochen worden. Dieser Zusage konnte also nur dann eine ernste Bedeutung beigemessen werden, wenn Rußland entschlossen war, in der Annexionsfrage einen Gegensatz zu England nicht zu scheuen. Da aber für England die Annexionsfrage nur im Zusammenhang mit der Frage der Einkreisung irgendwelche Bedeutung hatte, so mußte Rußland, um sich bei der Annexion auf die Seite Österreich-Ungarns zu stellen, die englische Einkreisungspolitik durchkreuzen. Damit zerfiel die Entente. Das war nur möglich, wenn Rußland sich den Anschluß an Österreich-Ungarn und Deutschland gesichert hatte. Die Aufrechterhaltung der Zustimmung Iswolskis zur Annexion würde also eine Verschiebung des ganzen Kräfteverhältnisses in Europa bedeutet haben.

Es wäre denkbar, daß die von Ährenthal in Buchlau erteilte Zustimmung zur Öffnung der Dardanellen die Basis einer solchen Neugruppierung bilden sollte. Das österreichisch-russische Einvernehmen würde dann im Wesen darin bestanden haben, daß Rußland den überwiegenden Einfluß Österreich-Ungarns auf der westlichen Hälfte des Balkans anerkannte, wofür die Anerkennung der Annexion dann gewissermaßen das Symbol war, während andererseits Österreich-Ungarn Rußland in seiner Politik auf der östlichen Hälfte des Balkans gewisse Zugeständnisse zu machen

hatte, die mit der Zustimmung zur Öffnung der Dardanellen eingeleitet werden sollten. Dieses Einverständnis hätte eine Spitze gegen England und eine zweite gegen die russischen Panslawisten gehabt. Denn England widersetzte sich damals noch mit aller Energie der Öffnung der Dardanellen. Die Panslawisten aber, die die serbischen Hoffnungen auf Bosnien und die Herzegowina zweifellos genährt hatten, mußten in einem solchen Einverständnis eine Preisgabe Serbiens erblicken und im weiteren Sinne ein Aufgeben der gesamten großslawischen Pläne, die ja in erster Linie gegen Österreich-Ungarn gerichtet waren. Wenn Iswolski seine Zusage an Ährenthal nicht gehalten hat, so sind also nur zweierlei Gründe möglich: entweder er hat dem doppelten Druck aus London und aus dem eigenen Lande nachgegeben oder er hat seine Zusage nicht ernst gemeint. In dem letzten Fall wäre es allerdings begreiflich, daß er die schnelle Durchführung der Annexion sehr schmerzlich empfand. Denn sie zerstörte ihm dann die Hoffnung, seine Zusage durch längeres Hinausschieben illusorisch zu machen. Zumindest wollte er die Hilfe Österreich-Ungarns für die Öffnung der Dardanellen in Anspruch nehmen, ohne doch irgendeine Gegenleistung zu bieten. Daran ist allerdings kein Zweifel möglich, daß Österreich-Ungarn seine Zusage eingehalten hätte, wenn Rußland seinem Wort treu geblieben wäre. Wohl aber durfte man an der Zuverlässigkeit Rußlands um so größere Zweifel hegen, und Österreich-Ungarn kam in Gefahr, den bisherigen Rivalen in einem bedenklichen Maß zu fördern, ohne für seine bescheidenen Ansprüche eine wirkliche Sicherheit zu besitzen. Tatsache ist, daß Rußland im entscheidenden Augenblick seine Unzuverlässigkeit bewies und, wenn es auch die Annexion nicht hindern konnte, doch die Einkreisungspolitik Eduards VII. weiter mitmachte, ja mit der Zeit immer mehr auf eigene Faust zu betreiben anfing.

Dieser Einkreisungsidee brachte Rußland sogar vorübergehend eines seiner Hauptziele zum Opfer, nämlich die Vernichtung der Türkei. Wir bemerkten schon, daß Rußland beim Ausbruch der Annexionskrise mit der Bundesgenossenschaft der Türkei rechnete. Es wollte die unter den Jungtürken gegen Österreich herrschende Erbitterung nicht ungenützt lassen. Mehr noch dürfte dabei aber

maßgebend gewesen sein, daß Rußland nach dem halben Annäherungsversuch an Österreich-Ungarn sich um so energischer wieder zu England zurückwandte und einen Weg suchte, um wenigstens vorläufig zu einer mit England gemeinsamen Balkanpolitik zu kommen. England betrachtete aber die Erhaltung der Türkei als in seinem Interesse gelegen, und Rußland fügte sich vorläufig dieser Richtung. Wir sehen zur Zeit der Annexionskrise zum erstenmal die Idee des Balkanbundes in greifbarer Form auftauchen. Die Voraussetzungen dieses Planes kennen wir bereits; sie waren gegen die Türkei ebenso sehr wie gegen Österreich-Ungarn gerichtet. Nunmehr aber wird der Plan geändert, und die Türkei soll, dank ihrer österreichfeindlichen Haltung, in den Bund mit einbezogen werden. An diesem Projekt wird gleichmäßig von englischer wie von russischer Seite gearbeitet. England besorgt dies durch nichtoffizielle Agenten wie die Brüder Buxton, von russischer Seite ist vor allem der Botschafter in Konstantinopel, Tscharykow, für den Plan tätig. Er ist jedoch nicht zustande gekommen. Einerseits mag die Türkei Bedenken getragen haben, sich ihren ärgsten Feinden auszuliefern, andererseits auch dürfte der deutsche Einfluß in Konstantinopel, durch den Botschafter Freiherrn von Marschall repräsentiert, stark genug gewesen sein, um die Pforte von einem solchen Schritt zurückzuhalten. Aber die Tatsache, daß dieses Projekt bestanden hat, zeigt deutlich, daß die russische Politik auch unter Iswolskis Nachfolger Ssasonow von der Annexionskrise ab in erster Linie gegen Österreich-Ungarn gerichtet war, und daß sie diesem Zweck zuliebe ihre gegen die Türkei gerichteten Pläne zurückstellte.

Die Lehren der Annexionskrise bestehen also darin, daß eine Annäherung Rußlands an Österreich-Ungarn durch übermächtige Gegenströmungen und durch die Unaufrichtigkeit der russischen Politik selbst für immer unmöglich gemacht war, und zweitens, daß der österreichisch-russische Gegensatz mit dem deutsch-englischen in eine unlösbare Verbindung geriet und daß jetzt mehr denn bisher jeder gegen Österreich-Ungarn gerichtete Angriff ebensosehr auch Deutschland galt. Hier beginnt jene Entwicklung des englisch-russischen Einvernehmens, die auf der Verleugnung wichtiger Interessen des einen Teils zugunsten des an-

deren beruht. England mußte durch das Bündnis mit Rußland früher oder später dazu gezwungen werden, seine Politik im nahen Orient zu modifizieren, Rußland aber gefährdete England zuliebe fortan sein im großen und ganzen doch gutes Verhältnis zum Deutschen Reich. Rein negative Interessen waren es, die England und Rußland zusammenschmiedeten, und überdies Interessen, die jeder Gemeinsamkeit entbehrten: die Gegnerschaft gegen Deutschland auf der einen, der Haß gegen Österreich-Ungarn auf der anderen Seite. Eine solche Verbrüderung war von vornherein nur für eine beschränkte Zeit haltbar. Sie mußte zusammenbrechen, sowie einer der beiden Teile das bisherige Angriffsgelüste aufgab. Der andere Teil war in einem solchen Fall durch die bisherige Preisgabe wichtiger Interessen auf das empfindlichste geschädigt und saß gewissermaßen zwischen zwei Stühlen. Beide Teile haben zweifellos diese Besorgnis des öfteren empfunden, und darum ist es auch zu verstehen, daß es beiden sehr darum zu tun war, zu dem eigentlichen Endziel ihrer Verbindung zu gelangen, nämlich zum Kriege. Zerfiel das Bündnis vorher, dann hatte zumindest einer der Vertragschließenden seinen hohen Einsatz verloren.

Die Annexionskrise war deshalb für den Dreiverband oder vielmehr für Rußland und England eine doppelte Niederlage. Sie vermochten den österreichisch-ungarischen Erfolg nicht zu hindern, und sie konnten auch den Krieg nicht beginnen, weil besonders Rußland dafür nicht gerüstet war. Um so heißere Anstrengungen werden von nun ab von beiden Seiten gemacht, um sich in einen angriffsfähigen Zustand zu setzen. Rußland rüstet zu Lande, England zur See. Vor allem aber wird die Einkreisung weiter betrieben. Man arbeitet fieberhaft an dem Projekt des Balkanbundes, der mit der Einbeziehung der Türkei geradlinig zum Ziel geführt hätte. Aber das Sträuben der Türkei macht einen Umweg erforderlich. Schon damals wird auf russischer und englischer Seite der Grundsatz befolgt, der ja auch im jetzigen Kriege zur Geltung gekommen ist: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Da die Türkei nicht in den Balkanbund eintreten will, so muß sie durch den Balkanbund vernichtet werden. Noch ehe dieser Bund zustande kommt, gelingt es, einen neuen Helfer gegen die Türkei zu finden, nämlich Italien. Dieses hatte gerade den Zeitpunkt für

gekommen erachtet, seine längst gehegten Wünsche zu verwirklichen und sich in den Besitz von Tripolis zu bringen. Bei diesem Schritt konnte es sich zwar auf das Einverständnis des Dreiverbandes berufen, während andererseits zumindest die Möglichkeit bestand, daß die Interessen der Zentralmächte dadurch beeinträchtigt wurden; denn er mußte, ganz im Sinne des Dreiverbandes, eine Schwächung der Türkei herbeiführen und gleichzeitig die Balkanstaaten ermutigen, nun auch ihrerseits einzugreifen. Man hoffte, auf diese Weise eine gewisse Gemeinschaft zwischen Italien und den Balkanstaaten, also auch der Tripelentente, herzustellen. Der Konflikt, der sich daraus zwischen Italien und Österreich-Ungarn ergeben mußte, würde im Fall einer neuen Krise zweifellos noch verschärft worden sein, da sich im Falle eines Balkankrieges Österreich-Ungarn zum Einschreiten auf der Balkanhalbinsel veranlaßt sehen konnte, was auf jeden Fall den Widerstand Italiens hervorrufen mußte, und weil vor allem auch durch die Zertrümmerung der Türkei die albanische Frage, der österreichisch-italienische Zankapfel, ins Rollen kommen mußte. Es bestanden also die besten Aussichten dafür, daß Italien an der Einkreisung teilnehmen und für den Fall des Weltkrieges sein Gewicht auf die englisch-russische Wagschale werfen würde. Solche Erwägungen dürften es gewesen sein, die den Dreiverband veranlaßten, ihre zehn Jahre vorher gegebene Zustimmung zu dem italienischen Vorstoß gegen die Türkei aufrecht zu halten, während sie ihre Haltung zur Annexion Bosniens revidiert hatten. Dieses grundverschiedene Vorgehen ist noch auffälliger, wenn man bedenkt, daß Bosnien als Land den Westmächten vollkommen gleichgültig war, während Tripolis für sie durch seine Lage am Mittelmeer eine hohe Wichtigkeit besaß. Aber Tripolis sollte offenbar den Italienern einen Ersatz für Tunis bieten, dessen Besetzung durch die Franzosen vor einem Menschenalter Italien in den Dreibund getrieben hatte. Indem man Italien jetzt, wenigstens scheinbar, den damals versperrten Weg in das Mittelländische Meer wieder öffnete und indem man ihm noch überdies vielleicht die Erlangung der unbeschränkten Herrschaft im Adriatischen Meer durch die Gewinnung der albanischen Küste in einiger Entfernung zeigte, hoffte man wohl, dieses Reich dem Dreibund zu entfremden.

Um die Einkreisung Österreich-Ungarns zu vollenden, mußte der Dreiverband aber auch Rumänien gewinnen. Der Weg dazu war durch die Verhältnisse vorgezeichnet und unterschied sich in nichts von der Methode, durch die man Serbien zum Feinde Österreich-Ungarns gemacht hatte, und die auch in Italien mit Erfolg angewendet wurde. Man wies auf die in Österreich-Ungarn lebenden rumänischen Volksgenossen hin und stellte ihre Befreiung als ein hohes nationales Ziel des rumänischen Volkes dar. Aber während Serben und Italiener in Österreich längst eine irredentistische Bewegung entfacht hatten, gab es eine solche unter den ungarischen Rumänen nicht. Man hat versucht, sie zu schaffen, und da man dies nicht konnte, so hat man zumindest ihre Existenz den Rumänen im Königreiche vorgespiegelt. Es war deshalb eine schwere Enttäuschung, als später beim Beginn des Krieges von 1914 die reichstreue Gesinnung der ungarischen Rumänen sich ganz unzweifelhaft erwies. Inzwischen entfalteten die Gesandten des Dreiverbandes in Bukarest eine rege Tätigkeit. Mit scharfsichtiger Menschenkenntnis benutzten sie jeden günstigen Faktor, der sich ihnen darbot. Wurde ihre Aufgabe durch die alte Abneigung und das Mißtrauen der Rumänen gegen Rußland erschwert, so konnte man als Gegengewicht die ausgesprochene Vorliebe und das Verwandtschaftsgefühl der gebildeten Rumänen für Frankreich als Handhabe benutzen. Dieser Teil der Rumänen hat den schönen und durch ihre guten Anlagen gerechtfertigten Ehrgeiz, Rumänien eine Stellung unter den europäischen Kulturnationen zu verschaffen. Dieses Streben meinte man am besten an der Seite Frankreichs und Englands zu erfüllen, und man ließ sich darüber täuschen, daß in einem bevorstehenden europäischen Krieg in Wahrheit Frankreich und England die Helfer Rußlands sein würden und nicht umgekehrt. Die Agenten des Dreiverbandes arbeiteten aber auch mit anderen Mitteln. Sie wandten sich an den persönlichen Ehrgeiz der Einzelnen ebenso wie an die Skrupellosigkeit solcher Leute, die durch Geld zu gewinnen waren, und der Rubel hat nicht den kleinsten Anteil an dem Wechsel der Gesinnungen gegen Rußland, der sich hier allmählich geltend machte. Die offiziellen Kreise freilich, die unter dem Einfluß des Königs standen, blieben im allgemeinen diesem Stimmungsumschwung

fern, und die Versuche, das offizielle Rumänien für eine Beteiligung am Balkanbund zu gewinnen, scheiterten. Wir haben Grund, anzunehmen, daß solche Versuche im Laufe des Jahres 1912 gemacht wurden, und zwar auch direkt von Petersburg. Es gibt ferner Belege dafür, daß Bulgarien unter seinem damaligen russophilen Ministerpräsidenten Geschow im Sommer 1912 eine Kooperation gegen die Türkei in Bukarest vorschlagen ließ, wenn auch in vorsichtigster Form, und daß noch später, während zwischen Rumänien und Bulgarien bereits der Streit um die Stadt Silistria ausgebrochen war, von einer engeren Verbindung der beiden Staaten gesprochen wurde. Allerdings war damals wahrscheinlich nicht mehr an einen Eintritt Rumäniens in den Balkanbund selbst gedacht.

Dieser Balkanbund ist bereits im Februar 1912 in seinen Grundlinien zustande gekommen, und zwar zunächst als ein Bündnis zwischen Serbien und Bulgarien, dem im Juni noch eine Militärkonvention beigegeben wurde. Die beiden Staaten garantierten sich in dem Vertrag ihre Unabhängigkeit und ihren Besitzstand, und sie verabredeten ein gemeinsames militärisches Vorgehen für den Fall, daß irgendeine Großmacht versuchen sollte, irgendein Territorium auf der Balkanhalbinsel zu okkupieren oder zu annektieren. Daß Österreich-Ungarn damit gemeint war, geht aus der Militärkonvention noch deutlicher hervor, in der sich Bulgarien verpflichtet, Serbien mit mindestens 200000 Mann zu Hilfe zu kommen, wenn es von Österreich-Ungarn angegriffen würde, oder wenn Österreich-Ungarn den Sandschak besetzen sollte. Ferner enthält die Militärkonvention Bestimmungen für den Fall eines Angriffs der Türkei auf einen der Vertragschließenden. Und ebenso wird mit einem Angriff Rumäniens gerechnet, wodurch sich die Annahme bestätigt, daß Rumänien keine engere Verbindung mit dem Balkanbund besaß. Auch der Fall einer Kriegserklärung der Verbündeten an die Türkei ist vorgesehen. Der im Februar geschlossene Vertrag ist um so bemerkenswerter, als in ihm von der Türkei überhaupt nicht die Rede ist, während Österreich-Ungarn, ohne genannt zu werden, doch ziemlich eindeutig erwähnt wird. Dieser ursprüngliche Vertrag ist also in erster Linie gegen Österreich-Ungarn geschlossen worden. Die

Militärkonvention ergänzt ihn dahin, daß er gegen Österreich-Ungarn, Rumänien und die Türkei gilt.

Die Einbeziehung Griechenlands erfolgte durch ein besonderes griechisch-bulgarisches Bündnis, das sich von dem serbisch-bulgarischen wesentlich unterscheidet. Es richtet sich ausschließlich gegen die Türkei und gilt drei Jahre, während der serbisch-bulgarische Vertrag eine achtjährige Dauer besitzen sollte. Griechenland war also ursprünglich nur als Helfer gegen die Türkei in Aussicht genommen, den man später abstoßen wollte und dem man vielleicht nachher seinen Anteil an der Beute wieder abjagen konnte. Man brauchte Griechenland offenbar, weil Serbien und Bulgarien sich der Türkei gegenüber nicht stark genug fühlten. Es handelte sich also ursprünglich um ein rein slawisches Bündnis, dessen Programm darin bestand, zuerst die Türkei zu vernichten, dann über Griechenland und Rumänien herzufallen und schließlich die südslawischen Besitzungen Österreich-Ungarns an sich zu reißen. Daß dieses Bündnis von seiner Entstehung an in Petersburg bekannt war, weiß heute jedermann, und ich brauche deshalb nicht erst auf die ausdrückliche Bestätigung dieser Tatsache hinzuweisen, die mir mündlich von Balkandiplomaten zuteil geworden ist.

Die drohende Gefahr wurde von dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern Grafen Berchtold rechtzeitig erkannt, und Graf Berchtold versuchte, sie an ihren Wurzeln zu unterbinden. Gleich seine ersten Schritte beweisen, wie er die Lage auffaßte. Er erkannte, daß die Unruhen in Mazedonien und Albanien, die während des Italienisch-Türkischen Krieges aufs neue ausgebrochen waren, den Vorwand zu einem Kriege der Balkanstaaten gegen die Türkei bilden würden. Ebenso war ihm klar, daß einzelne Großmächte diese Bestrebungen insgeheim unterstützten. Um diesen Gefahren zu begegnen, schlug er vor, daß die Türkei zu einer Reform in Mazedonien veranlaßt werden sollte, die den Beschwerden der Balkanstaaten und dem Drange, ihre unterjochten Brüder zu befreien, die Spitze abbrechen konnte. Er schlug weiter vor, daß sich sämtliche Großmächte an dieser Aktion beteiligen sollten, um auf diese Weise eine Spaltung zwischen ihnen zu verhindern und jedem einzelnen von ihnen einen Vorwand zu eigenmächtigem Vorgehen zu nehmen. Dieser

Plan des Grafen Berchtold scheiterte nicht etwa an einem direkten Widerspruch, sondern an der dilatorischen Art, mit der seine Vorschläge behandelt wurden. Auf die Einzelheiten der Verhandlungen zwischen den Großmächten einzugehen ist hier nicht am Platze. Wesentlich ist nur, daß die Ausübung eines starken Druckes auf die Balkanstaaten von vornherein vereitelt wurde. Wesentlich ferner ist, daß die russische Regierung im entscheidenden Augenblick eine wirkliche oder geheuchelte Unentschlossenheit zeigte, und daß der winzigste Souverän Europas, der König von Montenegro, es sich ungestraft herausnehmen durfte, angeblich gegen den Willen der Petersburger Regierung, durch seine Kriegserklärung an die Türkei den Balkanbrand zu entfachen. Wenn er die Petersburger Regierung wirklich überrumpelt hat, so ist damit der Beweis geliefert, daß diese Regierung weniger Macht besaß als die russischen Panslawisten, die heimlichen Bundesgenossen des Balkanbundes. Der erste Punkt in dem Programm des Balkanbundes, nämlich der Angriff auf die Türkei, befand sich nunmehr in der Ausführung, und diese glückte — hauptsächlich dank der Tüchtigkeit der bulgarischen Armee und der Zerfahrenheit der türkischen Verhältnisse — über Erwarten schnell. Es handelte sich nun darum, ob zwei weitere Punkte, der Zusammenstoß mit Rumänien und der mit Österreich-Ungarn, welcher den europäischen Krieg entfesseln mußte, ebenso programmäßig zur Ausführung kommen würden.

Das geschah aber nicht, und zwar infolge der Haltung Österreich-Ungarns und Deutschlands. Was Rumänien betrifft, so war es nahe daran, durch einen Angriff auf die Balkanstaaten den von ihnen erwünschten Zusammenstoß herbeizuführen, welcher Rußland auf den Plan gerufen haben würde. Es ließ sich jedoch durch Gründe vernünftiger Erwägung davon abhalten. Was Österreich-Ungarn selbst betrifft, so rechnete man damit, daß es den Sandschak Novibazar besetzen werde. Graf Berchtold tat dies aber nicht. Er berief sich auf die Gründe, die schon seinen Vorgänger Ährenthal veranlaßt hatten, den Sandschak aufzugeben. Über diese Gründe Ährenthals können wir nur die Vermutung aussprechen, daß er den Eindruck vermeiden wollte, als beabsichtigte Österreich-Ungarn noch immer, sich einen Weg

nach Saloniki zu bahnen. Vielleicht hat auch Graf Berchtold die aus einem solchen Verdacht entstehenden Komplikationen vermeiden wollen. Es ist aber auch denkbar, daß ihm der Inhalt des Vertrages zwischen den Balkanstaaten nicht ganz unbekannt war, so daß er wissen mußte, daß der österreichisch-ungarische Einmarsch in den Sandschak das Signal zum Weltkriege werden konnte. Diesen Weltkrieg herbeizuführen aber lag weder in seiner Absicht noch in der seiner Verbündeten. Österreich-Ungarn blieb deshalb untätig, und zwar auch dann, als der Statusquo auf dem Balkan endgültig zerstört war und die Rücksicht auf die Integrität der Türkei für Österreich-Ungarn nicht mehr maßgebend sein konnte. Würde es sich anders verhalten haben, so wäre nicht nur der Konflikt mit Serbien sofort ausgebrochen, sondern auch der mit Rußland. Bei der Darstellung dieser Ereignisse ist großes Gewicht zu legen auf jene angebliche russische Probemobilisierung, die bald nach Ausbruch des Balkankrieges begann und schließlich auch Österreich-Ungarn zwang, nicht nur an der serbischen, sondern auch an der russischen Grenze Truppen bereit zu stellen. Während der ganzen Balkankrise haben sich auf diese Weise die Armeen gegenüber gestanden, und die Erhaltung des europäischen Friedens hing wiederholt an einem Haar.

Er wäre auch vielleicht trotz der Friedfertigkeit des Dreibundes und trotz der großen Mäßigung, die sich Österreich-Ungarn auferlegte, vernichtet worden, wenn nicht England eine für Rußland höchst überraschende Schwenkung in seiner Politik vorgenommen hätte. Dadurch, daß England sich entschloß, mit Deutschland gemeinsam sich um die Erhaltung des Friedens zu bemühen, wurden die österreichisch-ungarischen Forderungen gegen den Willen Rußlands in der Hauptsache durchgesetzt. Diese Änderung in der englischen Politik seit der Annexionskrise ist wohl in erster Linie auf den inzwischen erfolgten Regierungswechsel zurückzuführen. Eduard VII. hatte gegen Deutschland eine aggressive Politik getrieben. Seinem Nachfolger aber und dem größten Teil der Regierung scheint dies eigentlich ferngelegen zu haben; und wenn England trotzdem bis zum Balkankriege die Politik des Dreiverbandes mitmachte, so geschah dies wohl hauptsächlich deshalb, weil die maßgebenden Kreise durch die Kriegsparteien im eigenen

wie im fremden Lande stets aufs neue mit der angeblichen Angriffslust Deutschlands bedroht wurden. Diese Täuschung konnte während der Marokkokrise im vorhergehenden Jahre noch neue Nahrung finden. Aber die äußerst friedfertige Haltung, die die deutsche Regierung in der Balkankrise einnahm, mußte auch die englische Regierung eines Besseren belehren und schließlich zu einer Annäherung führen, die keineswegs in dem Programm Rußlands vorgesehen war.

Die gemeinsamen Bemühungen Deutschlands und Englands schienen denn auch zu einem annehmbaren Kompromiß in den durch den Balkankrieg aufgerollten Fragen zu führen. Eines ihrer größten Verdienste war, daß sie die Einigkeit zwischen Österreich-Ungarn und Italien aufrechterhalten halfen. Diese Einigkeit ist allerdings in erster Linie das Verdienst der beiden Minister Berchtold und San Giuliano, die beide fest entschlossen waren, einen Konflikt wegen Albaniens zu vermeiden. Der Besitz dieser Ostküste des Adriatischen Meeres ist tatsächlich für diese beiden Mächte von größter Bedeutung, da er unter Umständen über die Herrschaft in der Adria entscheiden kann, wenn er der einen von beiden zufällt. Ebenso unmöglich war es aber beiden Mächten, einen Staat wie Serbien an die Küste der Adria gelangen zu lassen, der zweifellos nichts anderes gewesen wäre als ein Vorposten Rußlands und des Dreiverbandes, so daß die bisher unbestrittene gemeinsame österreichisch-italienische Herrschaft über die Adria ihr Ende gefunden hätte. Jetzt zeigte es sich, wie wichtig die Erhaltung der Türkei auch für Italien gewesen war und wie sehr dieses sein eigenes Interesse gefährdet hatte, als es die Sicherheit der Türkei erschütterte. Es war also im Grunde genommen eine Abkehr Italiens von einer dem Dreiverband willkommenen Politik, und es war jedenfalls ein Bekenntnis zum Dreibund, daß Italien mit Österreich-Ungarn gemeinsam einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten suchte. Die damals gefundene Lösung, nämlich das selbständige Albanien, mochte noch so schwach sein, sie war doch besser als jede andere, weil sie zunächst die einzig durchführbare war. Für Rußland mußte sie deshalb doppelt unsympathisch sein. Sie raubte ihm die Hoffnung auf ein österreichisch-italienisches Zerwürfnis, und sie zerstörte die Ansprüche Serbiens auf einen

Hafen im Adriatischen Meer. Die von Grey ins Leben gerufene Londoner Botschafterkonferenz hat nun, wie gesagt, das Verdienst, dem österreichisch-ungarischen Standpunkt wenigstens in beschränktem Maß Rechnung getragen und für dieses Mal den Ausbruch eines Krieges verhindert zu haben.

Die Einigung wurde nur unter den größten Schwierigkeiten erzielt, und der Krieg schien mehr als einmal nahezu unvermeidlich zu sein. Rußland leistete nicht umsonst so zähen Widerstand. Es wußte besser als irgend jemand, daß die vereitelte Hoffnung der Serben auf bedeutende Teile von Albanien und auf den Hafen am Adriatischen Meer zur Sprengung des Balkanbundes führen würde. Denn als Serbien sah, daß es seine Ansprüche nicht durchsetzen konnte, trachtete es sofort, sich auf Kosten des bulgarischen Bundesgenossen schadlos zu halten. Es erhob Ansprüche auf mazedonische Gebiete, die in einem vorher abgeschlossenen Teilungsvertrag Bulgarien zugestanden worden waren oder deren Schicksal durch den Schiedsspruch des Zaren bestimmt werden sollte. Schon die bloße Möglichkeit solcher serbischer Ansprüche mußte für den Balkanbund bedrohlich erscheinen, weil inzwischen auch Griechenland mit Bulgarien in Konflikt geraten war. Der Streit dieser beiden drehte sich um den künftigen Besitz von Saloniki. Gleichzeitig war auch die Haltung Rumäniens gegen Bulgarien höchst bedrohlich geworden. Die österreichisch-ungarische und die deutsche Regierung versuchten nun, in dieser Situation mit allen Kräften eine Sprengung des Balkanbundes dadurch anzubahnen, daß sie eine Einigung zwischen Bulgarien und Rumänien herbeiführten. Dadurch würde zweifellos eine Annäherung Bulgariens an den Dreibund erfolgt sein, so daß jenes, auch wenn es im Balkanbunde geblieben wäre, für seine letzten Zwecke nicht mehr in Betracht kam. Bulgarien würde dann auch stark genug gewesen sein, um übermäßige Ansprüche Serbiens und Griechenlands zurückzuweisen. Ein so mächtiges Bulgarien wäre aber für Rußland noch ganz besonders unangenehm geworden, denn die Gefahr lag dann vor, daß Bulgarien gegen den Willen der Petersburger Regierung nach Konstantinopel marschierte.

Die Einigung zwischen Bulgarien und Rumänien mußte deshalb um jeden Preis vereitelt werden. Vorerst allerdings versuchte

Rußland die gesamten schwebenden Fragen durch seine Autorität aus der Welt zu schaffen. Es drängte Bulgarien und Rumänien seine Vermittlung auf, so daß es sich von der Bukarester Regierung mehrfach Zurückweisungen gefallen lassen mußte. Schließlich setzte es wenigstens durch, daß Petersburg als Ort einer Konferenz gewählt wurde, die den Streit zwischen Rumänien und Bulgarien schlichten sollte. Auf diese Weise gedachte Rußland Rumänien ohne Sprengung des Balkanbundes auf seine Seite zu ziehen. Ebenso bemühte sich die Petersburger Regierung, den serbisch-bulgarischen Zwist durch ein Machtwort des Zaren zu beseitigen. Als aber Bulgarien sich den russischen Entscheidungen nicht fügen wollte, beschloß man in Petersburg, es vorläufig zu opfern. Dieselbe russische Regierung, die noch im Februar den Rumänen mit Gewaltmaßregeln gedroht hatte, wenn sie die bulgarische Grenze überschritten, gestattete wenige Monate später den rumänischen Einmarsch in Bulgarien, ja sie forderte sogar die Bukarester Regierung zu dieser Maßregel auf. Rußland versprach sich davon zwei Dinge. Es hoffte erstens, seine Popularität in Rumänien zu befestigen und der russenfreundlichen Strömung dort zum Siege zu verhelfen, indem es bewies, daß Rumänien seine Ziele nicht mit Hilfe des schwachen Österreich-Ungarn, wohl aber des mächtigen Rußland erreichen konnte. Denn da die Haltung Österreich-Ungarns es unmöglich machte, die Monarchie in Rumänien als übelwollend hinzustellen, so arbeitete die russische Agitation in Rumänien genau so wie in Serbien mit der Verkündigung des bevorstehenden Zerfalls Österreich-Ungarns. Gleichzeitig versprach man den Rumänen, ihnen bei nächster Gelegenheit Siebenbürgen und die Bukowina zu verschaffen. Es galt nunmehr, das Mißtrauen gegen Rußland zu beseitigen, und das konnte jetzt durch die Tat geschehen, indem man Rumänien erlaubte, einen slawischen Staat anzugreifen.

Das war der eine Zweck; der zweite, wichtigere, bestand darin, daß man einen Krieg Serbiens und Griechenlands gegen Bulgarien für wenig aussichtsvoll hielt und deshalb die Hilfe Rumäniens brauchte, um Bulgarien die von ihm besetzten und geforderten mazedonischen Gebiete entreißen zu können. Denn Serbiens Ansprüche zu befriedigen, war für Rußland eine unbedingte Not-

wendigkeit. Serbien war der Angelpunkt der russischen Balkanpolitik und der einzig zuverlässige Bundesgenosse Rußlands auf der Halbinsel, außerdem aber der Sturmbock gegen Österreich-Ungarn, den man natürlich so stark wie möglich machen mußte. Würde Serbien unzufrieden geworden sein und sich in seiner Enttäuschung Österreich-Ungarn zugewandt haben, dann war es mit allen russischen Plänen zu Ende.

Aus derartigen Erwägungen ließ Rußland den zweiten Balkankrieg zustande kommen, oder vielmehr, es führte ihn herbei. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß Rußland im letzten Augenblick den Widerstand Bulgariens noch heuchlerisch unterstützte, und daß es vor der Entscheidung, wie schon oben erwähnt, alles getan hat, um Bulgarien und Rumänien gegeneinander aufzuhetzen. Mir ist auch von bulgarischer Seite erzählt worden, daß Rußland durch falsche Vorspiegelungen in Sofia den serbischen Überfall auf Bulgarien begünstigte und es den Serben beinahe wehrlos in die Hände lieferte.

Es ist bekannt, daß dieses russische Manöver erfolgreich war, insofern als Serbien für seine angeblichen Verluste reich entschädigt wurde und Rumänien allen Ernstes begann, sich völlig von Österreich-Ungarn abzukehren. Die Gründe für diese Abkehr wurden verschiedenartig angegeben. Ich hatte aber persönlich bei meinem Aufenthalt in Bukarest während der Friedensverhandlungen im Sommer 1913 den Eindruck, daß sowohl die unwahren Angaben über mangelndes Entgegenkommen Österreich-Ungarns während der Krise wie auch die Hinweise auf die unterdrückten ungarischen Rumänen nur Ausflüchte waren, und daß vielmehr die Überzeugung von der Schwäche der Monarchie und von ihrem bevorstehenden Zerfall das ausschlaggebende Moment gewesen ist. Hat mir doch der damalige Minister des Innern, Take Jonescu, mit dürren Worten ins Gesicht gesagt, daß nach seiner Meinung Österreich-Ungarn kaum länger existieren werde, als der alte Kaiser lebte. Das waren die wirklichen Gedanken der großen Mehrheit rumänischer Politiker. Es lohnt daher gar nicht, den Zusammenhang dieser Darstellung noch durch eine Erörterung der österreichisch-ungarischen Haltung in der Revisionsfrage zu stören. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß auch Rußland die Revision des

Bukarester Friedens verlangt hat, ohne daß es ihm auch nur im geringsten übelgenommen wurde. Rußland freilich waren nicht die serbischen, sondern die griechischen Erfolge peinlich.

Das Ergebnis der Balkankrise für Rußland war das folgende. Serbien und Montenegro, die festesten Stützen der russischen Politik, hatten sich nahezu verdoppelt; der Weg nach Saloniki war für Österreich-Ungarn ein für allemal versperrt und dieser Hafen selbst im Besitz eines erstarkten Griechenland, welches zunächst geneigt schien, die Politik des Dreiverbandes auf der Balkanhalbinsel zu unterstützen; Rumänien schien auf dem besten Wege zu sein, vollkommen in das russische Fahrwasser hinüberzusegeln, und wenn es noch nicht ganz so weit war, so konnte der alte König Carol als einziges nennenswertes Hindernis betrachtet werden, der sich aber vielleicht auf die Dauer der Volksstimmung nicht widersetzen konnte. Alle diese genannten Staaten waren von Rußland mit jenem Geiste des Abenteurertums und der wilden Eroberungssucht erfüllt, durch den es sie jederzeit seinen aggressiven Zwecken dienstbar machen konnte, um sie im gegebenen Augenblick ebenso zu opfern, wie dies mit Bulgarien bereits geschehen war.

Auf der Passivseite dagegen mußte Rußland buchen: die Zertrümmerung des Balkanbundes, die Abkehr Bulgariens, die Errichtung eines selbständigen Albanien, womit die Einigkeit zwischen Österreich-Ungarn und Italien verbunden war, und die serbische Niederlage in der Adriafrage. Alle diese Probleme, mit Ausnahme des albanischen, hoffte die russische Politik mit einem Streich zu lösen. Dieser Streich war ein Angriff auf Österreich-Ungarn, der früher oder später vom Balkan her geführt werden mußte. In diesem künftigen Kriege sollte Serbien in Bosnien und den anderen südslawischen Provinzen der Monarchie einrücken. Diese Provinzen mußten bis dahin durch die serbische Propaganda so weit revolutioniert sein, daß ihre Bewohner sofort mit den serbischen „Brüdern" gemeinsame Sache machten. In diesem Augenblick konnte Rußland von Serbien verlangen, daß es mit Rücksicht auf den großen Gebietszuwachs einen Teil von Mazedonien an Bulgarien zurückgebe, vorausgesetzt, daß dieses abermals in den Balkanbund eintrat und zu den Waffen griff. Rumänien hoffte

man ebenfalls mit dem Hinweis auf seine „unterdrückten Brüder“ und durch das Versprechen, daß es Siebenbürgen und die Bukowina erhalten sollte, zum Losschlagen zu bringen. Auf diese Weise wäre nicht nur der Balkanbund, um Rumänien vermehrt, wiederhergestellt worden, sondern Rußland konnte, falls der Krieg zum Weltkrieg wurde, Österreich-Ungarn zerschmettern, und auf der anderen Seite, wenn erst seine Heere marschierten, den Balkanvölkern zu Trotz, nach Konstantinopel marschieren und seine kühnsten Träume erfüllen.

Die russische Politik ist also weit davon entfernt gewesen, sich irgendwie um das Wohl und Wehe der Balkanstaaten zu kümmern, und sie hatte nichts anderes im Auge als die Erfüllung langgehegter Eroberungspläne. Es zeigt sich aber auch aus dem Vorhergehenden, daß der Weg, der zu diesem Ziele führen sollte, nichts anderes war als der skrupelloseste Schacher mit Ländern und Völkerschaften, ein Schacher mit jenen Völkern, deren Befreiung Rußland seit Jahrzehnten als eine seiner Hauptaufgaben hingestellt hat. Für Rußland war es vollkommen gleichgültig, was aus den Balkanstaaten wurde, wenn sie erst ihre Pflicht getan hatten. Ja, die Mehrzahl von ihnen würde von Rußland selbst zweifellos unterdrückt und vernichtet worden sein. Bulgarien mußte schon einmal bluten, weil sein Interesse nicht mit dem Rußlands zusammenfiel. Und es würde noch einmal geblutet haben, wenn es trotz dieser Erfahrung wieder den russischen Wünschen nachgegeben hätte. Denn Bulgarien liegt nun einmal auf dem Wege von Rußland nach Konstantinopel, und es hat überdies das unverzeihliche Verbrechen begangen, selbst Ansprüche auf die Stadt am Goldenen Horn zu erheben. Dies wäre ihm niemals verziehen worden. Es konnte durchaus möglich sein, daß Rußland in der letzten Zeit den Bulgaren sogar Konstantinopel versprach, um sie zum Mitgehen zu bewegen, und vor allem, um England zu beruhigen. Denn, wie noch später ausgeführt werden soll, mußte Rußland sich mit England vor dem großen Kampf noch über die Meerengenfrage einigen. Nach Andeutungen in der Presse scheint man vorübergehend auch diese Formel gefunden zu haben, Konstantinopel solle bulgarisch werden. Ernst gemeint war aber diese Formel von russischer Seite keinesfalls. Sie konnte höchstens so

lange dauern wie das russisch-englische Bündnis, und dieses wäre zweifellos überlebt gewesen, wenn Rußland den europäischen Krieg siegreich ausgefochten hätte. Auch nach einer Niederlage wird sich dieses Bündnis wohl nicht lange halten. Jedenfalls aber würde sich ein siegreiches Rußland von niemand hindern lassen, Konstantinopel in Besitz zu nehmen und den kleinen Rivalen Bulgarien zu vernichten. Auch das Schicksal Rumäniens nach einem russischen Siege ist nicht zweifelhaft. Rußland wird nicht einen Staat neben sich dulden, dem es in früherer Zeit so viel schweres Unrecht zugefügt hat, einen Staat, der eines Tages, wenn er erst Siebenbürgen erhalten hat, auch Bessarabien fordern könnte, das ja ebenfalls von Rumänen bewohnt wird, und der schließlich Rußland von der Balkanhalbinsel trennt, der die Donaumündungen besitzt, und der nach dem endgültigen Zerfall der Türkei als einziger neben Rußland und Bulgarien an der Küste des Schwarzen Meeres säße. Dieses Meer soll russisch werden, ebenso wie der Bosporus und die Dardanellen; es soll einen einzigen großen russischen Hafen bilden für die Flotte, deren Bestimmung es sein wird, die Herrschaft des östlichen Mittelmeerbeckens an sich zu reißen, um dort die Hauptschlagader der überseeischen Macht Englands, den Weg nach Indien, zu zerschneiden. Fragt man, warum die Balkanstaaten bisher von Rußland verschont wurden und warum sie nach dem Kriege ihm plötzlich zum Opfer fallen sollen, dann gibt es nur die eine Antwort: die Balkanstaaten leben, solange Österreich-Ungarn existiert, und sie verschwinden, wenn Österreich-Ungarn vernichtet wird.

Es ist wahrscheinlich, daß Rußland noch zwei bis drei Jahre gewartet hätte, ehe es an die Verwirklichung dieser Pläne ging. Denn obgleich es die halbe Welt gegen Österreich-Ungarn und das verbündete Deutschland unter die Waffen zu rufen gedachte, scheint es sich der Wehrmacht der beiden verbündeten Kaiserreiche gegenüber keineswegs sicher gefühlt zu haben. In diesem Gefühl wurde es wohl durch die letzte deutsche Heeresreform bestärkt sowie durch die Schritte, die Österreich-Ungarn in der gleichen Richtung unternahm. Diese Heeresvermehrungen waren, wie von deutscher Seite ausdrücklich betont wurde, die Antwort darauf, daß Rußland die Balkanstaaten für einen künftigen Krieg gegen die

Zentralmächte mobilisiert hatte. Rußland glaubte also nun auch seinerseits stärker rüsten zu müssen. Es hat die höchsten Anstrengungen gemacht, daß in Frankreich die dreijährige Dienstzeit eingeführt wurde, und es entwarf für sich selbst einen gewaltigen Rüstungsplan, dessen Ausführung angeblich bis 1917 dauern sollte. Wir glauben aber dennoch, daß Rußland etwa seit Anfang 1914 das unzweifelhafte Bedürfnis empfand, die Katastrophe zu beschleunigen, und zwar deshalb, weil es sich seiner Bundesgenossen nicht mehr sicher fühlte. Wir haben gesehen, daß die Haltung Englands schon während der Balkankrise nicht mehr den russischen Erwartungen entsprach, und daß sie sich wesentlich von der Politik Eduards VII. unterschied, die ja Rußland zur Verwirklichung seiner kühnen Pläne ermutigt und vielleicht dem Panslawistentum innerhalb Rußlands zum Siege verholfen hatte. Auch nach Eduards Tode gab und gibt es Leute in England, die seine politischen Grundsätze teilen. Aber die Mehrheit des Volkes und wohl auch der Regierenden besitzt diese aggressive Tendenz nicht, und sie konnte nur durch das Schreckgespenst des bevorstehenden deutschen Angriffes bei der bisherigen Richtung der Auslandspolitik festgehalten werden. Nun zeigte aber die Haltung Deutschlands im Balkankrieg ganz unzweideutig, daß das Deutsche Reich auf das dringendste den Frieden wünschte und daß es insbesondere eine Anlehnung an England erstrebte. Diese Einsicht blieb in London nicht wirkungslos, und man mag dort in der Zeit nach dem Balkankrieg ernsthaft mit dem Gedanken umgegangen sein, die russische Freundschaft, die nun allzu kostspielig zu werden begann, fahren zu lassen und sich auf die Seite des Dreibundes, vor allem Deutschlands, zu begeben. Dieser Gedanke war um so aussichtsvoller, als zwischen Deutschland und England in allen konkreten, festumrissenen Fragen leichter ein Einvernehmen herzustellen war als zwischen England und Rußland. Ein Schwerpunkt der englischen Interessen ist Asien und die dorthin führenden Wege. Hier gab es zwischen Deutschland und England keine unüberbrückbaren Gegensätze, und die bestehenden Differenzen ließen sich durch ein Abkommen sehr wohl beseitigen, wie es ja auch wirklich zustande gekommen ist. Auch Frankreich konnte sich mit Deutschland über seine vorderasiatischen Interessen verständigen und hat

es getan. In diesem Augenblick war die europäische Stellung Rußlands auf das äußerste gefährdet. Diese Stellung hatte ihre stärkste Stütze in der prinzipiellen Gegensätzlichkeit, die jahrelang zwischen Deutschland und England bestanden hatte und die daher stammte, daß Deutschland und England einander ganz im allgemeinen als Konkurrenten ansahen, soweit die Erde reicht. Entstammte dieser Gegensatz auch durchaus materiellen Interessen, so war er doch in einem gewissen weiten Sinn zur Ursache einer Art von Gefühlspolitik geworden, wenn man nämlich jene Politik so nennen darf, die nicht aus dem Abwägen der konkreten einzelnen Interessen entspringt, sondern aus einem allgemeinen gegenseitigen Mißtrauen und der sich daraus ergebenden Abneigung. Diese Art von Gefühlspolitik aber führt mehr als jede andere zu ständiger gegenseitiger militärischer Bereitschaft, und sie vertieft sich immer mehr durch die beiderseitigen steigenden Rüstungen.

Es gehörte der politische Dilettantismus eines Churchill dazu, um die gegenseitige Spannung zwischen Deutschland und England durch den Vorschlag einer Rüstungsbeschränkung aufheben zu wollen, und noch dazu einer Beschränkung, die hauptsächlich für Deutscland fühlbar geworden wäre. Abgesehen davon, daß sein Vorschlag durch diese letzte Eigentümlichkeit unannehmbar wurde, krankte er an einem grundsätzlichen Denkfehler. Churchill wollte die Ursache beseitigen, indem er die Wirkung aufhob, anstatt den umgekehrten Weg zu gehen. In Wirklichkeit mußte zuerst das deutsch-englische Konkurrenzgefühl und das daraus entstehende Mißtrauen beseitigt werden. Das konnte aber nur geschehen, indem man langsam und Schritt für Schritt in den zunächst liegenden konkreten Fragen ein Einverständnis suchte. Dadurch verlor die Gegensätzlichkeit der beiden Beteiligten den Charakter des Allgemeinen und Uferlosen und reduzierte sich auf eine kleinere oder größere Anzahl bestimmter, noch ungelöster Fragen. Denn die Verständigung über einzelne Dinge mußte, je weiter sie fortschritt, den Beweis erbringen, daß die beiden Gegner es gar nicht darauf abgesehen hatten, einander um jeden Preis zu schädigen und zu verdrängen. Auf diese Weise würde sich das gegenseitige Mißtrauen verringert haben

und es wäre vielleicht mit der Zeit so gering geworden, daß keiner der beiden mehr daran gedacht hätte, ein wirklich wichtiges Interesse für das Bündnis mit einer dritten Macht zum Opfer zu bringen, nur um sich vor dem früheren vermeintlichen Gegner zu schützen. Man würde also in England dahinter gekommen sein, daß es überflüssig war, Rußland die größten Zugeständnisse zu machen, nur um einen Bundesgenossen gegen Deutschland zu haben, von welchem England im Grunde genommen durch viel geringere Gegensätze getrennt wurde als von Rußland.

Aus diesem Grunde bedeuteten die deutsch-englisch-französischen Unterhandlungen über die wirtschaftliche Erschließung Vorderasiens und über afrikanische Kolonialfragen, die bis in den Frühling 1914 hinein andauerten und zu positiven Ergebnissen führten, für Rußland eine große Gefahr. Sie wurde um so größer, als selbst Frankreich, dieses Stammland der Gefühlspolitik, sich an ihnen beteiligte. Die deutsch-französische Annäherung war in doppeltem Sinne ein Strich durch die russische Rechnung. Wenn auch Frankreich begann, statt der Gefühlspolitik Interessenpolitik zu treiben, dann verlor der einzige deutsch-französische Gegensatz, nämlich der Revanchegedanke, jeden Kredit. Frankreich hatte dann kein Interesse mehr an dem russischen Verbündeten, und es hatte auch kein Interesse mehr daran, die zwanzig Milliarden, die es sich dieses Bündnis bereits hatte kosten lassen, durch weitere russische Anleihen zu vermehren. Denn gerade zu jener Zeit, in der die politische Rentabilität dieses französischen Anlagekapitals ins Schwanken geriet, war der Pariser Geldmarkt auch der finanziellen Rentabilität der russischen Werte gegenüber äußerst skeptisch geworden. Der zweite Strich durch die russische Rechnung aber bestand darin, daß Frankreich bisher seinerseits wiederum eines der stärksten Bindeglieder zwischen Rußland und England war. England und Frankreich sind auch vor dem Kriege, zwar nicht buchstäblich, aber doch der Sache nach, Bundesgenossen gewesen. Sie garantierten sich gewissermaßen gegenseitig ihre Sicherheit angesichts der angeblichen deutschen Angriffsgelüste. Ihr Verhältnis würde sich wohl auch im Falle einer Annäherung an Deutschland nicht geändert haben. Aber Frankreichs und

Englands vereinigte Landmacht genügte nicht, um dem erwarteten deutschen Angriff standzuhalten, der russische Bundesgenosse mußte noch hinzukommen. Auf der anderen Seite verlor er natürlich seinen Wert für beide anderen Vertragsteile, wenn die drohende deutsche Invasion sich als Märchen entpuppte.

Für Rußland war es also von höchster Bedeutung, die sich zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits anbahnende Interessenpolitik zu stören und das alte Mißtrauen wach zu halten, der alten Gefühls- und Rüstungspolitik neue Nahrung zu geben. Es ist kaum möglich und würde auch zu weit gehen, die einzelnen kleinen Schliche zu verfolgen, mit denen Rußland es immer wieder verstand, besonders in Frankreich Helfer bei dieser Aufgabe zu finden. Der französische Volkscharakter war dabei gewiß sein Bundesgenosse, ein besserer noch die Regierung Poincaré. Rußlands Ziel wurde es nun, den europäischen Krieg, den es sonst wohl erst zwei bis drei Jahre später hätte führen wollen, so schnell wie irgend möglich vom Zaun zu brechen, das heißt, solange die deutsch-englische Verständigung nicht allzu innig geworden war und nicht auch Frankreich in ihren Bann gezogen hatte. Dieser Krieg aber konnte unter anderem nur dann geführt werden, wenn zwischen England und Rußland eine Lösung der Meerengenfrage gefunden worden war. Denn vom russischen Standpunkt gehörte ja zu den wesentlichen Zielen dieses Krieges die Zertrümmerung der Türkei. Daß nun mit französischer Hilfe über diese Frage zwischen der englischen und der russischen Regierung Verhandlungen stattgefunden haben, glaube ich aus dem Inhalt des Flottenabkommens schließen zu müssen, dessen Grundzüge bekanntlich im Frühling 1914 zustande gekommen sind. Nach dem Bericht des deutschen Botschafters in Petersburg vom Juni 1914 sollte dieses Marineabkommen unter anderem den Satz enthalten: „Im Gebiet des Bosporus und der Dardanellen sollen zeitweilige Unternehmungen in den Meerengen als strategische Operationen Rußlands im Kriegsfall ins Auge gefaßt werden." Rußland sollte demnach mit englischer Zustimmung für den Fall eines Krieges die Sperre der türkischen Meerengen für Kriegsschiffe durchbrechen. Daß dies gewaltsam geschehen mußte, war für jedermann klar. Es handelte sich also darum, daß die

Türkei von Rußland überfallen werden sollte. Mit anderen Worten, die Türkei wurde von England preisgegeben.

Der ganze Komplex dieser Verhandlungen scheint durch den russischen Botschafter in Paris, Iswolski, ins Rollen gebracht worden zu sein. Seine Pariser Freunde, die leider am Ruder waren, setzten den Besuch des Königs Georg von England und des Staatssekretärs Grey in der französischen Hauptstadt durch, der bekanntlich im Mai 1914 stattfand. Man spekulierte mit der Weltfremdheit Greys und trachtete durch besonders schmeichelhafte Behandlung persönlichen Einfluß bei ihm zu gewinnen. Aus verschiedenen Quellen ist bekannt geworden, daß während dieses Pariser Besuches die Verhandlungen über das Marineabkommen eröffnet und daß sie später in London und Petersburg fortgesetzt wurden. Man dürfte nicht umsonst für diese viel weitergehende Angelegenheit gerade ein Marineabkommen als äußeren Anhaltspunkt gewählt haben. Besaß man doch auf diesem Gebiete in England einen Bundesgenossen, nämlich den Marineminister Churchill. Niemand in England hat vielleicht mehr als Churchill von der „deutschen Gefahr“ geträumt, und niemand als er war sicher geeigneter, ein Marineabkommen mit Rußland vorzuschlagen, da er ja auf den gescheiterten Versuch hinweisen konnte, mit Deutschland zu einer Verständigung über die Rüstungen zur See zu gelangen. Es läßt sich nicht nachprüfen, ob und wie weit Churchill in dieser Frage über den Kopf des wohl noch schwankenden Grey hinweg im Rahmen seines eigenen Ressorts mit Rußland verhandelt hat. Jedenfalls geht aus den jetzt bekannten Berichten hervor, daß sowohl in England wie in Rußland in erster Linie die Marinebehörden die Unterhandlungen führten.

Es war also wieder eine Frage der militärischen Bereitschaft, durch welche Rußland die alte Politik des Mißtrauens und der Gehässigkeit zu neuem Ansehen brachte. Selbst wenn der Krieg nicht so schnell ausgebrochen wäre, mußte doch die Tatsache des englisch-russischen Marineabkommens auf Deutschland verstimmend wirken. Sie mußte es um so mehr, als Rußland während dieser ganzen letzten Monate alles mögliche getan hatte, um die friedfertige deutsche Regierung zu verärgern und gegen sich aufzubringen. Es ist merkwürdig, daß sowohl das Bekanntwerden der

intensiven russischen Rüstungen in diese Zeit fällt wie auch eine Reihe handelspolitischer, gegen Deutschland gerichteter Akte Rußlands. Aus allen diesen Einzelheiten war ohne jeden triftigen Grund eine gespannte Situation in Europa entstanden, deren Folgen man zunächst nicht übersehen konnte.

In diesem Augenblick wird der österreichisch-ungarische Thronfolger ermordet. Der Schauplatz des Verbrechens ist die Hauptstadt von Bosnien, jenes Landes also, das nicht nur das Ziel der nächsten serbischen Wünsche war und das bei der nächsten Teilung Europas durch Rußland eine so wichtige Rolle spielen sollte, sondern das auch der Gegenstand einer jahrelangen revolutionären Propaganda von seiten Serbiens gewesen war. Es stellt sich heraus, daß der Erzherzog-Thronfolger nicht das Opfer eines Einzelnen, sondern einer regelrechten Verschwörung geworden ist. Die Täter sind Österreicher, die Waffen aber sind serbisch, und der Gedanke ist ebenfalls serbisch. Es handelt sich um einen politischen Fürstenmord, begangen in einem Lande, das mit allen Mitteln zur Revolution aufgereizt werden sollte, angestiftet von Angehörigen desjenigen Volkes, welches in dieser Revolution seine politische Zukunft erblickte und welches andererseits schon einmal durch Königsmord und schon mehrmals durch Verschwörungen seine Geschicke beeinflußt hatte. Serbiens Pläne aber waren Rußlands Pläne. Es fragte sich also nur, wer die Verantwortung für diese Art der Ausführung zu übernehmen hatte.

Es geht nicht an, in einer ernsthaften Darstellung Behauptungen und noch dazu ungeheuerliche Behauptungen beweislos aufzustellen. Es darf deshalb kein Wort über die Frage verloren werden, ob dieses Attentat irgendwie mit der offiziellen russischen Politik selbst in Zusammenhang gestanden hat. Dies ist um so weniger möglich, als der Begriff der russischen Politik nicht so ohne weiteres wie in anderen Ländern mit bestimmten offiziellen Persönlichkeiten vollkommen identifiziert werden kann. Kein Mensch glaubt daran, daß etwa Ssasonow Mörder dingen ließ, um den österreichisch-ungarischen Thronerben zu beseitigen und einen Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn hervorzurufen. Aber Ssasonow ist nur in sehr beschränktem Maße

der Leiter der russischen Politik. Diejenigen, die zum Teil neben und zum Teil gegen ihn arbeiteten, stehen im Dunkel. Diese russische „Kriegspartei“ hat nur ein paar sichtbare Aushängeschilder; was alles dahinter steckt, wissen wir nicht, und wir können deshalb auch nicht beurteilen, wessen diese Partei fähig ist und welche Mittel sie in einem bestimmten Fall angewendet hat. Sicher ist, daß sich der Doppelmord von Sarajewo als ein höchst geeigneter Zufall in das System politischer Vorkehrungen eingefügt hat, die zum Krieg zwischen Dreibund und Dreiverband drängten. Man kann nicht sagen, daß er wie ein Blitz aus heiterem Himmel über das friedliche Europa hereinbrach, sondern der politische Himmel war, wie schon bemerkt, zu jener Zeit von schweren Gewitterwolken bedeckt. Aber gerade deshalb ist es wohl auch möglich, daß serbische Abenteurer, die mit den russischen Plänen nur allzu vertraut waren, ein übriges taten und die gespannte Situation dazu benutzten, um, wie sie hofften, ungestraft einen Akt des unerhörtesten Terrorismus zu begehen und den von ihnen ersehnten Zusammenstoß unvermeidlich zu machen.

Welche Folgen konnte der Fürstenmord von Sarajewo haben? Auf den ersten Blick mußte sich jedermann sagen, daß er eine furchtbare Kriegsgefahr mit einem Schlage heraufbeschwor. Er bedeutete eine so ungeheuerliche Herausforderung, daß es selbst dem friedliebendsten Staat unmöglich war, anders als mit einem vernichtenden Schlage darauf zu antworten, wenn er es nicht durchzusetzen vermochte, daß alle Umtriebe, die zu einer solchen Tat führen konnten, ein für allemal unterdrückt wurden. Österreich-Ungarn, das so oft den serbisch-russischen Provokationen aus dem Wege gegangen war, sollte jetzt vor die Wahl gestellt werden, sich entweder zum Kriege zwingen zu lassen oder eine unblutige Niederlage zu erleiden, die sein Schicksal besiegelte. Mochte aber die Entscheidung fallen wie immer, so war der Mord von Sarajewo das gegebene Mittel, um endlich die vollständige Revolutionierung Bosniens und der anderen südslawischen Provinzen durchzusetzen. Man machte sich darauf gefaßt, daß die Regierung nunmehr endlich mit dem System der Milde in Bosnien brechen werde, welches einen Aufstand gegen sie bisher schlechterdings unmöglich gemacht hatte. Man erwartete strenge Maßregeln, gegen die sich

das Volk unter dem Druck der serbischen Agitatoren auflehnen würde. Es darf nicht vergessen werden, daß in jenem Bunde der Balkanslawen, der gegen Österreich-Ungarn geschmiedet wurde, die österreichischen und ungarischen Südslawen selbst einen wichtigen Bestandteil bilden sollten. Bisher hatten sie noch nicht genügend erwiesen, daß sie zu dieser Rolle geeignet waren. Sie fühlten sich in ihrem bisherigen Zustande allzu wohl.

Die Methode, die man jetzt anwandte, war bereits erprobt. Die südslawischen Provinzen waren bereits der Schauplatz mehrerer politischen Morde geworden, und der letzte davon, der an dem Banus von Kroatien, Cuvaj, verübt wurde, hatte bereits vorübergehend strenge Regierungsmaßregeln zur Folge gehabt. Nun aber sollte durch den Mord an dem zukünftigen Kaiser der endlosen Reihe von Provokationen die Krone aufgesetzt werden. Noch ehe die Mitschuld der serbischen Regierung an dem Verbrechen von Sarajewo erwiesen war, noch ehe der Zusammenhang zwischen diesem Verbrechen und den maßgebenden Kreisen Rußlands behauptet werden konnte, stand eines fest: die moralische Mitschuld an diesem Mord konnten Petersburg und Belgrad nicht von sich abwälzen. Mochte er angestiftet sein von wem immer, er wurde jedenfalls zur Belastungsprobe für die Lebensfähigkeit Österreich-Ungarns. Er war die Probe auf das Exempel für eine jahrzehntelang betriebene russische Politik, die sich mit diplomatischen Aktionen und militärischen Drohungen nicht begnügte, sondern systematisch die Völker der Monarchie selbst gegen das sie einigende Staatswesen aufgehetzt hatte. In jener langen, langen Kette von Übeltaten, die auf unterirdischem Wege von Petersburg und Moskau aus geleitet wurden, die mit der angeblichen oder wirklichen russischen Politik niemals etwas zu tun gehabt haben sollten und die bei den Tschechen, Polen, Ruthenen, Rumänen, Italienern und Serben den Funken des Aufruhrs entzünden und schließlich im geeigneten Augenblick zur Flamme anfachen sollten — in dieser Kette war die Mordtat von Sarajewo das letzte Glied. Nun galt es zu beweisen, ob die Monarchie noch stark genug war, diese Kette zu zerreißen.

Österreich-Ungarn und Rußland vor dem Kriegsausbruch

Zunächst hatte sich die österreichisch-ungarische Regierung nur mit Serbien selbst auseinanderzusetzen. Dorthin führten die Spuren des Verbrechens, dort war, wie gesagt, der Gedanke dazu entstanden, von dorther stammten die Waffen, mit denen es ausgeführt wurde. Wenn aber Österreich-Ungarn von Serbien Rechenschaft forderte, nicht nur für die Tat einzelner Leute, sondern für die Umtriebe, durch die diese Tat möglich geworden war, und für den Geist, aus dem diese Umtriebe entstanden und der die ganze Haltung Serbiens seit Jahren beeinflußt hatte, dann mußte sie darauf gefaßt sein, wieder allen jenen Verdächtigungen zu begegnen, denen sie stets ausgesetzt war, wenn sie ein Lebensinteresse auf dem Balkan zu verteidigen gedachte. Die österreichisch-ungarische Regierung mußte alles tun, was in ihrer Macht stand, um den Verdacht der Gewalttätigkeit und der Eroberungssucht von sich abzuwehren, der immer gegen sie erhoben wurde, so oft sie sich nicht unverzeihlicher Schwäche schuldig gemacht hatte. Sie hat deshalb mit eiserner Selbstbeherrschung und auf die Gefahr hin, aufs neue der Schwäche beschuldigt zu werden, fast vier Wochen vergehen lassen, ehe sie ihre Antwort auf das Verbrechen von Sarajewo erteilte. Der Sinn dieser Antwort konnte nach allem Besagten nicht zweifelhaft sein. Es handelte sich einfach darum, die serbische Regierung zu zwingen, allen Eroberungsgelüsten auf österreichisch-ungarisches Gebiet für immer zu entsagen, die Verbindung mit den bereits gekennzeichneten verbrecherischen Elementen zu zerschneiden, die erneute Anknüpfung solcher Verbindungen unmöglich zu machen und im Sinne der europäischen Moral Heer und Verwaltung zu säubern. Die Verschwörer mußten aufhören, in der serbischen Politik jene Rolle zu spielen, die sie nicht nur seit der Ermordung des Königs Alexander, sondern noch früher innegehabt hatten.

Wenn diese Forderungen verwirklicht werden sollten, dann mußte die serbische Regierung vorerst gezwungen werden, ihr bisheriges lügnerisches System aufzugeben und öffentlich einzugestehen, mit welchen Mitteln und zu welchen Zielen sie bisher gearbeitet hatte. Es durfte ihr kein Vorwand gelassen werden, über eine unverdiente Gewalttätigkeit von seiten Österreich-Ungarns zu klagen. Es mußte auch den Gegnern im Auslande jede Möglichkeit genommen werden, die österreichisch-ungarische Aktion als einen Gewaltstreich hinzustellen. Es half nichts, wenn die serbische Regierung in ihrer Antwort auf die österreichisch-ungarische Note die Bestrafung der Schuldigen, die Auflösung der „Narodna Odbrana", die Verbesserung des Schul- und Pressewesens zusagte für den Fall, daß alle diese Offiziere, Beamten, Vereine, Bücher und Zeitungen verbrecherischen Zwecken dienstbar waren. Sondern diese Zugeständnisse mußten gemacht werden, weil die Voraussetzungen dazu vorhanden waren. Dieses Bekenntnis stellte die wichtigste Forderung der österreichisch-ungarischen Note dar, und seine Ablehnung bedeutete die Ablehnung der Note selbst. Wenn diese Forderungen zunächst überhaupt ohne Anwendung von Gewalt und unter Wahrung der diplomatischen Formen der serbischen Regierung mitgeteilt wurden, so bedeutete dies höchste Nachsicht. Das war aber nur möglich, wenn durch die kurze Befristung und durch die Festlegung des Wortlautes der geforderten Antwort jede Verhandlungsmöglichkeit auf gleichem Fuß rundweg abgelehnt wurde.

Österreich-Ungarn stand vor der schwierigen Notwendigkeit, seine eigene Sicherheit durch einen scheinbaren Eingriff in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates wiederherzustellen. Denn die Monarchie wurde ja nicht nur durch die offizielle serbische Auslandspolitik, sondern noch viel mehr durch die unerhörten inneren Verhältnisse Serbiens bedroht. Deshalb mußte sie von der serbischen Regierung vor allem das Bekenntnis dieser unerhörten Zustände fordern. Die Folgen dieses Bekenntnisses würden sich von selbst ergeben haben. Serbien spielte in dieser Angelegenheit die Rolle des Angeklagten, der schon durch die Voruntersuchung als überführt erscheint. Darum konnte ihm Österreich-Ungarn nicht mehr die unkontrollierte Weiterführung der Untersuchung überlassen,

es konnte ihm nicht zutrauen, daß es seine eigene Säuberung von verbrecherischen Elementen ohne Aufsicht korrekt vollziehen werde. War es denn etwa ausgeschlossen, daß dieses oder jenes Vollzugsorgan selbst direkt oder indirekt an der Verschwörung interessiert war, die hier seit vielen Jahren gegen die österreichisch-ungarische Monarchie angezettelt wurde? Ja, war es überhaupt anzunehmen, daß auch nur einer der beteiligten Beamten mit Sicherheit jenen großserbischen Ideen ferne stand, um deren unnachsichtige Ausrottung es sich handelte? Unter diesen Umständen mußte Österreich-Ungarn sich die Kontrolle der weiteren polizeilichen Untersuchung in Belgrad vorbehalten. Wären durch diese Untersuchung Beamte kompromittiert worden, so würden sie jedenfalls ihren Dienst verlassen haben. Die klaren Resultate dieser Untersuchung konnten dann den serbischen Gerichten vorgelegt und ihrer Beurteilung überlassen werden. Deshalb wurde in der österreichisch-ungarischen Note die Hinzuziehung österreichisch-ungarischer Beamter gefordert. Wenn nachher Sir Edward Grey die Bemerkung gemacht hat, eine solche Note sei noch keinem souveränen Staat überreicht worden, so hatte er ganz recht, er vergaß nur hinzuzufügen, daß Serbien das Recht verwirkt hatte, als souveräner Staat behandelt zu werden. Eine objektive Prüfung des von Österreich-Ungarn vorgelegten Tatsachenmaterials mußte dies für jedermann beweisen.

Die Erwägungen, die in Wien zur Abfassung der Note an Serbien führten, nahmen mit vollem Bedacht nur auf das Verhältnis der Monarchie zu Serbien selbst Rücksicht. Sie setzten die Berechtigung Österreich-Ungarns voraus, sich vor dem kleinen, aber gefährlichen Nachbarn ausreichend zu schützen, und sie ließen mit vollem Bewußtsein die Möglichkeit unberücksichtigt, daß eine dritte Macht an dieser Auseinandersetzung ein anderes Interesse bekunden könnte als ein gewissermaßen moralisches. Dieser Stundpunkt wurde Österreich-Ungarn von seiten des Dreiverbandes sogleich auf das äußerste verübelt. Ja, man hat es als politische Kurzsichtigkeit hingestellt, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht von vornherein mit dem entschiedenen Eingreifen Rußlands rechnete. In Wirklichkeit konnte es auf die Haltung Österreich-Ungarns keinen Einfluß ausüben, welche Gedanken

man sich in Wien über die Aufnahme der Note in Petersburg gemacht hat. Es ist lächerlich, anzunehmen, daß man in Wien nicht mit der russischen Einmischung gerechnet habe. Diese Einmischung war aber sachlich ein Unrecht und für die Monarchie persönlich ein Angriff auf ihre Großmachtstellung. Ein solches Unrecht von vornherein, und noch ehe es geschehen, als gegebene Voraussetzung mit zu berücksichtigen, hieß es legitimieren und zugleich ein Bekenntnis der eigenen Schwäche ablegen. Es gab nur zwei Möglichkeiten der Wiener Auffassung. Entweder Serbien hatte bisher auf eigene Faust und ohne die Billigung Rußlands oder irgendeines anderen Staates verbrecherische Anschläge gegen die Integrität der Monarchie ins Werk gesetzt — dann war es auch Serbien, mit dem Österreich-Ungarn ganz allein abzurechnen hatte. Es genügte dann, daß das Verfahren ein öffentliches war. Oder aber, Rußland unternahm es, Serbien trotz der Aufdeckung dieser Anschläge, trotz des Mordes von Sarajewo in seinen Schutz zu nehmen — dann sprach Rußland seine Billigung für diese serbischen Anschläge aus und machte sich zu ihrem Mitschuldigen. Die moralische Mitschuld Rußlands war in Wirklichkeit längst bekannt. Es kam nur darauf an, wie weit sie ging und wie weit sie eingestanden werden sollte. Die großserbische Propaganda hatte mit dem Fürstenmord operiert. Es stand von vornherein noch nicht fest, ob Rußland dieses Mittel billigen würde. Durch ihr Eintreten für Serbien hat die Petersburger Regierung diese Billigung ausgesprochen. Wenn von russischer Seite wiederholt versichert wurde, man wolle Österreich-Ungarn vollkommene Genugtuung verschaffen, so widerspricht das dieser Behauptung keineswegs. Es kam nicht auf Genugtuung, sondern auf wirksame Abwehr an. Genugtuung ist zwischen gleichberechtigten Partnern möglich, nicht aber zwischen einer Großmacht und einer so fragwürdigen staatlichen Existenz wie Serbien, nicht zwischen einem Ehrlichen und einem Verbrecher. Von russischer Seite wurde allerdings geltend gemacht, daß Österreich-Ungarn, selbst wenn es kein serbisches Territorium annektiere, die inneren Angelegenheiten Serbiens beeinflussen, ein Abhängigkeitsverhältnis aufrichten und dadurch die Machtverhältnisse auf dem Balkan verschieben würde. Die Züchtigung Serbiens, die Entfernung der

revolutionären Propaganda aus seinem politischen Programm würde eine Machterweiterung Österreich-Ungarns und damit des Dreibundes und somit eine Störung des Statusquo in Europa gewesen sein. Rußland betrachtete Serbien, mit dem es keine Grenze gemeinsam hat, mit dem es durch kein reales Lebensinteresse verknüpft ist, als zu seiner Interessensphäre gehörig, während Österreich-Ungarn das Recht verweigert wurde, den unmittelbaren Grenznachbarn auch nur im geringsten zu beeinflussen, ohne erst bei Rußland um Erlaubnis zu fragen. Zu diesem russischen Statusquo sollte aber auch ein Freibrief für Serbien gehören, Österreich-Ungarn zu beunruhigen und in seinem Besitzstand zu gefährden. Mit anderen Worten: Der von Rußland geforderte Statusquo bedeutete das in Permanenz erklärte Recht, an den Grenzen Österreich-Ungarns einen Feind großzuziehen, der an der Zertrümmerung der Monarchie arbeiten durfte, ohne daß diese sich zur Wehr setzen konnte. Den Schutz dieses Feindes hat Rußland als sein Lebensinteresse erklärt, und da es diese Forderung aufrecht erhielt bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten, so konnte das nichts anderes bedeuten, als daß es den Krieg mit Österreich-Ungarn um jeden Preis herbeiführen wollte, es sei denn, daß das letztere aus Furcht vor dem übermächtigen Gegner freiwillig auf seine weitere Existenz verzichtet hätte.

Wenn Rußland Österreich-Ungarn mit seiner Beschwerde an Europa verwies, so bedeutet das keine Widerlegung, sondern eine Bekräftigung dieser Ansicht. Denn Rußland wußte genau, daß dieses Europa nicht aus unbeteiligten und objektiv empfindenden Staaten bestand, sondern aus zwei gegnerischen Lagern, deren vielfältige Konflikte eine selbstlose Beurteilung des Streitfalles unmöglich machen und den Krieg nur um so sicherer und in um so größerem Umfang heraufbeschwören mußten. Die volle Kenntnis der Ziele der russischen Politik konnte also die Haltung der Monarchie nicht beeinflussen. Handelte es sich doch nicht um einen Einzelfall, sondern nur um ein neues Glied in der Kette der Ereignisse, die ihren Untergang beschleunigen sollten. Man wußte, daß Rußland auf den geeigneten Augenblick wartete, man konnte aber nicht wissen, daß Rußland gerade den Fürstenmord von Sarajewo als genügenden Anlaß zum Weltkriege be-

trachten würde, jenes Rußland, das selbst im Innern keinen größeren Feind zu befürchten hat als die Revolution und dessen Geschichte an Herrschermorden so reich ist wie kein anderes Land Europas. Es war immerhin — das kann nicht geleugnet werden — eine Überraschung, daß Zar Nikolaus mit den Waffen die Partei derjenigen ergriff, denen seine eigenen Vorväter zum Opfer gefallen sind.

Die großserbische revolutionäre Propaganda ist, wie schon gesagt, ein integrierender Bestandteil der serbischen Politik überhaupt. Diese serbische Politik aber bildet, wie in dem vorigen Kapitel erläutert wurde, ein unentbehrliches Werkzeug der russischen Politik. Es bedurfte, um zu den letzten Konsequenzen zu gelangen, noch des Beweises, daß der Fürstenmord in Sarajewo nicht etwa ein unerwartetes und besonders überraschendes Ergebnis dieser vielleicht ungenügend beaufsichtigten großserbischen Propaganda gewesen ist, sondern daß er, wenigstens nachher, von ihr gebilligt wurde. Dieser Beweis ist längst erbracht. Er lag den Großmächten gleichzeitig mit der österreichisch-ungarischen Note vor. Man wußte, daß die Bomben und Revolver direkt aus dem serbischen Kriegsarsenal nach Sarajewo gekommen waren, daß sie von serbischen Grenzbeamten auf österreichisch-ungarisches Gebiet geschmuggelt wurden, daß serbische Offiziere die Instruktoren der Mörder gewesen sind. Immerhin konnte noch an die Möglichkeit gedacht werden, daß es sich um einzelne verbrecherische Existenzen innerhalb des serbischen Offiziers- und Beamtenkorps handele. In diesem Falle hatte die serbische Regierung die Möglichkeit, zu zeigen, daß sie diesen schweren Übelständen ein Ende machen wolle und könne. Diese Möglichkeit hat sie aber unbenutzt gelassen. Es wurde keine Untersuchung eingeleitet, keine Bestrafung vorgenommen, wohl aber zeigte es sich nach den ersten paar Phrasen des offiziellen Bedauerns über den Mord von Sarajewo, daß die öffentliche Meinung Serbiens weit entfernt war, Österreich-Ungarn irgendeine Genugtuung zubilligen zu wollen. Die Belgrader Presse brachte Schmähartikel gegen Österreich-Ungarn, sie drohte unverhüllt mit der Revolution in Bosnien und Herzegowina, sie forderte zum Boykott gegen die österreichischen Firmen auf, sie kündigte den Untergang der Monarchie an. Ein

serbischer Diplomat kündigt zehn Tage vor Überreichung der Note bereits an, daß diese Note abgelehnt werden würde und daß Serbien zum Kriege bereit sei. Dieser Beamte — es war der Geschäftsträger in Konstantinopel, Georgievic — wurde zwar aus dem Amt entlassen, aber nicht wegen seiner Gesinnungen, sondern weil er sie unvorsichtig äußerte. Kurz darauf hat der serbische Ministerpräsident selbst Äußerungen getan, die an Deutlichkeit ebenfalls nichts zu wünschen übrig lassen. Herr Pasitsch hat zwar den Inhalt des Interviews der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ für falsch erklärt, aber wer Herrn Pasitsch kennt, wird der Aussage eines geachteten deutschen Journalisten zweifellos mehr Glauben schenken als der seinigen. Die serbische Regierung hat zwar den Mord von Sarajewo nicht angezettelt, aber sie hat sich durch ihr Verhalten nach dem Morde mit seiner eigentlichen Tendenz solidarisch erklärt. Sie hat es unter Drohungen abgelehnt, Genugtuung zu geben, ehe sie noch wußte, welche Genugtuung gefordert wurde. Und sie betrachtete es als ihr gutes Recht, vier Wochen lang nicht das geringste zu tun, um sich von dem Verdacht der intellektuellen Mitschuld reinzuwaschen. Das ist die Regierung jenes Staates, dessen Hoheitsrechte Rußland mit den Waffen zu verteidigen bereit war, dessen sorgfältige Schonung Rußland als sein ernstestes Lebensinteresse bezeichnet hat. Indem es so den Trotz der serbischen Regierung stärkte, hat es selbst die Hand schützend über die Anstifter zum Fürstenmord ausgestreckt.

Nur dadurch, daß Rußland eine solche Haltung einnahm und den Versuch machte, Österreich-Ungarn die primitivste Selbstverteidigung nach jahrelanger harter Geduldsprobe zu verbieten, konnte die serbische Angelegenheit zu einer europäischen Frage werden. Es wird sich später bei der Kritik der Haltung der übrigen Mächte zeigen, daß niemand sonst das Recht in sich fühlte, in den österreichisch-serbischen Konflikt als solchen einzugreifen. Die österreichisch-ungarische Regierung hatte deshalb auch von vornherein keinen Anlaß, ihr klares Recht auf selbständiges Vorgehen dadurch zu verdunkeln, daß sie die Note an Serbien vor ihrer Überreichung von anderen Mächten begutachten ließ. Sie hatte weiter keine Veranlassung, die Länge der Frist, die sie Serbien zur Beantwortung der Note gewährte, nach den

Bedürfnissen irgendeiner nichtbeteiligten Macht zu bemessen. Diese Verpflichtung hätte die Wiener Regierung allerdings gehabt, wenn sie eine Beeinflussung Serbiens von seiten einer anderen Großmacht erbeten hätte. Das war aber nicht der Fall, soweit es sich, wie gesagt, um die Wiener Regierung selbst handelt. Denn eine Beeinflussung Serbiens von anderer Seite konnte nur im schlechten Sinne erfolgen, das heißt im Sinne einer Unterstützung jener serbischen Regierung, über deren Charakter wir bereits gesprochen haben. Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Rußland, auf das es ja allein ankam, konnte nur entweder das Protektorat über die Revolutionäre, Bombenwerfer und Fürstenmörder übernehmen oder gar keinen Einfluß in dieser Angelegenheit ausüben. Seine passive Haltung würde genügt haben, um das Kräfteverhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien wirken zu lassen. Eine Fürsprache in Belgrad brauchte Österreich-Ungarn wahrlich nicht.

Der Gegensatz zwischen dieser österreichisch-ungarischen und der Petersburger Auffassung wurde sogleich am 24. Juli durch die Überreichung der folgenden russischen Note in Wien scharf gekennzeichnet:

„La communication du Gouvernement austro-hongrois aux Puissances le lendemain de la présentation de l'ultimatum à Belgrad ne laisse aux Puissances qu'un délai tout à fait insuffisant pour entreprendre quoiqu'il soit d'utile pour l'aplanissement des complications surgies.

Pour prévenir les conséquences incalculables et également néfastes pour toutes les Puissances qui peuvent suivre le mode d'action du Gouvernement austro-hongrois, il nous paraît indispensable qu'avant tout le délai donné à la Serbie pour répondre soit prolongé. L'Autriche-Hongrie se déclarant disposée à informer les Puissances des données de l'enquête sur lesquelles le Gouvernement Impérial et Royal base ses accusations, devrait leur donner également le temps de s'en rendre compte.

En ce cas, si les Puissances se convainquaient du bien-fondé de certaines des exigences autrichiennes, elles se trouveraient en mesure de faire parvenir au Gouvernement serbe des conseils en conséquence.

Un refus de prolonger le terme de l'ultimatum priverait de toute portée la démarche du Gouvernement austro-hongrois auprès des Puissances et se trouverait en contradiction avec les bases mêmes des relations internationales."

Diese Note, von der Ssasonow nachher behauptete, sie sei „in der freundschaftlichsten Form" abgefaßt, beansprucht ohne jede Begründung für die Mächte das Recht, die österreichisch-ungarische Forderung an Serbien einer Prüfung zu unterziehen. Da aber Ssasonow um diese Zeit zumindest den Standpunkt Deutschlands und Englands kannte, welche beide eine Prüfung der serbischen Frage als solcher ablehnten, so handelte es sich in Wirklichkeit hauptsächlich um die Anmaßung dieses Rechtes für Rußland. Ssasonow versucht weiter, in dieser Note den österreichisch-ungarischen Standpunkt zu verschleiern, indem er davon spricht, daß Österreich-Ungarn durch seine Weigerung, die Frist zu verlängern, „den Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung bei den Mächten jeder Tragweite berauben und sich geradezu zu den Grundlagen der internationalen Beziehungen in Widerspruch stellen würde". In Wirklichkeit aber ist die Mitteilung der Note durch Österreich-Ungarn an die übrigen Großmächte kein „Schritt" in dem Sinne, daß von den Mächten irgend etwas gefordert würde. Österreich-Ungarn hat einfach den übrigen Mächten von den Tatsachen Kenntnis gegeben und es ihnen überlassen, daraus ihre Folgerungen zu ziehen. Es handelte sich also am allerwenigsten darum, daß Ssasonow, wie er gönnerhaft ausführt, nach erfolgter Prüfung der österreichisch-ungarischen Forderungen der serbischen Regierung Ratschläge erteilt hätte. Es handelte sich im Gegenteil darum, ob die Situation von 1909 nochmals herbeigeführt werden sollte oder nicht. Damals hat Serbien, „indem es den Ratschlägen der Großmächte Folge leistete", sich zu einer Änderung seiner Politik gegen Österreich-Ungarn entschlossen. Die Folge davon war, daß es sich später nur den Mächten gegenüber für die Verletzung dieser Zusage verantwortlich fühlte. Wer diese Mächte in solchen Fällen waren — zwei annähernd gleichstarke Gruppen, die mit Mühe den Frieden untereinander aufrechterhielten —, ist schon gesagt worden. In Serbiens Macht lag es demnach, das zehnmal so starke Österreich-Ungarn ungestraft zu narren und zu

gefährden. Das ist der Sinn jener Einmischung der Mächte. Auf dieses Terrain sollte der Kampf sogleich wieder gebracht werden. Wie er ausgefochten werden sollte und welche Schätzung der Monarchie von seiten der russischen Regierung dabei zugrunde lag, geht aus dem geradezu unerhörten Passus der russischen Note hervor: „In dem Fall, daß die Mächte sich davon überzeugen, daß gewisse österreichische Forderungen wohlbegründet sind . . .“ Das heißt also: Von einer vollständigen Annahme der Note, die Österreich-Ungarn mit 48stündiger Frist und unter Androhung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen Serbien überreicht hat, ist von vornherein selbstverständlich gar keine Rede. Wenn man den Unterschied zwischen den Empfängern bedenkt, so ist die österreichisch-ungarische Note an Serbien zweifellos der Gipfel der Höflichkeit im Vergleich zu diesem Schriftstück, das die Petersburger Regierung in Wien zu überreichen wagte. Schon der Ton dieser Note zeigt, daß lange vor dem ersten Federstrich in Petersburg der Krieg eine beschlossene Sache war.

Daß es Rußland nicht auf eine objektive Entscheidung der Mächte, sondern auf Gewalt ankam, und daß gerade Rußland es war, welches den Zwiespalt zwischen den beiden großen Mächtegruppen von vornherein auf den vorliegenden Streitfall ausgedehnt wissen wollte, das geht aus einem Bericht des englischen Botschafters in Petersburg, Sir George Buchanan, an seine Regierung vom 24. Juli hervor. Er ist als Nr. 6 in dem vom Londoner Auswärtigen Amt herausgegebenen Blaubuch „Großbritannien und die europäische Krisis“ abgedruckt. An dem genannten Tage fand auf telephonische Einladung von Ssasonow zwischen diesem und den Botschaftern Englands und Frankreichs eine Beratung statt, während welcher Ssasonow verlangte, England solle sich von vornherein mit Rußland und Frankreich (das offenbar bereits von Anfang an nur als Verbündeter handelte) solidarisch erklären. Österreich-Ungarn, so sagte Ssasonow, würde nie einen solchen Schritt unternommen haben, wenn es nicht vorher Deutschland um Rat gefragt hätte. Diese Argumentation ist für die ganze russische Politik in dieser Krisis kennzeichnend. Ssasonow wollte auch hier wieder den österreichisch-ungarischen Schritt als eine Äußerung der Dreibundspolitik hinstellen, gegen die der Dreiverband mobilisiert

werden mußte. Demgegenüber sind die wiederholten Erklärungen der deutschen Regierung von höchstem Wert, wonach diese von der österreichisch-ungarischen Note an Serbien vor ihrer Überreichung keine genauere Kenntnis besessen hat, und ebenso der von Deutschland nachdrücklich vertretene Standpunkt, daß es sich nicht um eine Angelegenheit der Bündnispolitik, sondern um einen rein österreichisch-serbischen Konflikt handle. Allerdings hat die deutsche Regierung hinzugefügt, daß sie gegebenenfalls ihre Bündnispflicht gegen Österreich-Ungarn erfüllen würde. Wie selbstverständlich dieser Standpunkt war, und wie sehr er durchaus beispielsweise mit der Haltung Englands übereinstimmte, wird an anderer Stelle zu zeigen sein.

In jenem oben angeführten Gespräch mit dem englischen Botschafter am 24. Juli ist auch die Bemerkung Ssasonows von höchster Wichtigkeit, daß nach seiner Meinung die russische Mobilisierung auf jeden Fall durchgeführt werden dürfte. Bei der Besprechung der Ereignisse unmittelbar vor dem Kriegsausbruch wird auf diese Äußerung besonderes Gewicht zu legen sein.

Rußlands eigene Bundesgenossen und Freunde sind Zeugen für die Richtigkeit dieser Auffassung. Sir Edward Grey unterhält sich — noch immer am 24. Juli — mit dem französischen Botschafter in London, Paul Cambon, über die Möglichkeit einer Vermittlung zwischen Wien und Petersburg durch die vier übrigen Großmächte. Dabei schildert Cambon den erwarteten Verlauf der Dinge folgendermaßen: Nach zwei Tagen würde Österreich-Ungarn in Serbien einmarschieren, denn die Serben könnten unmöglich die österreichisch-ungarische Forderung erfüllen. Rußland würde durch seine öffentliche Meinung gezwungen sein, vorzugehen, sowie Österreich-Ungarn Serbien angriffe, und deshalb würde es, wenn Österreich-Ungarn erst Serbien angegriffen hätte, für jede Vermittlung zu spät sein. Diese interessante Stelle bedarf eines kurzen Kommentars. Für Serbien war die Annahme der österreichischen Note nur dann „unmöglich", wenn Rußland sie unmöglich fand. Abgesehen von der Selbstverständlichkeit dieser Behauptung, findet sich der Beweis dafür in einem Telegramm, das der serbische Kronprinz Alexander als Regent an Stelle des erkrankten Königs am 24. Juli an

den Zaren sendet. Darin heißt es unter anderem: „Wir sind bereit, diejenigen österreichisch-ungarischen Bedingungen anzunehmen, die mit der Stellung eines unabhängigen Staates vereinbar sind, ebenso wie diejenigen, deren Annahme uns von Ew. Majestät geraten werden wird." — Ferner ist zu der Äußerung Cambons zu bemerken, daß er von einer „öffentlichen Meinung" spricht, die Rußland zum Vorgehen veranlassen würde. Wir dürfen wohl diese oft zitierte drohende öffentliche Meinung mit der russischen Kriegspartei identifizieren, die aus einigen Großfürsten, dem Kriegsminister und verschiedenen anderen Leuten besteht und seit langem eine inoffizielle Regierung bildet, die nicht nur auf Ssasonow, sondern auch auf den Zaren einen immer steigenden Druck ausgeübt hat. Eines ihrer Häupter ist der Botschafter Iswolski in Paris, eines ihrer besten Werkzeuge war der verstorbene Gesandte Hartwig in Belgrad. Nach diesen Bemerkungen können wir die Äußerung des Herrn Cambon, von der oben die Rede war, folgendermaßen übersetzen: Rußland wird Serbien zur teilweisen Ablehnung der Note veranlassen; Österreich-Ungarn wird in Serbien einrücken, hierauf wird die Kriegspartei in Rußland die Oberhand gewinnen und so schnell losschlagen, daß den übrigen Mächten keine Zeit mehr bleibt, im Sinne des Friedens irgend etwas zu unternehmen.

So war die Lage, die Rußland gleich zu Beginn der Krisis herbeigeführt hatte, indem es willkürlich die Sache Serbiens zu seiner eigenen machte und den österreichisch-serbischen in einen österreichisch-russischen Konflikt verwandelte. Seine Bemühungen waren dahin gegangen, auch eine Vermittlung zwischen Wien und Petersburg unmöglich zu machen. Er versuchte, sich der unbedingten Solidarität Frankreichs und Englands zu versichern, um ein ersprießliches Zusammengehen der nicht unmittelbar beteiligten Mächte zu vereiteln, und da England und, wie wir hinzufügen können, auch Frankreich auf eine solche Vermittlung und auf die Erhaltung des Friedens Wert legten, machte Rußland Miene, durch schnelles militärisches Handeln jede Möglichkeit einer friedlichen Lösung kurz abzuschneiden. Um die Schärfe der Situation vollends zu kennzeichnen und jede Einkehr unmöglich zu machen, veröffentlichte die russische Regierung am 24. Juli die folgende

amtliche Erklärung, durch die sie die Sache Serbiens vor aller Welt zu der eigenen machte:

„Die letzten Ereignisse und die Überreichung eines Ultimatums an Serbien durch Österreich-Ungarn beschäftigen die Kaiserliche Regierung in höchstem Maße. Die Regierung folgt aufmerksam der Entwicklung des serbisch-österreichischen Konflikts, der Rußland nicht gleichgültig lassen kann."

In diesem Augenblick bewies Österreich-Ungarn seine ehrliche Friedensliebe. Der österreichisch-ungarische Botschafter in London, Graf Mensdorff, erklärte Sir Edward Grey, die Ablehnung der österreichisch-ungarischen Forderungen durch Serbien würde nebst dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen nur militärische Vorbereitungen (also die Mobilisierung), nicht aber den Einmarsch in Serbien zur Folge haben, mit dem Rußland, wie aus den Bemerkungen Cambons hervorgeht, augenscheinlich gerechnet hat. Durch diese Nachgiebigkeit erfüllte die Wiener Regierung eine Bitte Sir Edward Greys (Blaubuch Nr. 11) und gab dadurch den Weg für Verhandlungen frei, obwohl ihr bis zu diesem Augenblick geeignete Vorschläge als Verhandlungsbasis noch nicht gemacht worden waren. Die russische Forderung, die Frist des Ultimatums hinauszuschieben, wurde selbstverständlich abgelehnt, aber die praktischen Folgen des Bruches mit Serbien wurden hinausgeschoben.

Die noch übrige Zeit bis zum Ablauf der Frist für Serbien benutzten die Mächte des Dreiverbandes, um in Belgrad bezüglich der Antwort auf die österreichisch-ungarische Note Ratschläge zu erteilen. Wir kennen die englischen Vorschläge, die in Belgrad gemacht worden sind, und die vielleicht auch Frankreich unterstützt hat. Grey riet, Serbien solle, wenn die Beteiligung von Offizieren und Beamten an dem Mord erwiesen sei, Österreich-Ungarn volle Genugtuung versprechen. Es solle auf jeden Fall seine Teilnahme und sein Bedauern ausdrücken, im übrigen müßte es sich bei der Beantwortung der Note nach seinen Interessen richten. Es ist hier nicht am Platz, diesen Vorschlag zu kritisieren, da es sich zunächst nur um die Haltung Rußlands handelt. Aber die Vermutung, daß ohne den englischen und französischen Einfluß die serbische Note noch unbefriedigender ausgefallen wäre, wenn Rußland bei seinem Diktat freie Hand gehabt hätte, liegt um so

näher, als Ssasonow selbst in seiner zusammenfassenden Darstellung der Vorgänge bis zum Kriegsausbruch (Russisches Orangebuch Nr. 77) erklärt, die serbische Genugtuung für Österreich-Ungarn hätte die Erwartungen Rußlands überstiegen. Wenn die russische Regierung eine gewisse Mäßigung Serbiens duldete und auch später in verschiedenen Fällen so getan hat, als wäre sie zu einer friedlichen Austragung der Angelegenheit bereit gewesen, so geschah dies zweifellos mit Rücksicht auf England, welches sich dem Anscheine nach nicht für einen offenkundigen Friedensstörer entscheiden wollte. Daß die serbische Antwort im übrigen russischem Geiste und russischer Spitzfindigkeit entstammt, ist schon oben bewiesen worden. Keine Macht außer Rußland hat Serbien dazu veranlaßt, die österreichisch-ungarischen Bedingungen nicht vollinhaltlich anzunehmen, und aus eigenem Antriebe würde Serbien selbstverständlich niemals gewagt haben, Widerstand zu leisten. Vielmehr wird auf das bestimmteste behauptet, daß Serbien am 25. Juli bereit war, sich den Wünschen der österreichisch-ungarischen Regierung ohne Einschränkung zu fügen, als eine telegraphische Weisung aus Petersburg diesen Vorsatz vernichtete. Der Vollständigkeit halber sei in diesem Zusammenhange die Antwort des Zaren auf das oben erwähnte Telegramm des serbischen Kronprinzen erwähnt. Sie ist zwar in dem russischen Orangebuch vom 27. Juli datiert, aber wahrscheinlich liegt hier eine Fälschung vor, denn es ist nicht anzunehmen, daß das Telegramm des Kronprinzen vom 24. in einer so wichtigen Angelegenheit erst drei Tage später beantwortet worden wäre. In der Antwort des Zaren spielen die herzlichen Sympathien für das serbische Volk eine große Rolle, und die serbische Regierung wird aufgefordert, eine Lösung des Konflikts zu finden, die die Schrecken eines neuen Krieges vermeidet und gleichzeitig die Würde Serbiens wahrt. (Am 27. konnte die serbische Regierung nichts Derartiges mehr tun; der beste Beweis für den Datumschwindel des Orangebuchs.) Weiter aber telegraphiert der Zar: „Wenn wir trotz unseres aufrichtigsten Wunsches keinen Erfolg haben (in dem Bemühen, Blutvergießen zu vermeiden), dann kann Eure Hoheit versichert sein, daß Rußland keinesfalls an dem Schicksal Serbiens uninteressiert bleiben wird."

Es ist bereits an anderer Stelle auseinandergesetzt worden, aus welchen Gründen die serbische Antwort auf die österreichisch-ungarische Note die Wiener Regierung nicht zufriedenstellen konnte. Es wurde schon gesagt, daß Serbien, abgesehen von jenen Punkten, deren Erfüllung es ablehnte, die übrigen Forderungen Österreich-Ungarns nur bedingungsweise annahm, indem es nämlich die tatsächlichen Feststellungen der österreichisch-ungarischen Note gewissermaßen mit einem Fragezeichen versah und als eine keineswegs gesicherte, sondern höchst zweifelhafte Unterlage der österreichisch-ungarischen Wünsche hinzustellen bemüht war. Dieser grundsätzliche Unterschied kommt gelegentlich nur in kleinen grammatikalischen Änderungen zum Ausdruck, und von anderer Seite hat man das hartnäckige Festhalten der österreichisch-ungarischen Regierung als kindischen Eigensinn bezeichnet. Eine solche Beurteilung des österreichisch-ungarischen Standpunktes läßt sich nur erklären entweder aus gewolltem Mißverstehen oder aus wirklicher politischer Verständnislosigkeit. Zur leichteren Übersicht seien im folgenden die Forderungen der österreichisch-ungarischen Note und ihre Beantwortung durch Serbien nebeneinandergestellt.

Österreich.-ungarische Note:	**Serbische Antwort:**
Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. u. k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, d. h. die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken. Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die Königlich Serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 26./13. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:	Den Wünschen der k. u. k. Regierung entsprechend, ist die Königliche Regierung somit bereit, dem Gericht ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Serajewoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten. Sie verpflichtet sich insbesondere, auf der ersten Seite des Amtsblattes vom 13./26. Juli folgende Enunziation zu veröffentlichen: Die Königlich Serbische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein sollte, d. h. die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreißung einzelner Gebiete von der österreichisch - ungarischen Mon-

Österreich.-ungarische Note:

„Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda, d. h. die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen.

Die Königlich Serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die Königliche Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte.

Die Königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner, was immer eines Teiles Österreich-Ungarns, mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreichs ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jede Person vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollte, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird."

Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich überdies,

1. jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizt

Serbische Antwort:

archie abzielen, und sie bedauert aufrichtig die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.

Die Königliche Regierung bedauert, daß laut der Mitteilung der k. u. k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt, und daß diese damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die Königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die Regierung ...." (gleichlautend mit dem geforderten Texte).

Die Königliche Regierung verpflichtet sich weiter:

1. Anläßlich des nächsten ordnungsmäßigen Zusammentritts der Skupschtina in das Preßgesetz eine

Österreich.-ungarische Note:	Serbische Antwort:
und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist,	Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung der Monarchie, sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gerichtet ist. Sie verpflichtet sich, anläßlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikel XXII des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.
2. sofort mit der Auflösung des Vereins „Narodna Odbrana“ vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigen. Die Königliche Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder anderer Form fortsetzen,	2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür und auch die Note der k. u. k. Regierung liefert keine solchen, daß der Verein „Narodna Odbrana“ und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherische Handlungen dieser Art begangen hätte. Nichtsdestoweniger wird die Königliche Regierung die Forderung der k. u. k. Regierung annehmen und die Gesellschaft „Narodna Odbrana“, sowie jede Gesellschaft, die gegen Österreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.
3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren,	3. Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich ohne Verzug, aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien alles auszuscheiden, was die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte, falls ihr die k. u. k. Regierung tatsächliche Beweise für diese Propaganda liefert.

Österreich.-ungarische Note:	Serbische Antwort:
4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamten zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der Königlichen Regierung bekanntzugeben sich die k. u. k. Regierung vorbehält,	4. Die Königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zuschulden kommen lassen; sie erwartet, daß ihr die k. u. k. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.
5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. u. k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken,	5. Die Königliche Regierung muß bekennen, daß sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. u. k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, daß die Königlich Serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihren Gebieten die Mitwirkung von Organen der k. u. k. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, daß sie jede Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses, sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würden.
6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden. Von der k. u. k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen,	6. Die Königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hierzu speziell delegierten Organen der k. u. k. Regie-

Österreich.-ungarische Note:	Serbische Antwort:
	rung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozeßgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von den Ergebnissen der Untersuchung gemacht werden.
7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voja Tankosic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind,	7. Die Königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Voîslav Tankosic verfügt. Was aber den Milan Ciganovic anbelangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde. Die k. u. k. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung sobald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Serajewo gesammelten Schuldbeweise in der bezeichneten Form bekanntzugeben.
8. durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern, jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Serajewo bei dem Übertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und strenge zu bestrafen,	8. Die serbische Regierung wird die bestehenden Maßnahmen gegen die Unterdrückung des Schmuggelns von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern. Es ist selbstverständlich, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Sabac-Loznica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

Österreich.-ungarische Note:	Serbische Antwort:
9. der k. u. k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und dem Auslande, die ihrer offiziellen Stellung ungeachtet nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen,	9. Die Königliche Regierung ist gern bereit, Erklärungen über die Äußerungen zu geben, welche ihre Beamten in Serbien und im Ausland nach dem Attentat in Interviews gemacht haben und die nach der Behauptung der k. u. k. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die k. u. k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, daß diese Äußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die Königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Überführungsmittel hierfür zu sammeln.
10. die k. u. k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen.	10. Die Königliche Regierung wird, sofern dies nicht schon in der Note geschehen ist, die k. u. k. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Maßnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Maßregeln angeordnet und durchgeführt wird.

Vergleicht man die nebeneinander stehenden Punkte in den beiden Noten, so ergeben sich folgende Unterschiede. Österreich-Ungarn fordert, daß Serbien öffentlich die vorhandene Propaganda gegen die Monarchie verurteile, ihre Unterdrückung verspreche und die Offiziere und Beamten sowie die ganze Bevölkerung vor der weiteren Teilnahme daran warne. Die stillschweigende Voraussetzung ist dabei, daß die serbische Regierung die Existenz dieser Propaganda kennt und daß sie sie bisher zumindest geduldet hat. Die serbische Regierung aber trennt in ihrer Antwort streng zwischen dem Attentat in Sarajewo und der Propaganda in Serbien. Indem sie sich bereit erklärt, etwaige serbische Teilnehmer an dem Attentat gerichtlich zu verfolgen, lehnt sie den Zusammenhang dieses

Attentats mit der großserbischen Hetze ab, von der sie im übrigen nichts zu wissen vorgibt. Sie verurteilt Bestrebungen, die angeblich vorhanden sein sollen. Die Teilnahme von Offizieren und Beamten erfährt sie erst aus der Mitteilung der österreichisch-ungarischen Regierung. Es kann sich also jederzeit herausstellen, daß sich die österreichisch-ungarische Regierung geirrt hat. Die jahrelange fruchtlose Diskussion über die großserbische Propaganda, die durch die österreichisch-ungarische Note ein Ende finden sollte, müßte nach serbischer Auffassung jetzt erst eröffnet werden. Weiter wird nicht die Unterdrückung aller Hetzschriften zugesagt, sondern nur der Entwurf einer Änderung des Preßgesetzes, der ja vom Parlament jederzeit abgelehnt werden kann. Das sieht sehr verfassungsmäßig aus, macht aber die künftige Sicherheit Österreich-Ungarns vom serbischen Parlament abhängig und konstruiert, wenn man diese ganze Spiegelfechterei überhaupt ernst nehmen wollte, ein Entweder-Oder zwischen dem Buchstaben der serbischen Verfassung und der Sicherheit österreichisch-ungarischer Provinzen. Von grundsätzlicher Bedeutung ist die serbische Behauptung, die „Narodna Odbrana“ und ähnliche Vereine hätten keine verbrecherischen Tendenzen. Für die Hartnäckigkeit des serbischen Standpunktes kann nichts bezeichnender sein als die Weigerung, auch nur diesen Verein preiszugeben. Man könnte es ja verstehen, daß die Regierung ihre eigene Mitschuld an den österreichfeindlichen Verschwörungen leugnen wollte. Das Festhalten an der „Narodna Odbrana“, die den Kristallisationspunkt der revolutionären Bestrebungen des Großserbentums bildete, beweist aber, daß die serbische Regierung nicht nur an dem Werkzeug, sondern auch an den Bestrebungen festzuhalten gedenkt. Das Zugeständnis, diesen Verein aufzulösen, ist in diesem Zusammenhang wertlos, um so mehr, als die Forderung, die Propagandamittel dieser und ähnlicher Gesellschaften zu konfiszieren und die Neugründung solcher Vereine unter anderen Namen zu verhindern, überhaupt unberücksichtigt bleibt. Ein Kommentar dazu ist überflüssig. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß eben diese „Narodna Odbrana“ selbst nichts anderes ist als die neue Inkarnation einer auf ähnliche Weise aufgelösten „Narodna Ochrana“. Derselbe Vorbehalt der österreichisch-ungarischen Unglaubwürdigkeit wird auch in den Punkten 3

und 4 gemacht. In dem letzteren ist bemerkenswert, daß anstatt der geforderten Beseitigung politisch kompromittierter Offiziere und Beamter nur die Entlassung der im Sinne des Strafgesetzbuches Schuldigen bewilligt wird. Von einer solchen Maßregel würden selbstverständlich die Häupter der sogenannten Militärpartei und der großserbischen Bewegung, Leute wie General Jankovič, gänzlich verschont geblieben sein. Besonders heftigen Widerstand hat nicht nur in Serbien der Punkt 5 der Note gefunden, der aus bereits dargelegten Gründen die Teilnahme österreichisch-ungarischer Beamter bei der Unterdrückung der großserbischen Propaganda in Serbien verlangt. Die Antwort darauf ist eine versteckte Ablehnung. Die Berufung der serbischen Regierung auf das Völkerrecht hätte leicht beantwortet werden können, zumal, wie ja später erklärt wurde, in erster Linie die Mitwirkung österreichisch-ungarischer Organe bei der Voruntersuchung, nicht aber zunächst in dem strafgerichtlichen Verfahren selbst ins Auge gefaßt wurde. Dagegen hätte sich Österreich-Ungarn vernünftigerweise nicht darauf einlassen können, in dieser Hinsicht eine bindende Verpflichtung einzugehen, da man unmöglich mit allen den Schlichen schon vorher rechnen konnte, die von serbischer Seite zur Verhinderung der notwendigen Maßregeln angewendet werden würden. Die österreichisch-ungarische Forderung, die nur ohne jede Einschränkung als wirklich angenommen bezeichnet werden konnte, stellt keinen Eingriff in die Souveränitätsrechte Serbiens dar. Man könnte vielleicht sagen, daß sie einen solchen Eingriff nicht geradezu ausschließt. Aber diese Forderung ist, wie die ganze Note, der Ausdruck des berechtigten und tiefen Mißtrauens gegen die Funktionen des serbischen Staatswesens selbst. Es hätte an Serbien gelegen, durch ein korrektes Verfahren eine korrekte Auslegung jenes Punktes 5 von seiten Österreich-Ungarns herbeizuführen. Derselbe Geist spricht auch aus den Antworten auf die übrigen Punkte.

Die „fast vollständige Annahme" der österreichisch-ungarischen Note und die angeblich weitgehende Genugtuung, die der Monarchie zuteil werden sollte, würde also etwa in folgendem bestanden haben. Die serbische Regierung hätte der österreichisch-ungarischen Auffassung über die großserbische Propaganda vollkommen bei-

gepflichtet — nur hätte sie die Existenz dieser Propaganda angezweifelt und ihre eigene Mitschuld daran abgelehnt. Sie hätte weiter eine Untersuchung gegen verschiedene Persönlichkeiten wegen ihrer Teilnahme an dem Attentat von Sarajewo sowie wegen anderer Vergehungen gegen das Strafgesetz angestellt und hätte selbstverständlich die Unschuld der meisten, aber besonders der höhergestellten Persönlichkeiten nachgewiesen. Da die politischen Verbindungen dieser Herren mit österreichischen und ungarischen Provinzen überhaupt nicht zum Gegenstand eines Gerichtsverfahrens gemacht werden konnten, da ferner durch den Ausschluß österreichisch-ungarischer Organe diese Untersuchung, selbst wenn man sie auf politische Dinge ausgedehnt hätte, mit einer gewissen Vorsicht geführt worden wäre — so würde am Schluß die Haltlosigkeit aller österreichisch-ungarischen Anklagen gegen Serbien glänzend bewiesen worden sein, neuer Agitationsstoff zur Aufreizung der Bevölkerung gegen das gewalttätige Österreich-Ungarn wäre gefunden worden, das Ausland, das sich schon der österreichisch-ungarischen Note gegenüber so verständnisvoll gezeigt hatte, würde für Serbien gewonnen worden sein, und das Attentat auf den Thronfolger hätte schließlich mit einer ungeheuren moralischen Niederlage der Monarchie gegenüber dem Großserbentum geendet. Der englische Geschäftsträger in Belgrad hat vor Überreichung der serbischen Antwortnote ihren Inhalt an seine Regierung telegraphiert. Wir wissen nicht, ob er von der serbischen Regierung so mangelhaft unterrichtet wurde oder ob er ein so ungewöhnlich geringes Verständnis für die ganze Angelegenheit besessen hat. Jedenfalls ist das, was durch ihn die englische Regierung und bald darauf auch die übrigen Kabinette in letzter Stunde über die zu erteilende serbische Antwort erfuhren, geradezu irreführend gewesen. Nach seiner Inhaltsangabe stimmt die serbische Regierung der Veröffentlichung einer Erklärung ohne weiteres zu, und man sollte natürlich glauben, daß es die geforderte Erklärung ist. Die zehn Punkte werden mit Vorbehalten angenommen. Daß aber die Vorbehalte den Wert der Zugeständnisse vollkommen negieren, wird übersehen. Dagegen wird behauptet, die serbische Regierung stimme der Einsetzung einer gemischten Untersuchungskommission zu, wenn bewiesen wird, daß

dies nicht gegen den internationalen Brauch verstoße. Das ist eine direkte Unwahrheit. Die Unterdrückung der „Narodna Odbrana“ wird hier ebenfalls ohne jeden Zusatz bewilligt.

Es ist begreiflich, daß man in London die Annahme einer Note dieses Inhalts erwartete. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad nach dem Empfang der wirklichen Note sofort seine Pässe forderte und die serbische Hauptstadt verließ. Er hat dies zweifellos mit dem Bewußtsein der möglichen Konsequenzen seines Schrittes getan, aber auch mit dem Bewußtsein, daß keine Gefahr und keine Schmach, die sich im ärgsten Fall aus den Folgen dieses Schrittes für Österreich-Ungarn ergeben konnte, größer sein würde als diejenige, die durch ein Nachgeben seiner Regierung ganz unzweifelhaft über die Monarchie hereingebrochen wäre.

Baron Giesl hat es auch nicht für richtig gehalten, als Vertreter einer Großmacht von seiten eines Kleinstaates in einem so ernsten Augenblick eine Sprache zu dulden, wie sie die Note nicht nur in dem bisher besprochenen Teil, sondern noch mehr in ihrer Einleitung führt. Als Antwort auf die niederschmetternden Anklagen Österreich-Ungarns glaubt die serbische Regierung hier behaupten zu dürfen, es sei kein Versuch gemacht worden zu dem Zweck, den bestehenden politischen und rechtlichen Zustand in Bosnien und der Herzegowina zu ändern. Ja, noch mehr! Serbien habe in zahlreichen Fällen Proben seiner friedlichen und gemäßigten Politik gegeben, besonders während der Balkankrise. Und es sei Serbien und seinen Opfern zu danken, die es im ausschließlichen Interesse des europäischen Friedens gebracht habe, wenn dieser Friede gewahrt worden sei. Serbien ist also der Langmütige, Österreich-Ungarn der Friedensstörer. Serbien hätte es gar nicht nötig gehabt, dem schwachen Österreich-Ungarn gegenüber nachzugeben, es tat dies nicht unter einem Zwang, sondern um des lieben Friedens willen. Von Serbien habe es abgehangen, einen europäischen Krieg heraufzubeschwören oder nicht. Hört man aus diesen Worten nicht, neben einer geradezu unglaublichen Unverschämtheit, das stolze Bewußtsein, daß man in Belgrad ungehindert über das russische Millionenheer verfügen könne? Hat man nicht den Eindruck, als wäre weniger Serbien der Vasall

Rußlands denn umgekehrt? Nach einer solchen Sprache liest man fast über die weiteren Provokationen hinweg, die in diesem famosen Schriftstück folgen, über die „friedliche Arbeit“ der serbischen Vereine und über die Behauptung, die serbische Regierung sei für die Kundgebungen privaten Charakters in ihrem Lande nicht verantwortlich. Diese wenigen Züge dürften aber genügen, um das Gesamtbild der serbischen Haltung am Abend des 25. Juli zu vervollständigen. Mag Serbien die Monarchie für noch so schwach gehalten haben — sie hätte aus eigenem nie gewagt, eine derartige Sprache zu führen, und wären auch die Forderungen der österreichisch-ungarischen Note noch so unannehmbar gewesen. Man kann sich eine vollständigere Ablehnung dieser Forderungen denken, die dennoch bei weitem weniger aufreizend gewirkt hätte und die in weit geringerem Maß das unumstößliche Bewußtsein hätte erzeugen müssen, daß es sich hier nicht so sehr um eine serbische als um eine russische Antwort handelte, daß es nicht Serbien war, welches der angeblichen Erniedrigung durch Österreich-Ungarn den Untergang vorgezogen hätte, sondern daß es Rußland war, welches die Monarchie aufs tiefste verletzen und entweder unheilbar demütigen oder zum Kriege reizen wollte.

Ob man in Petersburg und Belgrad die Annahme der serbischen Antwort durch Österreich-Ungarn überhaupt ernsthaft für möglich hielt, bleibe dahingestellt. Sicher ist, daß man nichts weniger als zuversichtlich damit rechnete. Schon am 24. Juli erklärt Pasitsch dem russischen Geschäftsträger, er werde sich mit der Bitte an die Mächte wenden, die Unabhängigkeit Serbiens zu verteidigen, und fügte hinzu: „Schließlich, wenn der Krieg unvermeidlich ist — werden wir den Krieg machen.“ Am selben Tage findet in Petersburg ein Gespräch zwischen Ssasonow und dem serbischen Gesandten statt, wobei sich, wie Ssasonow dem englischen Botschafter erzählte, ergibt, Serbien würde für den Fall eines österreichisch-ungarischen Angriffs Belgrad aufgeben, seine Streitkräfte im Innern des Landes konzentrieren und gleichzeitig an die Mächte appellieren. Tatsächlich wird in Serbien bereits am 25. Juli, also vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Österreich-Ungarn, mobil gemacht. Aber auch Rußland trifft bereits an diesem Tage ungewöhnliche militärische Vorbereitungen

wie vor einem Kriege. Der dem Zaren persönlich attachierte deutsche General v. Chelius läßt durch die Botschaft nach Berlin berichten, daß die Truppenübungen im Krasnoe-Lager plötzlich abgebrochen, die Manöver abgesagt, die Regimenter in ihre Garnisonen beordert und die Kriegsschüler, die erst im Herbst zur Truppe kommen sollten, schon jetzt zu Offizieren ernannt werden. „Ich habe den Eindruck," so schließt der Bericht, „daß alle Vorbereitungen für die Mobilmachung gegen Österreich getroffen werden." Dieser Eindruck muß wohl richtig gewesen sein, da der deutsche Militärattaché in Petersburg bereits am folgenden Tage meldet, die Mobilmachung für Kiew und Odessa, wahrscheinlich aber auch für Warschau und Moskau, sei befohlen worden. Die Vorbereitungen zur russischen Mobilisierung sind also ebenso wie in Serbien begonnen worden, ehe Österreich-Ungarn überhaupt in der Lage war, sich zu der serbischen Antwortnote zu äußern. Wir sehen hier ganz davon ab, daß später aus der Anwesenheit kaukasischer und sibirischer Truppen in Europa während der ersten Kriegswochen der bündige Schluß gezogen werden konnte, daß die russische Mobilmachung nicht nur auf den 25. Juli, sondern wahrscheinlich schon auf den Mai zurückgeht. Wir begnügen uns vielmehr mit denjenigen Tatsachen, die schon während der in Rede stehenden Verhandlungen bekannt wurden und ihren Einfluß auf die Haltung Österreich-Ungarns und Deutschlands nicht gut verfehlen konnten. Wir dürfen die wichtigsten Ereignisse des 25. Juli folgendermaßen kurz zusammenfassen. Rußland diktiert der serbischen Regierung eine Antwort, die unter dem Schein der Nachgiebigkeit die österreichisch-ungarischen Forderungen im Wesen ablehnt. Es veranlaßt Serbien, an die Großmächte zu appellieren, indem es sich, wie aus dem oben erwähnten Gespräch Ssasonows mit dem englischen Botschafter hervorgeht, auf den analogen Fall von 1908 beruft. Gleichzeitig werden in Rußland und Serbien militärische Vorbereitungen gegen Österreich-Ungarn getroffen.

Es bedarf keiner besonderen Begründung dafür, daß Österreich-Ungarn ein Schiedsgericht oder auch nur eine Vermittlung in seinem Konflikt mit Serbien von vornherein ablehnte. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß auch die nicht unmittelbar beteiligten Großmächte eine solche Vermittlung nicht für möglich

gehalten haben. Von Rußland allerdings wurde sie zweifellos angeregt. Ssasonow erklärt sich in jenem Gespräch mit dem englischen Botschafter am 25. Juli bereit, beiseite zu stehen, wenn Frankreich, England, Deutschland und Italien den österreichisch-serbischen Konflikt in die Hand nehmen wollen. Das sieht ungemein friedfertig aus, ist es aber nur in der Form. Da dieser Vorschlag aber im Wesen eine Erniedrigung für Österreich-Ungarn enthält, so kann er für den Fall der Ablehnung nur dazu dienen, Österreich-Ungarn scheinbar ins Unrecht zu setzen und es als Angreifer hinzustellen. England und Frankreich nehmen diesen Vorschlag denn auch nicht ernst, sondern denken von vornherein an eine Vermittlung zwischen Wien und Petersburg. Das Eingreifen der Mächte im Sinne Ssasonows würde die Antwort auf den serbischen Appell gewesen sein, die Mächte würden sich dann gewissermaßen selbst zu Anwälten Serbiens gegenüber Österreich-Ungarn gemacht haben. Ist doch jener Vorschlag Ssasonows nur eine mildere Form jenes Verlangens, das er tags zuvor mit Unterstützung des französischen Botschafters dem Vertreter Englands gestellt hat: England sollte mit den beiden anderen gemeinsam Österreich-Ungarn einen aktiven Eingriff in die inneren serbischen Angelegenheiten verbieten. Der Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys dagegen betrachtet Rußland als Partei, das heißt als Anwalt Serbiens. Dadurch würden sich die übrigen Mächte als in der Sache selbst uninteressiert bezeichnen.

Der Vermittlungsvorschlag Greys ist also bereits eine Art Krompromiß zwischen dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Standpunkt. Da die von Österreich-Ungarn geforderte Handlungsfreiheit Serbien gegenüber von Rußland angezweifelt wird, so soll eine mittlere Linie gefunden werden, die beide Teile befriedigt. Greys Gedankengang ist klar. Er will die prinzipielle Frage, ob Österreich-Ungarn mit Serbien machen könne, was es wolle, überhaupt nicht anschneiden. Vielmehr faßt er nur den konkreten Fall ins Auge, den er aus der Welt schaffen will, indem Österreich-Ungarn eine befriedigende Genugtuung erhält, ohne daß die Interessen, die Rußland in Serbien für sich in Anspruch nimmt, verletzt werden. Dieser Weg fand in Wien und dem entsprechend auch in Berlin von vornherein keine Billigung, weil

Österreich-Ungarn dadurch abermals genau so wie 1908 seine Genugtuung und Sicherheit aus der Hand der Großmächte empfangen, nicht aber sich selbst verschafft haben würde. Ein künftiger Streitfall mit Serbien würde dann zweifellos abermals dazu geführt haben, daß dieses der Monarchie immer wieder die Genugtuung verweigert und sich von neuem auf die Großmächte berufen hätte. Die prinzipielle Frage, um die die englische Regierung herumkommen wollte, ließ sich also vom österreichisch-ungarischen Standpunkt nicht ausschalten, sondern stand vielmehr im Vordergrunde.

Die Wiener Regierung hat übrigens ihre Friedensliebe im höchsten Maß dadurch bewiesen, daß sie selbst ein angemaßtes russisches Interesse an Serbien so weit schonte, als es sich mit der Würde der Monarchie vereinigen ließ. Sie verpflichtete sich nämlich gleich von vornherein, für den Fall, daß der Krieg mit Serbien lokalisiert blieb, in Serbien keine Eroberungen zu machen und die Souveränität des serbischen Staates nicht anzutasten. Die Wiener Auffassung dieser Erklärung dürfte zweifellos die gewesen sein, daß die genannte Verpflichtung, betreffend die Souveränität Serbiens, als Kommentar für die in der österreichisch-ungarischen Note an Serbien aufgestellten Forderungen bzw. für ihre praktische Durchführung gelten konnte. Von seiten deutscher und österreichisch-ungarischer Diplomaten wurde denn auch der Meinung Ausdruck gegeben, Rußland könnte nunmehr die weitere Entwicklung der Dinge ruhig abwarten. Wenn Österreich-Ungarn bei der folgenden Austragung seiner Differenzen mit Serbien den Versuch gemacht hätte, serbisches Gebiet zu annektieren oder eine staatliche Abhängigkeit Serbiens herbeizuführen, dann würde es noch immer Zeit gewesen sein, daß Rußland einschreite. Bezeichnenderweise hat aber die österreichisch-ungarische Erklärung keinerlei Wirkung gehabt. Nicht nur von russischer, sondern auch von englischer Seite fuhr man fort zu behaupten, Österreich-Ungarn wolle Serbien zerschmettern. Der Konflikt behielt also seine anfängliche Schärfe nicht so sehr wegen der Unnachgiebigkeit Österreich-Ungarns als infolge des bewußten Mißverstehens seiner Absichten von seiten des Dreiverbandes. Immer wieder wird das angebliche Entgegenkommen Serbiens zum Vorwand für die Behauptung ge-

nommen, wenn Österreich-Ungarn wirklich die Absichten hätte, die es zu besitzen vorgebe, dann müßte es sich mit der Genugtuung zufriedengeben, die Serbien ihm biete, zumal dieses ja die österreichisch-ungarischen Forderungen angenommen habe. Wie die Dinge durch die Brillen des Dreiverbandes gesehen wurden, zeigt ein Telegramm des belgischen Gesandten in Berlin an seine Regierung vom 27. Juli, worin es heißt: „Nach einem Telegramm des britischen Geschäftsträgers in Belgrad hat die serbische Regierung in allen Punkten der östereichisch-ungarischen Note nachgegeben. Sie läßt sogar die Einmischung österreichisch-ungarischer Beamten zu, wenn diese sich mit den völkerrechtlicheu Bräuchen verträgt. Der britische Geschäftsträger meint, daß diese Antwort Österreich-Ungarn befriedigen müßte, wenn es nicht den Krieg wollte." Von dieser Auffassung wich man nicht ab, auch als die österreichisch-ungarische Regierung ihre Ablehnung der serbischen Antwort eingehend begründete. Der österreichisch-ungarische Botschafter in London Graf Mensdorff erklärt Sir Edward Grey am 27. Juli, aus der serbischen Antwortnote gehe hervor, daß es seine umstürzlerischen Absichten nicht aufzugeben gedenke, daß die Fortsetzung der Ruhestörungen in den österreichisch-ungarischen Grenzgebieten zu erwarten sei, die nach der Meinung Serbiens mit der Losreißung dieser Gebiete von der Monarchie enden soll. Österreich-Ungarn habe sich nur schwer und ungern zu seinem Vorgehen entschlossen, und um dieses Vorgehen zu verstehen, müsse man sich daran erinnern, wie Österreich-Ungarn von Serbien jahrelang beunruhigt und herausgefordert worden sei. Österreich-Ungarn werde nunmehr, da alle anderen Mittel versagten, zur Anwendung von Gewalt greifen müssen. Ein ähnliches Gespräch hatte bereits tags zuvor zwischen dem Botschafter in Petersburg Grafen Szapary und dem Minister Ssasonow stattgefunden. Die Erklärungen, die der österreichisch-ungarische Botschafter hier abgab, werden in einem englischen Bericht auf Grund von Mitteilungen Ssasonows dahin gekennzeichnet, Szapary habe versucht, die bedenklichen Seiten des österreichisch-ungarischen Vorgehens wegzudisputieren. Die Gründe, die Österreich-Ungarn in Petersburg vorbringen ließ, werden weiter nicht berücksichtigt. Bezeichnend ist auch, daß die späteren Veröffentlichungen des Dreiverbandes über die Entstehung

des Krieges das ausführliche Memorandum, das die österreichisch-ungarische Regierung gleichzeitig mit der Kriegserklärung veröffentlichte, in keiner Weise berücksichtigen. Dieses Memorandum aber zeigt deutlich, aus welchen Gründen die österreichisch-ungarische Regierung sich mit der serbischen Antwortnote nicht zufriedengeben konnte.

Die Stellungnahme des Dreiverbandes während dieser ganzen diplomatischen Erörterungen wurde im wesentlichen von Rußland beeinflußt. Dieses aber war entschlossen, die wesentlichen Punkte der österreichisch-ungarischen Note auch dann noch zu bekämpfen, als in Wien bereits die Akten über diesen Fall geschlossen waren. Ssasonows freundschaftliche Aussprache mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter am 26. Juli gipfelt darin, daß er einen Gedankenaustausch über die Note vorschlägt. Die Basis dieses Gedankenaustausches ist aber die Unannehmbarkeit der Punkte 1, 2, 4 und 5. Also nicht einmal die serbische Antwort sollte die Grundlage der direkten österreichisch-russischen Verhandlungen abgeben, zu denen sich die Petersburger Regierung plötzlich bereit erklärt. Die Ablehnung, die von Wien erfolgte, ist von dem oben gekennzeichneten Standpunkt aus selbstverständlich. Vom Standpunkt des Dreiverbandes aber wurde sie als neuer Beweis für die österreichische Widerspenstigkeit und Kriegslust gebucht, im Gegensatz zu den friedfertigen Absichten Rußlands. Daß die russische Regierung am selben Tage eifrig mobilisierte, kam dabei nicht in Betracht. Die englische Regierung aber, deren Haltung erst später ausführlich gekennzeichnet werden soll, verschanzte sich einfach hinter ihren Standpunkt, das Schicksal Serbiens gehe sie nichts an und sie sei mit jedem Vorgehen Österreich-Ungarns einverstanden, mit dem Rußland sich zufriedengebe. Grey erzählt über sein Gespräch mit Mensdorff am 27.: „Ich sagte, es schiene mir, als ob die österreichische Regierung glaubte, daß sie selbst nach der serbischen Antwort ohne weiteres den Krieg gegen Serbien beginnen könnte, ohne Gefahr zu laufen, eine Einmischung Rußlands zu veranlassen. Wenn sie mit Serbien Krieg führen und gleichzeitig Rußland befriedigen könne — dann sei alles in Ordnung; wenn aber nicht, dann würden die Folgen unberechenbar sein.“ Mit anderen Worten: die Einmischung Rußlands wegen

der österreichisch-ungarischen Note war vielleicht nicht ganz berechtigt. Da aber die serbische Antwort die erlaubten Wünsche Österreich-Ungarns befriedigt, ist jede weitere Maßregel ein Gewaltakt, der Rußlands Einschreiten rechtfertigt.

Das waren die Gesinnungen des Dreiverbandes, nachdem Österreich-Ungarn sich bereit gefunden hatte, um des lieben Friedens willen seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Serbien fast drei Tage untätig verstreichen zu lassen und nachdem es durch eine programmatische Erklärung seine rein defensiven Absichten in Bezug auf Serbien allen Kabinetten eindringlich zur Kenntnis gebracht hatte. Ein längeres Zögern würde in Serbien den Eindruck der Schwäche hervorgerufen und die Ansicht verstärkt haben, daß Österreich-Ungarn unter dem Drucke Rußlands zu einer wirksamen Aktion gegen Serbien außerstande gewesen sei. Man hatte sich in Wien überzeugen müssen, daß sachliche Darlegungen den Argumenten der Bündnispolitik gegenüber fruchtlos blieben, ja, daß die Beteuerung uneigennütziger Absichten selbst von sozusagen befreundeter Seite mit vagen und unbewiesenen Verdächtigungen hinterrücks begleitet wurden. Aufmerksame Leser des englischen Blaubuches werden darin Gerüchte erwähnt finden, daß Österreich-Ungarn den Sandschak erobern, daß es die Eisenbahn nach Saloniki in seinen Besitz bringen wolle. In dieser Lage beschloß man in Wien, einfach den Standpunkt einzunehmen, den man für den berechtigten hielt und mit vollem Bewußtsein aller möglichen Folgen das Vorgehen gegen Serbien zu beginnen. Die Kriegserklärung erfolgte am 28. Juli, und am selben Tage wurden die Feindseligkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eröffnet.

Das gegnerische Ausland und wohl auch viele derjenigen Völker, die in dem bald darauf entflammten europäischen Krieg neutral geblieben sind, haben in dieser Kriegserklärung unter dem Einflusse der russischen und englischen Darstellungen einfach einen Gewaltakt oder doch eine höchst leichtfertige Handlung gesehen. Regierungen und Völker haben mit kaum zu begreifender Beweglichkeit innerhalb weniger Tage ihr Urteil über Österreich-Ungarn von Grund auf geändert. Bis zum 23. Juli galt die Donaumonarchie als schwächlich, ihre Regierung als unentschlossen und

nicht fähig, zu handeln, ihr Kaiser als ein hilfloser Greis. Natürlich hatte man auch von einer Kriegspartei gesprochen, aber ihr angeblicher Führer, der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, war ja in Sarajewo ermordet worden. Sozusagen über Nacht wurde Österreich plötzlich in den Augen aller Welt zum Raubstaat, zu einem von frivolen Leuten regierten Gemeinwesen, das nicht davor zurückscheute, eine Welt mit Krieg zu überziehen, um seine herrschsüchtige Balkanpolitik weiterführen zu können. Niemand hat daran gedacht, daß es etwas anderes ist, wenn ein 84jähriger schwergeprüfter Mann nach fast 50 Friedensjahren ein Kriegsmanifest erläßt, als wenn etwa eine Handvoll russischer Großfürsten den Zaren in ein neues Abenteuer hineinstößt, kaum daß das Land die Folgen des letzten überstanden hat. Dieses Kriegsmanifest des Kaisers von Österreich hätte allein genügt, um eine andere Auffassung hervorzurufen, wenn es irgend jemand möglich gewesen wäre, sich einen Augenblick lang aus dem Bann der Schlagworte der europäischen Politik zu befreien. Von gegnerischer Seite ist dieser Krieg mit Schlagworten gemacht worden, auf seiten des Zweibundes nicht. Als hohle Phrase klingt es, wenn Rußland die Unabhängigkeit Serbiens als Lebensinteresse für sich in Anspruch nimmt, wenn England „in einem europäischen Konflikt nicht untätig zusehen kann“ oder gar die Neutralität Belgiens mit seinem Heer und seiner Flotte verteidigen zu müssen glaubt. Wohl aber spürt man das tiefe Bewußtsein der Verantwortung, das Gefühl des unabsehbaren schicksalsschweren Entschlusses, wenn ein greiser Fürst sein Volk mit folgenden Worten zu den Waffen ruft:

„Es war mein sehnlichster Wunsch, die Jahre, die mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren.

Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen.

Die Umtriebe eines haßerfüllten Gegners zwingen mich, zur Wahrung der Ehre meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherung ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen . . .

In dieser ernsten Stunde bin ich mir der ganzen Tragweite meines Entschlusses und meiner Verantwortung vor dem Allmäch-

tigen voll bewußt. Ich habe alles geprüft und erwogen. Mit ruhigem Gewissen betrete ich den Weg, den die Pflicht mir weist.

Ich vertraue auf meine Völker, die sich in allen Stürmen stets in Einigkeit und Treue um meinen Thron geschart haben und für die Ehre, Größe und Macht des Vaterlandes zu schwersten Opfern immer bereit waren. Ich vertraue auf Österreich-Ungarns tapfere und von hingebungsvoller Begeisterung erfüllte Wehrmacht. Und ich vertraue auf den Allmächtigen, daß er meinen Waffen den Sieg verleihen werde."

Mit solchen Gefühlen hat man sich in Wien entschlossen, an Serbien den Krieg zu erklären, das, wie man wußte, nur die Vorhut Rußlands bildete. Wir glaubten dies in der vorliegenden diplomatischen Erörterung erwähnen zu sollen. Haben doch auch die fremden Diplomaten in der österreichischen Hauptstadt von der Stimmung des Volkes gesprochen und sie als ein wichtiges Kennzeichen für die Lage geschildert. Die Leute, so schreibt der englische Botschafter, seien wild vor Freude, weil es gegen Serbien gehen solle. Es wird berichtet, daß man in Wien eine befriedigende Antwort der serbischen Regierung gar nicht wünschte, und daß man enttäuscht gewesen sein würde, wenn es nicht zum Kriege gekommen wäre. Diese Beobachtungen sind zwar nicht richtig, aber auch nicht falsch. Von einer wilden Freude war in Österreich-Ungarn kaum etwas zu merken, wohl aber sehr viel von einer stillen und ernsten Genugtuung. Millionen Menschen haben sich seit vielen Jahren zum erstenmal frei aufgerichtet, erlöst von dem Druck der Demütigung, die ihrem Vaterlande bisher in kleinen und großen Dingen ununterbrochen zuteil geworden war, erlöst von dem Bewußtsein der staatlichen Minderwertigkeit und des bevorstehenden Zerfalls, das man ihnen so lange suggeriert hatte, bis sie selbst anfingen, es widerstrebend zu glauben. Es ist auch nicht unmöglich, daß der einfache Bürger von einer zufriedenstellenden Antwort Serbiens zunächst enttäuscht worden wäre. Aber nicht deshalb, weil er den Krieg um jeden Preis suchte, sondern weil in Österreich-Ungarn das berechtigte Mißtrauen gegen die russisch-serbische Politik so tief eingewurzelt ist, daß man hinter dem plötzlichen Nachgeben Serbiens einen neuen Trick gesucht hätte, der das weitere Fortschleppen dieser langsamen Zerstörungspolitik

gegen Österreich-Ungarn ermöglichen sollte. Es hat lange gedauert, bis die äußerst friedfertige Bevölkerung des Reiches zu der Überzeugung kam, daß diese Vampire, die das Lebensblut des alten Staates langsam und vorsichtig aussaugten, nicht anders als durch Gewalt unschädlich gemacht werden könnten. Aber schließlich ist diese Überzeugung doch allgemein geworden, und es gab schließlich niemand, der den Krieg gegen Serbien nicht als Erlösung aus einem schweren Bann aufgefaßt hätte. Auch die weiteren Folgen eines solchen Krieges, der ja für sich allein nahezu bedeutungslos gewesen wäre, hat niemand unterschätzt. Aber es galt leben oder sterben, und wer vermöchte es einem halbwegs selbstbewußten Volk übelzunehmen, wenn es seinen Fortbestand selbst auf die Gefahr eines Weltkrieges hin verteidigen will? Die fremden Botschafter haben ganz richtig beobachtet, wenn sie die Volksstimmung in Österreich-Ungarn als einen wichtigen Faktor vor dem Ausbruch des Krieges bezeichneten. Sie sind Zeuge dafür, daß die Demonstrationen in Wien nicht, wie in Petersburg, von oben her arrangiert und von bezahlten Leuten veranstaltet worden sind. Sie hätten aber auch aus dieser Volksstimmung die elementare Notwendigkeit erkennen müssen, die den Leitern der österreichisch-ungarischen Politik ihren Weg gewiesen hat. Was sich in jenen Tagen abspielte, konnte man sehenden Auges weder auf die Skrupellosigkeit eines kleinen Kreises noch auf den Befehl eines kriegslustigen Verbündeten zurückführen. Die Dinge, die hier geschahen, waren ein Schicksal, das sich vollzog. Die berufenen Zeugen des Auslandes aber haben diesen nicht unwichtigen Umstand völlig übersehen.

An demselben Tage, als die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien erging, tauchte in Rom ein Plan auf, der bei gutem Willen aller Beteiligten vielleicht eine friedliche Lösung des ganzen Streitfalls hätte herbeiführen können. Der serbische Geschäftsträger in Rom äußerte dem Minister San Giuliano gegenüber, Serbien könnte die österreichisch-ungarische Note vielleicht annehmen, wenn Österreich-Ungarn Erläuterungen darüber abgeben wollte, in welchem Sinn die Einwirkung der österreichisch-ungarischen Funktionäre nach Punkt 5 und 6 der Note aufzufassen sei. Marchese di San Giuliano fand eine

befriedigende Erklärung für diese Punkte in dem österreichisch-ungarischen Memorandum, worin die Mängel der serbischen Antwort aufgezählt werden. Er weist auf die österreichische Bemerkung zu Punkt 6 hin, worin gesagt wird, daß die österreichisch-ungarischen Organe in Serbien nur an den polizeilichen Vorerhebungen, nicht aber an dem Gerichtsverfahren selbst teilnehmen sollten. In der Wiedergabe des italienischen Vorschlags durch den englischen Botschafter Sir Renell Rodd wird nun von „gerichtlichen und administrativen Maßnahmen" gesprochen, und es scheint, daß Marchese di San Giuliano durch die Beifügung des Wortes „administrativen" die österreichisch-ungarische Erklärung auch auf den Punkt 5 ausdehnen wollte, in welchem die staatspolizeiliche Mitwirkung österreichisch-ungarischer Organe bei der Unterdrückung der serbischen Umtriebe im allgemeinen gefordert wird. Sieht man von diesem Zusatz ab, der sicher den österreichisch-ungarischen Absichten nicht grundsätzlich widersprochen hat, so bedurfte es zur Aufklärung der serbischen Regierung überhaupt keiner neuen österreichisch-ungarischen Äußerung und noch weniger eines neuen Zugeständnisses. Die Auslegung der österreichisch-ungarischen Note, durch welche sie nach serbischer und italienischer Meinung jetzt plötzlich annehmbar wurde, war bereits in offizieller Form von Österreich-Ungarn selbst gegeben worden. Das betreffende Schriftstück, nämlich das schon zitierte Memorandum, befand sich in den Händen der Kabinette. Wenn man diese österreichisch-ungarische Auslegung als Konzession auffassen und die Note damit für annehmbar erklären wollte, dann stand nichts im Wege, daß die Mächte in Belgrad oder vielmehr in Nisch einen entsprechenden Rat erteilten. Es ist wahrscheinlich, daß Österreich-Ungarn auch zu jenem Zeitpunkte ein freiwilliges Nachgeben Serbiens mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hätte. Man versteht also nicht recht, warum eine so einfache Sache scheitern konnte.

Die Sache wird aber sogleich klar, wenn man liest, daß Marchese di San Giuliano schon am Tage vorher, nämlich am 27., vorgeschlagen hatte, Serbien solle auf den Rat der Mächte die österreichisch-ungarische Note unverändert annehmen. Dadurch würde es in den Stand gesetzt werden, zu sagen, es habe nicht

Österreich-Ungarn allein, sondern Europa nachgegeben. Im gleichen Sinne ist also auch der italienische Vorschlag vom folgenden Tage aufzufassen, nur daß er ein kleines Zugeständnis an Serbien enthält. Nunmehr versteht man auch, warum Sir Edward Grey auf den Bericht seines Botschafters in Rom antwortete: „Es ist mir unmöglich, mit den Botschaftern hier Verhandlungen einzuleiten, da ich den österreichischen Minister des Äußern dahin verstehe, daß Österreich keinerlei Diskussion auf der Grundlage der serbischen Note annehmen will, und der Sinn von allem, was ich aus Wien und Berlin gehört habe, ist, daß Österreich keinerlei Vermittlung der Mächte, in welcher Form immer, als Vermittlung zwischen Österreich und Serbien annehmen werde. Der italienische Minister des Äußern muß deshalb in Berlin und Wien sprechen."

Es handelt sich also letzten Endes immer wieder um die grundsätzliche Frage, ob Österreich-Ungarn imstande sein solle, sich selbst Recht zu verschaffen oder ob es nur auf Grund eines Appells an die Mächte seine Forderungen durchsetzen sollte. An dem weitgehenden Charakter der Konzessionen, die wenigstens England zu machen bereit war, ist zu erkennen, daß diese Formfrage im Grunde doch wichtiger schien als die Genugtuung, die Österreich-Ungarn im übrigen gewährt würde.

Die Anknüpfung von Verhandlungen durch Vermittlung der Mächte hatte allerdings zu diesem Zeitpunkt für Rußland eine bedeutend höhere Wichtigkeit erlangt als bisher. Denn die Grundlage solcher Verhandlungen wäre die Einstellung der Feindseligkeiten auf beiden Seiten gewesen. Rußland aber, das erst mitten in der Mobilmachung stand, brauchte einen solchen Aufschub, der die Aktion Österreich-Ungarns gegen Serbien so lange hinzog, bis Rußland selbst gegen Österreich-Ungarn losschlagen, die österreichisch-ungarischen Truppen auf sich ziehen und die Zerschmetterung Serbiens verhindern konnte. Dieses Ziel wurde durch die Vorspiegelung großer Konzessionen an Österreich-Ungarn nicht zu teuer erkauft. Man brauchte ja nicht zu halten, was man versprach oder versprechen ließ. Aus diesem Gesichtspunkt ist die Haltung Rußlands während der drei nächsten Tage zu erklären und zu verstehen.

Noch am 28., am Tage der Kriegserklärung Österreichs an Serbien, telegraphiert Ssasonow an seinen Botschafter in London: „Angesichts der Feindseligkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ist es notwendig, daß England eine dringliche Vermittlungsaktion unternimmt und daß die militärische Aktion Österreich-Ungarns gegen Serbien sofort unterbrochen werde. Sonst wird die Vermittlung nur als Vorwand dazu dienen, um die Lösung der Frage hinauszuschieben und wird Österreich-Ungarn inzwischen die Möglichkeit gewähren, Serbien völlig zu vernichten und eine beherrschende Stellung auf dem Balkan einzunehmen." Dieses Telegramm wird abgeschickt, während man nicht nur in Rußland, sondern auch in Frankreich bereits eifrig militärische Vorkehrungen trifft. Am selben Tage wird endlich von Rußland die Mobilmachung der Militärbezirke Odessa, Kiew, Moskau und Kasan offiziell angekündigt, und zwar als Antwort auf die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien. Selbstverständlich versichert man nach Berlin, diese Maßregel habe keine Spitze gegen Deutschland. Leider weiß man in Berlin bereits an diesem Tage, daß auch andere Militärbezirke längst mobilisiert werden, und zwar mit einer ganz erheblichen Spitze gegen Deutschland.

In der Zeit vom 29. bis zum 31. Juli entwickelt der Dreiverband plötzlich eine fieberhafte Tätigkeit, die auf die Erhaltung des Friedens gerichtet zu sein scheint. Da Österreich-Ungarn auch unter dem Drucke der russischen Mobilisierung weder die Vermittlung der Mächte annehmen noch seine militärische Aktion gegen Serbien länger verschieben will, so sucht man auf der Gegenseite nach neuen Konzessionen. Sir Edward Grey findet eine Formel, die gewissermaßen symbolisch das Recht Österreich-Ungarns zugestehen soll, gegen Serbien selbständig vorzugehen und andererseits geeignet ist, dem russischen Wunsch entsprechend eine wirksame Aktion in Serbien hinauszuschieben. Grey schlägt nämlich am 29. vor, Österreich solle die serbischen Gebietsteile, in denen es bereits steht, besetzt halten, bis es volle Genugtuung erlangt hat, aber während der Verhandlungen das weitere Vordringen aufgeben. Allerdings verliert dieser Vorschlag viel von seinem schönen Aussehen, wenn man bedenkt, daß die österreichisch-ungarischen Truppen am 29. noch keinerlei nennens-

wertes Gebiet in Serbien besetzt hatten. Aber das Entgegenkommen des Dreiverbandes oder vielmehr Englands geht noch weiter. Grey versichert, daß er keineswegs auf der Konferenzidee bestehe. Er läßt in der gesamten Londoner Presse erklären, daß man Deutschland die Ablehnung des englischen Vermittlungsvorschlages keineswegs übelnehme. Gleichzeitig fordert Grey die Berliner Regierung auf, doch ihrerseits einen geeigneten Vorschlag zur Erhaltung des Friedens zu machen. Die deutsche Regierung hat sich dieser Pflicht keineswegs entzogen, sondern schon tags zuvor, am 28. Juli, nach Petersburg mitgeteilt, sie bemühe sich unausgesetzt, Wien zu veranlassen, in Petersburg Zweck und Umfang des österreichisch-ungarischen Vorgehens in Serbien in einer unanfechtbaren und hoffentlich Rußland befriedigenden Weise klarzulegen. Aus diesem Telegramm geht deutlich der von der deutschen Regierung gemachte Einigungsvorschlag hervor. Die Einigung soll zustande kommen, erstens nicht infolge einer Vermittlung, sondern auf Grund direkter Besprechungen zwischen Wien und Petersburg, und zweitens soll als Basis dieser Besprechung nicht der österreichisch-serbische Notenwechsel, also der Konflikt selbst, sondern die grundsätzlich als berechtigt anerkannte militärische Aktion dienen, die Österreich-Ungarn zur Austragung dieses Konflikts gegen Serbien unternimmt. Deutschland verdient nicht den Vorwurf, mit dieser Anregung erst in letzter Stunde hervorgetreten zu sein. Denn nicht nur, daß das erwähnte Telegramm bereits vom 28. datiert ist, enthält es vielmehr außerdem noch einen deutlichen Hinweis darauf, daß diese Bemühungen schon die ganze Zeit über im Gange gewesen sind. Es ist bezeichnend für die russisch-englischen Rechtfertigungsversuche, daß weder das sonst so reichhaltige und gesprächige Blaubuch der englischen Regierung, noch viel weniger das russische Orangebuch davon auch nur eine Spur enthält. Man sollte meinen, daß dieser Vorschlag geeignet war, eine auch für Rußland befriedigende Lösung anzubahnen, zumal nach einer Äußerung des russischen Botschafters in Wien, Rußland nur eine Sicherheit verlangte, daß Serbien von Österreich-Ungarn nicht zerschmettert würde. Es sei andererseits zu begreifen, daß Österreich-Ungarn gezwungen sei, von Serbien Maßregeln zu erlangen, die seine südslawischen Pro-

vinzen von der Fortdauer der feindlichen Propaganda aus Serbien bewahren. Allerdings ist dies nur die Sprache, die dieser russische Diplomat seinem englischen Kollegen gegenüber führt. Sowie es sich darum handelt, die Sicherheiten selbst zu besprechen, die Rußland fordert, zeigt es sich, das Ssasonow oder seine Hintermänner von ihrem ursprünglichen Standpunkt nicht um Haaresbreite abgewichen sind. Noch am 30. diktiert Ssasonow dem deutschen Botschafter in Petersburg die endgültige Formel, deren Annahme seitens Österreich-Ungarns angeblich die Einstellung der russischen Mobilisierung zur Folge haben solle. Sie lautet: „Wenn Österreich anerkennt, daß die österreichisch-serbische Frage den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat und sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum die Punkte zu streichen, welche die serbischen Souveränitätsrechte antasten, dann verpflichtet sich Rußland, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen."

Diese Formel ist, wie gesagt, am 30. aufgestellt worden, also eine Woche nach der Überreichung des Ultimatums in Belgrad. Sie war das Resultat dieser Woche voll von Verhandlungen, voll von Erklärungen des durchaus selbstlosen österreichisch-ungarischen Standpunktes, voll von heuchlerischen Friedensversicherungen Rußlands. Die Petersburger Regierung war von ihrem Standpunkt nicht um Haaresbreite abgewichen. Sie war am 30. genau so wie am 23. fest entschlossen, Österreich-Ungarn entweder zu zwingen, daß es das Recht, ohne Einmischung Dritter die Ruhe an seinen Grenzen zu wahren, aufgebe und damit sein künftiges Schicksal selbst besiegele — oder den Vernichtungskrieg gegen die Monarchie zu eröffnen. Österreich-Ungarn sollte, sei es durch Demütigung und durch Unterwühlung, sei es durch Gewalt, vernichtet werden.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß Rußland nicht nur seine Gegner, sondern auch seine Verbündeten genarrt hat. Sir Edward Grey hat offenbar nach Kenntnisnahme der russischen Formel dem Botschafter Grafen Benckendorff gegenüber diese Meinung geäußert, denn der Botschafter machte Grey, wie er seiner Regierung meldet, darauf aufmerksam, „daß, seit Sie (Ssasonow) ihm vorgeschlagen hatten, alles anzunehmen, was er zugunsten der Erhaltung des Friedens anregen würde, vorausgesetzt, daß Öster-

reich die Verzögerung nicht zur Vernichtung Serbiens ausnützen könnte — sich seither die Situation, in der Sie sich damals befanden, offenkundig geändert habe. Zu diesem Zeitpunkt waren unsere (die russischen) Beziehungen zu Deutschland noch nicht kompromittiert. Nach der Erklärung des deutschen Botschafters in Petersburg, betreffend die deutsche Mobilisierung, hätten sich diese Beziehungen geändert und seine Forderung hätte von Ihnen die einzige Antwort erhalten, die eine Großmacht geben konnte". Es handelt sich um die durch den Botschafter in Petersburg übermittelte deutsche Forderung vom 29., die russische Mobilmachung einzustellen, da Deutschland sonst entschlossen sei, ebenfalls zu mobilisieren.

Rußland betrachtete also jetzt den Zeitpunkt als gekommen, die Maske abzuwerfen. Bisher hatte es vor seinen Verbündeten, besonders vor England, den Nachgiebigen gespielt. Es ging auf sämtliche Anregungen Englands ein und erklärte sich bereit, jeden Vorschlag Greys anzunehmen. In der Zwischenzeit aber wurde eifrig, wenn auch heimlich, mobilisiert, und zwar so lange, bis der Gegner gezwungen wurde, seinerseits Maßregeln zu treffen. Früher oder später mußte der Augenblick kommen, wo nicht nur Österreich-Ungarn, sondern auch Deutschland gegen diese russischen Vorkehrungen Protest erhob. Und dann war es natürlich an Rußland, sich als den Angegriffenen hinzustellen und den Krieg scheinbar an sich herankommen zu lassen. Offenbar mußte Rußland diese Taktik befolgen, um die Unterstützung Englands zu erwerben. England selbst hat diese Gefahr, wie es scheint, längst erkannt, und schon seit dem 24. Juli warnt es Rußland beinahe täglich, die Ereignisse nicht zu überstürzen, indem es eine verfrühte Mobilmachung beginne.

Rußland hat nicht nur planmäßig diese Situation herbeigeführt, die den Gegner ins Unrecht setzen sollte, sondern es hat noch jetzt bis zum letzten Augenblick nichts unterlassen, um durch falsche Vorspiegelungen den Gegner von der Ergreifung entsprechender Maßregeln abzuhalten. Aus den bisherigen deutschen Veröffentlichungen ist bereits genügend bekannt, wie man sich russischerseits bemüht hat, durch falsche Ehrenwörter in Deutschland den Glauben zu erwecken, daß keine militärischen Maßregeln

getroffen würden. Bekannt ist auch, daß zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren ein Depeschenwechsel stattfand, worin unter anderem der Zar den Deutschen Kaiser inständig bittet, alles zur Erhaltung des Friedens aufzubieten. Auf die Vorhaltung des Kaisers gibt der Zar am 30. Juli zu, daß die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen bereits fünf Tage vorher beschlossen waren, und zwar angeblich zur Verteidigung gegen die Vorbereitungen Österreich-Ungarns. Der Zar behauptet dies, wiewohl jeder Einsichtige erkennen mußte, daß die Mobilmachung von acht österreichisch-ungarischen Korps gegen Serbien einen Angriff auf Rußland doch sicher nicht befürchten ließ. Er behauptet dies weiter im Gegensatz zu den Erklärungen seiner eigenen Diplomaten, die schon vorher für Rußland das Recht in Anspruch genommen hatten, militärische Maßregeln zu treffen, wenn Österreich-Ungarn auch nur gegen Serbien vorgehe. Der Zar antwortet überhaupt nicht auf die ernste Mahnung des Kaisers, die Vermittlerrolle, die der letztere auf Wunsch des Zaren übernommen hatte, nicht zu gefährden oder gar unmöglich zu machen, sowie auf den Hinweis des Kaisers: „Die ganze Schwere der Entscheidung ruht jetzt auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen.“ Was der Zar darauf zu erwidern hat, ist einfach dieses: „Ich hoffe von ganzem Herzen, daß diese Maßnahmen (die russische Mobilmachung) in keiner Weise Deine Stellung als Vermittler beeinflussen werden, die ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, damit es zu einer Verständigung mit uns kommt.“

Also auch der Zar verlangt, Deutschland dürfe die russische Mobilmachung nicht zu hindern suchen, und es müsse Österreich-Ungarn zum Nachgeben bewegen. Dieser Standpunkt scheint nicht wesentlich verschieden zu sein von demjenigen, den die russische Regierung bisher eingenommen hatte. Man hat den Eindruck, daß der Zar nicht einen Augenblick daran gedacht hat, ernstlich nachzugeben, sondern daß er es eher für möglich hielt, Deutschland könnte Österreich-Ungarn im letzten Augenblick im Stich lassen, indem es ihm die Annahme einer unwürdigen Forderung empfahl. Im jetzigen Zeitpunkt läßt sich nicht einwandfrei feststellen, ob der Zar diesen Standpunkt von vornherein eingenommen hat, ja,

es läßt sich nicht einmal mit voller Bestimmtheit sagen, ob der offizielle Leiter der russischen Auslandspolitik mit vollem Bewußtsein jene schroffe Wendung vorgenommen hat, die, wenigstens in der äußeren Haltung Rußlands, am 29. und 30. festzustellen ist. Das politische Leben Rußlands wird von zu vielen verschiedenen Faktoren beeinflußt, als daß man ohne besondere Kenntnis der internen Vorgänge ohne weiteres zu sagen vermöchte, ob die Zickzackbewegungen der Regierung ausschließlich durch einen bestimmten Plan bedingt waren oder ob sie teilweise durch das Überhandnehmen gewisser Parteieinflüsse hervorgerufen wurden. Die letztere Ansicht wird in einem Bericht vertreten, den der belgische Geschäftsträger in Petersburg, Baron de L'Escaille, am 30. seiner Regierung sendet. Er legt nicht nur Zeugnis ab für die Bemühungen der Berliner Regierung und für die umfassenden militärischen Maßnahmen Rußlands, sondern er berichtet weiter die folgende interessante Tatsache: „In dem Ministerrate, der gestern früh stattfand, machten sich noch Meinungsverschiedenheiten geltend; die Bekanntgabe der Mobilisierung wurde verschoben, aber seitdem ist ein Umschwung eingetreten, die Kriegspartei hat die Oberhand gewonnen, und heute früh um 4 Uhr wurde die Mobilmachung bekannt gegeben." Nach diesem Bericht scheint das letzte Mittel der Friedenspartei darin bestanden zu haben, daß sie die Mobilmachung zunächst noch geheimhalten wollte. Wir können nicht beurteilen, ob sie auch daran dachte, die Maßregeln wieder rückgängig zu machen, oder ob Deutschland und Österreich-Ungarn nur hingehalten werden sollten. Sicher geht aus dem ganzen Zusammenhange hervor, daß zumindest gewisse Kräfte, die sich ja zum Schluß als die stärkeren erwiesen haben, vom Anbeginn am Werke waren, um entweder einen diplomatischen oder einen militärischen Zusammenbruch Österreich-Ungarns und Deutschlands herbeizuführen. Sicher ist aber auch, daß die letztgenannten beiden Reiche bis zum Schluß nichts unversucht ließen, um den Frieden zu erhalten. Es ist vielleicht dem persönlichen Einfluß Kaiser Wilhelms zuzuschreiben, daß sich die Wiener Regierung noch am 30. zu erneuten Verhandlungen mit Rußland bereit erklärte, und daß sie zumindest Aufklärungen über den Sinn der an Serbien gerichteten Note geben

wollte. Wäre Rußland die Erhaltung des Friedens ernst gewesen, dann war man jetzt an dem Beginn ersprießlicher Verhandlungen angelangt. Sir Edward Grey kennzeichnet am 31. die Lage vollkommen richtig, indem er dem Botschafter in Berlin telegraphiert: „Das Hindernis war bisher Österreichs Mißtrauen gegen die serbischen Versicherungen und Rußlands Mißtrauen gegen die österreichischen Absichten in bezug auf die Integrität und Unabhängigkeit von Serbien." Nun war es an der Zeit, daß Österreich-Ungarn, wenn es not tat, noch einmal die Berechtigung seines Mißtrauens gegen Serbien und die Lauterkeit seiner eigenen Absichten bewies. Dazu war es auch bereit; handelte es sich doch nicht mehr darum, seine Maßregeln selbst einer Kritik zu unterwerfen, sondern nur zu erklären, nach welcher Richtung es vorgehen wolle und müsse. Ganz Europa näherte sich in diesem Augenblick zweifellos dem österreichisch-ungarischen Standpunkt, und die Verhandlungen hätten, wie gesagt, jetzt beginnen können. In Wirklichkeit bereitete ihnen Rußland aber gerade auf diesem Punkt ein Ende, denn hier, wo sich zum erstenmal die Möglichkeit zeigte, eine halbwegs gerechte Lösung zu finden, hier mußte Rußland mit seinem durch und durch ungerechten und gewalttätigen Standpunkt die Gefahr einer Niederlage fürchten.

Das war der Augenblick, in dem die russische Regierung die insgeheim längst begonnene allgemeine Mobilmachung offiziell dekretierte. Damit waren selbst formell die Brücken zu einer friedlichen Verständigung abgebrochen. Was Deutschland in einem solchen Fall zu tun hatte, stand von vornherein fest. Schon am 25. Juli hatte der englische Botschafter in Petersburg, ein gewiß unverdächtiger Beurteiler, Ssasonow gewarnt, wenn Rußland mobilisierte, würde sich Deutschland seinerseits nicht mit einer einfachen Mobilmachung zufrieden geben und Rußland Zeit lassen, die seinige durchzuführen, sondern es würde wahrscheinlich sofort den Krieg erklären. Ganz im Sinne dieser selbstverständlichen Erwartung, aber mit viel mehr Geduld, als der englische Botschafter gehofft hatte, begnügte sich Deutschland angesichts der russischen Maßregeln, über deren Charakter längst kein Zweifel war, mit der freundschaftlich gehaltenen Mitteilung vom 29., die die deutsche Mobilmachung ankündigt, wenn die russischen Maßregeln nicht

eingestellt werden. Nach all dem, sowie nach den eindringlichen Warnungen Kaiser Wilhelms war die Publizierung der russischen Mobilmachung eine direkte Herausforderung Deutschlands, auf welche Berlin mit der Kriegserklärung antworten konnte, ohne in Wirklichkeit als Angreifer gelten zu dürfen. Jedenfalls aber würde eine mildere Maßregel als das kurzfristige Ultimatum an Rußland ein unwürdiges Zurückweichen Deutschlands bedeutet haben. Dementsprechend wurde der Zustand der drohenden Kriegsgefahr am 31. über das Reich verhängt, und der deutsche Botschafter in Petersburg verlangte die russische Demobilisierung binnen 12 Stunden. Eine Antwort auf diese Note ist nicht erfolgt. Wohl aber hat Herr Ssasonow, immer mit Rücksicht auf den englischen Bundesgenossen, die Heuchelei so weit getrieben, daß er noch an diesem Tage eine neue Formel ausarbeitete und dem englischen Botschafter übergab, die er als Basis für österreichisch-russische Verhandlungen vorschlagen wollte. Sie weicht grundsätzlich in keiner Weise von seinem vorhergehenden Vorschlage ab. Sie verlangt nach wie vor die Unterwerfung Österreich-Ungarns unter den Spruch der Großmächte und sagt dafür zu, daß Rußland unter den geforderten Voraussetzungen seine „abwartende Haltung“ bewahren werde.

Diese abwartende Haltung war die nunmehr offiziell kundgemachte fieberhaft betriebene Mobilisierung, für die Rußland nicht einmal dem unbeteiligten Deutschland Rechenschaft zu geben für nötig fand. Jenes Gemisch von Anmaßung und Heuchelei, womit Rußland schon seit acht Tagen die Verhandlungen führte, hatte jetzt einen Grad von Widerwärtigkeit und Unerträglichkeit erlangt, der die gewaltsame Lösung des ganzen unentwirrbaren Knotens zur Notwendigkeit, ja zur Erlösung machte. Millionen wirklich friedliebender Menschen haben deshalb aufgeatmet, als durch die Kriegserklärung, die Deutschland am 1. August an Rußland ergehen ließ, die unerträgliche Spannung ihr Ende fand. Am selben Tage wurde gleichzeitig im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn die Mobilisierung der Heere und Flotten proklamiert. Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Rußland ist allerdings erst am 6. August erfolgt. Sie war jedoch nicht mehr als eine bloße Formalität. Wohl aber diente sie dazu, noch einmal zu zeigen, daß die herrschenden Kreise in Rußland die

Schürzung des eigentlichen Konflikts, der zu diesem Kriege führte, überhaupt nicht abgewartet haben. Der Krieg, der angeblich durch Österreich-Ungarn heraufbeschworen worden ist, begann, während man gerade zwischen Wien und Petersburg neue Unterhandlungen eröffnet hatte. Rußland hat damit versucht, Deutschland als den Friedensstörer hinzustellen und aus der österreichisch-serbischen Angelegenheit einen Konflikt des Dreibundes mit dem Dreiverband zu machen. Die Zukunft wird dieses Ränkespiel richtig zu beurteilen wissen. Im Augenblick aber, auf den es den russischen Politikern allein ankam, gelang es ihnen leider, ihre Verbündeten Schritt für Schritt in den Krieg hineinzuziehen und sie zu Teilnehmern an dem unerhörtesten Gewaltakt zu machen, der jemals in der Welt begangen wurde.

Die anderen Großmächte vor dem Kriegsausbruch

Diese kurze Darstellung kann trotz ihrer beschränkten Aufgabe nicht geschlossen werden, ohne daß in wenigen Worten gesagt wird, auf welche Weise die nicht unmittelbar beteiligten Mächte in den Krieg hineingezogen wurden. Die Ursachen für diese Ausbreitung des Kampfes über den größeren Teil der Kulturwelt sind nämlich von höchstem Interesse auch für die Erwägungen, die den Ausgangspunkt der vorliegenden Schrift gebildet haben: die Stellung Rußlands zu der europäischen Politik überhaupt.

Es kann als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß, abgesehen von Rußland, keine europäische Großmacht an dem österreichisch-serbischen Konflikt ein so starkes Interesse hatte, um eine Einmischung zu versuchen. Sir Edward Grey hat dies vor dem Ausbruch des Krieges wiederholt betont, und man konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, daß es ihm peinlich war, aus einem solchen Anlaß in kriegerische Verwicklungen hineingezogen zu werden. Vom Standpunkt der unbeteiligten Großmächte gewann die Angelegenheit nur insofern Interesse, als sie ja von vornherein ihrem Wesen nach einen österreichisch-russischen Konflikt bedeutete. Die Beschwerden, die Österreich-Ungarn gegen Serbien vorzubringen hatte, und die Mittel zu ihrer Behebung, die es dabei verlangen mußte, haben freilich, wie wir schon erwähnten, auch bei England und Frankreich ein nur unvollkommenes Verständnis gefunden. Es läßt sich aber schwer entscheiden, wie weit diese teilweise Verständnislosigkeit gewollt war und einfach den Zweck hatte, das absurde Verhältnis zwischen den ersten Ursachen und den letzten Wirkungen zu verschleiern. Ich habe nicht das Gefühl, daß etwa England — von Frankreich gar nicht zu sprechen — anders gehandelt hätte, wenn es im Herzen die völlige Berechtigung aller österreichischen Schritte gegen Serbien eingesehen hätte. Denn Englands Haltung war von völlig anderen

Rücksichten diktiert. Für England bedeutete der österreichische Vorstoß gegen Serbien einen Eingriff in die russische Interessensphäre — weiter nichts. Für Frankreich trifft dies natürlich in noch erhöhtem Maße zu.

Die Haltung nicht nur Frankreichs, sondern auch Englands, vom Beginn der Krise an, zeigt unzweideutig, daß beide Mächte entschlossen waren, die Bestrebungen Rußlands zu unterstützen. Frankreich hat sich mit den Verbündeten gleich von vornherein solidarisch erklärt. England aber nahm den Standpunkt ein, daß es durch die serbische Frage nicht berührt werde und daß es sich ein Urteil darüber versagen müsse, andererseits aber entschlossen sei, in einem daraus entstehenden europäischen Konflikt seine Interessen zu wahren. Indem England Erklärungen in diesem Sinne nach beiden Seiten hin abgab, glaubte es den Schein der Korrektheit aufrechtzuerhalten. In Wirklichkeit aber trat es schon durch diese Stellungnahme auf die Seite Rußlands, denn ein England, das erst vor kurzem mit Rußland über ein Marineabkommen verhandelte, das mit Frankreich seit Jahren durch eine Militärkonvention sich verbündet, das mit Belgien für den Fall des deutsch-französischen Krieges bereits seine Abmachungen getroffen hatte — ein solches England konnte wohl kaum im Falle eines europäischen Krieges ein untätiger Zuschauer bleiben. Wenn nun Grey am 23. Juli in einem Gespräch mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Mensdorff die Möglichkeit eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn, Frankreich, Rußland und Deutschland erörterte, so war diese irreführende Bemerkung, gelinde gesagt, nicht ernst zu nehmen. Denn man konnte zwar im Zweifel sein, wie weit England sich der russischen Interessen annehmen werde; unzweifelhaft aber ist es der englischen Regierung zumindest gewesen, daß sie Frankreich in einem Kriege gegen Deutschland nicht im Stiche lassen würde. Die Möglichkeiten, die England für den Fall eines europäischen Krieges seiner eigenen Meinung nach offen stehen konnten, waren also nichts weniger als eine Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens. Wollte England den Krieg wirklich vermeiden, dann mußte es von vornherein den Weg für den europäischen Konflikt selbst versperren. Das war aber nur möglich, indem es von vornherein ablehnte, sich durch den serbischen Konflikt in einen Krieg

hineinziehen zu lassen. Eine Parteinahme für Österreich-Ungarn und gegen Serbien brauchte damit noch nicht einmal verbunden zu sein. Ein Vorgreifen gegenüber der Stellungnahme Rußlands konnte dies auch nicht genannt werden, da ja Rußlands Entschließungen durch eine solche Weigerung unberührt blieben, sofern Rußland geneigt war, seine vermeintlichen Balkaninteressen mit eigener Kraft durchzusetzen.

Wiederholt hat England hinterher in der Darstellung den Versuch gemacht, seine Stellung mit der Deutschlands in eine gewisse Parallele zu bringen, und es ist von seiten des Dreiverbandes sogar versucht worden, eine Drohung aus der deutschen Erklärung herauszulesen, daß Deutschland unbedingt seine Bundespflichten gegen Österreich-Ungarn erfüllen werde. In Wirklichkeit handelt es sich hier um eine Verdrehung der Tatsachen. Deutschland war durch den Bündnisvertrag verpflichtet, Österreich-Ungarn, wenn dieses von Rußland angegriffen würde, beizustehen. Das Wesen dieses Bündnisses aber bringt es mit sich, daß es von den beiden Vertragschließenden nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Sinne nach eingehalten wird. Wenn der Krieg darum auch formell zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ausbrechen sollte, so war man in Berlin keinen Augenblick lang im Zweifel darüber, daß Serbien nur als russischer Vorposten diesen Krieg provozieren konnte. Ebenso ist es nebensächlich, daß die Kriegserklärung an Serbien von Österreich-Ungarn ausgegangen ist. Die Monarchie war seit langem bereits der angegriffene Teil im Sinne des Bündnisses, und ein Vertrag, der Österreich-Ungarn nicht gestattet hätte, sich endlich gegen diese Bedrohung zur Wehr zu setzen, würde wertlos gewesen sein. Betrachtet man aber die Haltung Serbiens gegen Österreich-Ungarn als Angriff, dann entspricht die Hilfeleistung Deutschlands sogar dem Buchstaben des Dreibundvertrages, denn sein Artikel 2, der von dem Angriff einer fremden Macht auf einen der beiden Verbündeten handelt, enthält folgende Stelle: „Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von seiten Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel 1 dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller

Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschlusse."

Indem nun Deutschland den Standpunkt einnahm, daß Österreich-Ungarn das Recht der Notwehr gegen die serbischen Beunruhigungen besitze, zog es die selbstverständliche Folgerung aus dieser Auffassung, indem es seine Parteinahme für Österreich-Ungarn ankündigte, falls der Krieg nicht lokalisiert bliebe. Diese Forderung nach Lokalisierung des Krieges von seiten Deutschlands trug deshalb nicht nur der Würde und dem Interesse Österreich-Ungarns Rechnung, sondern sie war wirklich der einzige sichere Weg, den Deutschland zur Erhaltung des Friedens vorschlagen konnte.

Wir kennen den russisch-französischen Bündnisvertrag nicht. Aber auch hier gibt es nur zwei Möglichkeiten. Wenn dieser Vertrag einen ebenso defensiven Charakter besitzt wie der deutsch-österreichische, dann war es an Frankreich, zu prüfen, ob Rußland der angegriffene Teil sei oder der Angreifer. Das Resultat dieser Prüfung konnte von vornherein nicht zweifelhaft sein. Im ersten Stadium der Krise ist es überhaupt niemand eingefallen, Rußland als den angegriffenen Teil hinzustellen. Die russische Mobilisierung wurde beispielsweise von dem französischen Botschafter in London, noch ehe sie stattfand, als ein Nachgeben gegen die öffentliche Meinung angekündigt. Rußland hatte gegen Österreich-Ungarn kein Lebensinteresse zu verteidigen, zumal kein Mann an der galizischen Grenze mobilisiert wurde. Wenn aber Rußland seine Hegemonie auf dem Balkan als ein Lebensinteresse hinstellte, so ist das eine grundlose Behauptung. Mit demselben Recht oder mit noch viel größerem hätten Deutschland und Österreich-Ungarn während des Balkankrieges die Erhaltung der Türkei als Lebensinteresse hinstellen können. Um ein russisches Lebensinteresse konnte es sich um so weniger handeln, da ja Rußland in früheren Jahren den westlichen Balkan, abgesehen von Montenegro, selbst als österreichisch-ungarische Interessensphäre anerkannt hatte. Die Erweiterung seines Einflusses konnte Rußland vielleicht als einen Machtzuwachs verteidigen, nicht aber als ein Lebensinteresse. Und es konnte dies vollends nicht, wenn es

nicht vorher schon selbst dafür gesorgt hatte, daß seine Schützlinge die Sicherheit eines anderen Staates und dessen wirkliche Lebensinteressen nicht bedrohten. Beim Ausbruch der Krise konnte Rußland von niemandem, also auch von seinen Verbündeten nicht, als angegriffener Teil betrachtet werden. Dennoch hat sich Frankreich nach den uns vorliegenden Dokumenten zumindest schon am 24. Juli mit Rußland solidarisch erklärt. Wenn nun sein Bündnisvertrag, wie oben zunächst angenommen, einen rein defensiven Charakter gehabt hat, dann hat Frankreich diesen Vertrag überschritten. Frankreich aber wie auch Rußland haben ihre Stellung in der Hoffnung auf die englische Hilfe gewählt. Es wäre nun an England gewesen, Frankreich von vornherein seine Hilfe zu versagen, wenn dieses ohne Not die russischen Angriffsgelüste unterstützte. England hätte damit nicht nur seine Verpflichtungen gegen Frankreich nicht verletzt, sondern es hätte Frankreich nicht einmal einen moralischen Schaden zugefügt, denn nur Rußland konnte eine wohlverdiente diplomatische Schlappe erleiden, wenn es auf die Förderung der serbischen Bombenwerfer verzichten mußte. Frankreich selbst war bei der Sache ganz unbeteiligt.

Eine solche Stellungnahme der beiden Westmächte wäre durchaus logisch und auch ihrer Haltung während der Balkankrisis entsprechend gewesen. Im vorliegenden Fall stand überdies das klare Recht auf seiten Österreich-Ungarns und Deutschlands. Anstatt aber die daraus natürlich folgende Stellung einzunehmen, bequemten sich England und Frankreich zu einem ganz jämmerlichen Manöver, um ihre friedliche Gesinnung darzutun. Sie verständigten sich dahin, nichts zu unternehmen, ehe sie über die Haltung Rußlands informiert wären, und dem entsprechend äußerte sich auch Sir Edward Grey dem deutschen Botschafter gegenüber und lehnte mit dieser Begründung jeden Beeinflussungsversuch in Petersburg ab. In Wirklichkeit wußten sowohl Grey wie auch Paul Cambon am 24. bereits ganz genau, was Rußland tun würde. Man erinnert sich, daß an diesem Tage in einem Gespräch dieser beiden der weitere Verlauf des Konfliktes bereits vorausgesagt wurde.

Ein reines Gewissen hat übrigens im Dreiverband niemand gehabt. Man würde es sonst nicht nötig gehabt haben, alle die

Sophistereien vorzubringen, die schließlich aus der österreichisch-ungarischen Mobilisierung einen Angriff auf Rußland, aus der deutschen eine Gefährdung Frankreichs und aus dem deutschen Ultimatum einen Gewaltakt ohnegleichen machen mußten. In Wirklichkeit hat Österreich-Ungarn einfach gegen Serbien mobilisiert, das ja ein unabhängiger Staat ist und auch durch keinerlei bekannte Bündnisse die russische Hilfe zu beanspruchen hatte. Wenn nun Rußland seinerseits auch nur gegen Österreich-Ungarn Truppen mobilisierte, so war dadurch bereits, wie oben ausgeführt, für Deutschland der Bündnisfall gegeben. Dennoch hat Deutschland mit seiner Mobilmachung zunächst gewartet. In diesem Augenblick lag der russische Gewaltakt so klar zutage, daß selbst England stutzig wurde. In dieser Zeit, also am 29. und 30. Juli, scheint sich die Regierung in London zu ernsteren Bemühungen für die Erhaltung des Friedens aufgerafft zu haben. Ihre Vorschläge hätten, wie schon gesagt, vielleicht eine brauchbare Verhandlungsbasis ergeben können. Nun aber wurde England von Rußland selbst im Stich gelassen, indem Ssasonow erklärte, er widerrufe seine Zusage an England, wonach er dessen Vorschläge annehmen wollte. Als Ursache dafür wurden die geänderten Verhältnisse zwischen Rußland und Deutschland angeführt. Sie bestanden in einer freundlichen Mahnung Deutschlands an Rußland, seine offenkundige Mobilmachung einzustellen. Diese Mahnung und somit auch die geänderten Verhältnisse selbst, auf die sich Ssasonow berief, waren also von Rußland provoziert. Dieses Verhalten hätte Sir Edward Grey warnen und ihm die Möglichkeit geben können, noch in letzter Stunde zu erklären, daß er an einen derart gewaltsam heraufbeschworenen Krieg unter keinen Umständen teilzunehmen gedenke. Eine solche Erklärung hätte aber nur Sinn gehabt, solange kein unwiderruflicher Schritt von irgendeiner Seite getan worden war. Nun hat freilich Grey am 1. August der deutschen Regierung sagen lassen, sie solle einen vernünftigen Verhandlungsvorschlag machen; wenn Rußland und Frankreich darauf nicht eingehen wollten, würde England sie nicht unterstützen. Aber diese Äußerung kam erstens zu spät und zweitens hätte sie, um glaubwürdig zu sein, an Rußland und Frankreich gerichtet sein müssen.

Seit Rußland am 30. die allgemeine Mobilmachung verkündigt hatte, glaubte niemand, auch Grey nicht, ernstlich an die Erhaltung des Friedens. Von diesem Tage ab beginnt ein neues Stadium der Verhandlungen. England unterhandelt von jetzt an mit Deutschland über den deutsch-französischen Krieg. Nach der englischen Darstellung im Blaubuch war es Deutschland, welches diese Unterhandlungen eröffnet hat, und zwar bereits am 29. Die Unterredung zwischen Herrn v. Bethmann Hollweg und dem englischen Botschafter Goschen, die der letztere nach London meldet, beweist, daß der deutsche Reichskanzler den englischen Standpunkt von vornherein kannte und würdigte. Dieser konnte nur, wie schon gesagt, darin bestehen, daß England um keinen Preis die Sicherheit Frankreichs auf das Spiel setzen wollte. Die deutsche Regierung hätte allerdings geltend machen können, daß Frankreich es nicht nötig hatte, die russische Abenteuerpolitik bis zu einem Kriege mitzumachen. Aber das wären unfruchtbare theoretische Erörterungen gewesen, die den Tatsachen gegenüber wertlos waren. Die deutsche Regierung räumte das Recht oder die Pflicht Frankreichs ein, auch ihrerseits dem Bundesgenossen zu Hilfe zu kommen. Um nun England keinen Anlaß zum Aufgeben seiner Neutralität zu bieten, war Deutschland zu einem Opfer bereit. Es wollte sich verpflichten, im Falle eines Sieges kein französisches Gebiet in Europa für sich in Anspruch zu nehmen. Man muß zugeben, daß eine solche Verpflichtung für eine Großmacht, die vor einem Kriege nach zwei Fronten steht, das höchste Maß an Entsagung und Entgegenkommen bedeutet. Der englische Botschafter beantwortete diesen Vorschlag mit einer Gegenfrage, die, wenn sie auch, soweit wir wissen, nicht auf einer Instruktion der englischen Regierung beruht, dennoch den englischen Standpunkt sofort kennzeichnet. Er fragte nämlich, ob diese Zusage auch für die französischen Kolonien Geltung habe. Die zweite Frage, über die in diesem Zusammenhang gesprochen wurde, war die holländische Neutralität, die dritte die Neutralität von Belgien. Diese drei Fragen bildeten tatsächlich die Summe dessen, was angesichts eines bewaffneten Konflikts zwischen Deutschland und Frankreich für England als entscheidendes Interesse in Frage kam und es gegebenenfalls zur Teilnahme am Kriege veranlassen konnte.

Daß England die Integrität Frankreichs forderte, wurde schon begründet. Die holländische Neutralität und ihre Respektierung durch Deutschland war für England im Interesse der Selbstverteidigung von höchster Wichtigkeit, denn England würde sich bedroht gefühlt haben, wenn die holländische Küste in deutschen Besitz gekommen wäre. Dieselben Interessen waren teilweise auch in Bezug auf Belgien für England maßgebend. Hier aber kam noch etwas anderes hinzu. Der englische ebenso wie der französische Generalstab gingen von der Voraussetzung aus, daß Belgien ein wichtiger Schauplatz des künftigen deutsch-französischen Krieges sein würde. Für beide Gegner bildete es ein ideales Aufmarschgebiet, um der feindlichen Armee in die Flanke zu fallen und den Krieg in das Feindesland zu tragen. Es kam nur darauf an, wem die Besetzung Belgiens früher glückte. Dementsprechend würde der Kriegsschauplatz entweder die deutsche Rheinprovinz und Westfalen oder aber Nordfrankreich geworden sein. Wir wissen, daß der englische wie der französische Generalstab die Kooperation mit den belgischen Truppen — angeblich nur für den Fall der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland — bereits seit 1906 bis ins einzelne vorbereitet hatte. Wir wissen auch, daß Belgien mindestens seit 1912 nicht nur entschlossen war, für den Fall eines deutschen Einmarsches von England und Frankreich unterstützt, bewaffneten Widerstand zu leisten, sondern daß es seit dem angegebenen Zeitpunkt darauf gefaßt war, für den Fall des deutsch-französischen Krieges von vornherein in die Verwicklungen mit hineingezogen zu werden. Denn in dem genannten Jahre hatte der englische Militärattaché in Brüssel erklärt, England würde jedenfalls in einem deutsch-französischen Kriege in Belgien Truppen landen, da dieses ja nicht imstande sei, seine Neutralität selbst zu verteidigen. Alle diese diplomatischen und militärischen Vorkehrungen in Bezug auf Belgien haben allerdings nach der Darstellung der Beteiligten die Annahme zur Voraussetzung, daß auch im deutschen Generalstab ein Kriegsplan gegen Frankreich existiere, der mit der Verletzung der belgischen Neutralität von seiten Deutschlands rechne.

Nach diesen Erklärungen ist der von dem Botschafter Sir Edward Goschen in Berlin gekennzeichnete Standpunkt der eng-

lischen Regierung ganz klar. England wollte neutral bleiben, wenn Frankreich trotz der Teilnahme am Kriege in keiner Weise geschwächt würde, auch in seinem Kolonialbesitz nicht, ferner wenn Deutschland sich verpflichtete, den Einfall nach Frankreich durch Belgien zu unterlassen, also wiederum den Kriegsschauplatz von 1870 zu wählen, und drittens, wenn Deutschland durch die Respektierung nicht nur der belgischen, sondern auch der holländischen Neutralität der Nordseeküste fernblieb, von der aus es England selbst bedrohen konnte. Dazu ist zu bemerken, daß Deutschland, wenn seine Heere nicht durch Belgien marschierten, sondern in den Vogesenfestungen aufgehalten wurden, wenig Gelegenheit hatte, die französische Kanalküste zu erreichen, und daß deshalb vielleicht von englischer Seite dieser Punkt zunächst gar nicht berührt wurde.

Demgegenüber läßt sich das Anerbieten des deutschen Reichskanzlers folgendermaßen darstellen: Deutschland garantiert die Integrität des französischen Mutterlandes, nicht aber der Kolonien, für den Fall eines Sieges; es verbürgt die holländische Neutralität unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit; es übernimmt bezüglich Belgiens keine Verpflichtung, sondern macht seine Haltung in diesem Punkt von derjenigen Frankreichs abhängig, versichert aber gleichzeitig, daß es in Belgien keine Eroberungen machen wolle. Das eigene Interesse, welches England an der Aufrechterhaltung der belgischen Neutralität besitzt, nämlich die Verhinderung einer deutschen dauernden Niederlassung an der belgischen Küste, ist damit erfüllt.

Die englische Regierung lehnt diesen Vorschlag am 30. Juli ab, nachdem Sir Edward Grey schon am 29. den deutschen Botschafter in London gewarnt hatte, mit Rücksicht auf den freundschaftlichen Ton ihrer Unterredungen nicht allzusehr auf die friedlichen Absichten Englands zu bauen. In seiner Antwort an den Reichskanzler stellt sich Grey, ohne es direkt auszusprechen, vollkommen auf den Standpunkt des Verbündeten Frankreichs. Er weist den Vorschlag, die französischen Kolonien preiszugeben, mit Entrüstung zurück. Ebenso entrüstet ist er über die Zumutung, daß er die belgische Neutralität verkaufen solle. Die Kritik, die von deutscher Seite an diesem scheinbar tugendhaften

Standpunkt geübt wurde, ist vollauf berechtigt, schon deshalb allein, weil wir ja wissen, daß England selbst entschlossen gewesen ist, die belgische Neutralität zu verletzen, ebenso wie es viele andere völkerrechtliche Abmachungen verletzt hat. Grey war überzeugt, daß Frankreich und Deutschland ihre künftige Kriegführung viel zu sehr auf den belgischen Kriegsschauplatz eingestellt hatten, um nun plötzlich vollkommen ihren Plänen entsagen zu können. Und England selbst war an diesen Plänen viel zu aktiv beteiligt, als daß es ohne Heuchelei eine Verhandlung über die mögliche Einbeziehung Belgiens in das Kriegstheater mit solcher Entrüstung abweisen konnte.

Der äußerliche Standpunkt Englands war nun der, im letzten Augenblick eine Änderung aller dieser Kriegspläne herbeizuführen. Demgemäß richtete Grey am 31. die gleichlautende Anfrage nach Paris und Berlin, ob die dortige Regierung geneigt sei, die belgische Neutralität zu respektieren, solange als keine andere Macht sie verletzen würde. Er gibt auch der belgischen Regierung von diesem Schritt Kenntnis und fordert sie gleichzeitig auf, die belgische Neutralität gegebenenfalls mit aller Kraft zu verteidigen, das heißt, sich für den Fall des Konflikts Frankreich und England gegen Deutschland anzuschließen. Die scheinbar unparteiische englische Regierung, die nach dem obigen ganz genau weiß, daß Deutschland, wenn es sich von Frankreich auf der belgischen Seite bedroht sieht, Belgien für die Gewährung freien Durchmarsches die Integrität seines Territoriums und Entschädigung für alle sonstigen Verluste anbieten wird, verbietet also von vornherein der belgischen Regierung, einen derartigen Vorschlag anzunehmen. Vergleicht man die späteren kriegerischen Ereignisse, deren Möglichkeit doch auch die englische Regierung ins Auge fassen mußte, mit dem Zustande, der sich für Belgien ergeben haben würde, wenn es den deutschen Truppen freien Durchzug gewährt hätte, dann kann man nicht behaupten, daß die Greysche Politik ausschließlich das belgische Interesse im Auge gehabt hat.

Vorläufig allerdings war es zu jenem Vorschlag Deutschlands an Belgien ja noch nicht gekommen. Sir Edward Grey wußte auch noch nicht, wie Deutschland seine Anfrage über die Neutralität Belgiens beantworten würde, als er, ebenfalls am 31. Juli,

zu dem französischen Botschafter in London sagte, die Erhaltung der belgischen Neutralität sei kein entscheidender, wenn auch ein sehr wichtiger Faktor für die weitere Haltung Englands. Er sagt dies mit großer Vorsicht, weil er sich in jenem Augenblick der öffentlichen Meinung in England keineswegs sicher fühlt. Grey fürchtet mit Recht, daß die Mehrheit seiner Landsleute gegen den Krieg ist. Denn diese Mehrheit war ja nicht mit ihm in Paris gewesen und stand nicht unter dem Einfluß der französischen Chauvinisten und der russischen Kriegspartei. Grey aber, wie wir schon oft betonten, hat sich von diesen Kreisen längst wieder in den Haß und in das Mißtrauen gegen Deutschland tiefer und tiefer hineinziehen lassen. Noch ist er selbst vielleicht schwankend. Er braucht noch weitere Argumente für den Krieg, vor sich selbst und vor der öffentlichen Meinung seines Landes. Das unvermeidliche Ultimatum Deutschlands an Rußland und Frankreich kann nicht genügen, um die Angriffslust Deutschlands unwiderleglich zu beweisen. Die Frage der belgischen Neutralität ist dafür geeigneter. Sie wird es um so mehr, als Frankreich sich sofort mit großer Feierlichkeit bereit erklärt, die belgische Neutralität zu respektieren, während Deutschland zunächst gar keine Antwort gibt. Vielmehr berichtet der englische Botschafter in Berlin, der deutsche Staatssekretär habe ihm gesagt, man könne keine bestimmte Antwort geben, ohne den deutschen Kriegsplan zu verraten. Das ist gerade die erwünschte Bestätigung dessen, was man hören wollte. Man schließt einfach daraus, Deutschland sei entschlossen, die belgische Neutralität nicht zu respektieren. In Wirklichkeit stand die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß die Abgabe der verlangten Erklärung unmöglich war. Der englische Vorschlag bedeutete ja im Wesen nichts anderes als ein Abkommen zwischen zwei Kriegführenden, nämlich Deutschland und Frankreich, einen bisher bestehenden Kriegsplan aufzugeben, einen Kriegsplan, der nur durch Schnelligkeit dem einen oder anderen der Kriegführenden den Erfolg versprechen konnte. Deutschland hat sich geweigert, die Hand zu einem solchen an sich schon widersinnigen Abkommen zu bieten, weil es dies für eine Unehrlichkeit hielt. Diesen schweren Verdacht der Unehrlichkeit hat man in Berlin allerdings gegen die französische Regierung erhoben, denn man wußte, daß sie nicht nur alle mili-

tärischen Vorkehrungen zu dem Einmarsch nach Belgien getroffen hatte, sondern daß sie auch in Belgien selbst unzweideutige Maßnahmen traf, die auf ein Einverständnis mit der belgischen Regierung schließen ließen. Deutschland hätte also seine belgische Grenze trotz der französischen Zusage bewachen und überdies den Franzosen einen Vorsprung einräumen müssen. Der formelle Bruch der Zusage, die Frankreich gegeben hatte, ließ sich durch irgendeinen „Zwischenfall“ sehr wohl verschleiern, zu dem das franzosenfreundliche Belgien oder irgendeiner seiner Offiziere sicher gern die Hand geboten hätten. Die bekannten Gesinnungen der Belgier genügten ja allein schon, um die Partie ungleich zu machen. Wie berechtigt solche Befürchtungen waren, hat sich ja bald darauf ergeben, als Frankreich auf Grund der völlig unwahren Behauptung, daß österreichisch-ungarische Truppen an den Kämpfen im Elsaß teilnehmen, den Krieg an Österreich-Ungarn erklärte.

Der ganze Streit läuft also auf folgenden Gegensatz hinaus. England verlangte als Preis seiner Neutralität, daß Deutschland einen Scheinkrieg gegen Frankreich führe, ohne daß Deutschland die Sicherheit besaß, ob Frankreich ein gleiches tun werde; England verlangte weiter, daß Frankreich von vornherein gegen jede Einbuße geschützt werden müsse, ohne daß Deutschland eine gleiche Sicherheit für sich selbst erhielt.

In letzter Stunde tauchte noch ein Vorschlag auf, dessen Urheber nicht mit Sicherheit festzustellen ist. Frankreich sollte sich entschließen, neutral zu bleiben, und England sollte seine Neutralität garantieren. Der deutsche Botschafter in London behauptet, daß ihm dieser Vorschlag von Sir Edward Grey gemacht worden sei. Durch ein Telegramm des Kaisers an den König von England und durch ein zweites von Regierung zu Regierung wurde dieser Vorschlag deutscherseits sofort angenommen. Auf englischer Seite wurde geleugnet, daß der Vorschlag überhaupt gefallen sei, es hätte sich um etwas anderes gehandelt. Bemerkenswerter aber ist die Darstellung, die der deutsche Botschafter Fürst Lichnowski tags darauf am 2. August von dem Vorfall gab. Er telegraphiert ganz klar das Folgende: „Die Anregungen Sir Edward Greys, die auf dem Wunsche beruhten, die Möglichkeit

dauernder Neutralität Englands zu schaffen, sind ohne vorherige Stellungnahme mit Frankreich und ohne Kenntnis der Mobilmachung erfolgt und inzwischen als völlig aussichtslos aufgegeben."

Der angebliche Vorschlag ist am 1. August gemacht worden, also an dem Tage, an dem das deutsche Ultimatum in Petersburg und Paris abläuft und die deutsche Mobilmachung angeordnet wird. Es scheint nun nach der Darstellung Lichnowskis, daß Grey in diesem allerletzten Augenblick vor dem Äußersten zurückschreckte und einen ernsten Ausweg suchte. Er dachte einen Augenblick lang daran, Rußland seinem Abenteuer selbst zu überlassen, und machte, wie wir annehmen, dem Fürsten Lichnowski in unverbindlicher Form den erwähnten Vorschlag. Offenbar wollte er im Besitz der deutschen Zustimmung auf Frankreich einzuwirken versuchen. Er konnte in diesem Augenblick den Beweis liefern, daß Deutschland nicht eroberungssüchtig und nicht gewalttätig sei, daß die vorgebliche Angst Frankreichs vor dem deutschen Überfall jeder Begründung entbehre, und daß darum jetzt der entscheidende Augenblick gekommen sei, in dem Frankreich einen Frontwechsel vollziehen konnte. Wir glauben nicht, daß Grey es auf sich genommen hätte, Frankreich zwischen Morgen und Abend einen Vertragsbruch gegen Rußland zuzumuten. Wir schließen daraus, daß auch der russisch-französische Bündnisvertrag defensiver Natur ist, und daß Frankreich je nach der Auffassung des Konflikts zwischen Rußland einerseits und Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits, zu der es sich bekennen wollte, die Frage seiner Teilnahme positiv oder negativ beantworten konnte. Es scheint uns, daß sich Sir Edward Grey in diesem Augenblick noch einmal auf den Scheideweg gestellt hat zwischen der von der Petersburger Kriegspartei und von den Herrn Iswolski nahestehenden Pariser Kreisen betriebenen Lügenpolitik, die ihre aggressiven Tendenzen hinter einem vorgeblichen Mißtrauen gegen Deutschland verbargen, und jener anderen Politik, die ehrlich und sachlich nur mit den Tatsachen rechnete und nicht selbst Konflikte heraufbeschwören wollte. Die eine Politik mußte zum Zusammenstoß zwischen dem Dreiverband und dem Zweibund führen, und sie wollte es auch. Die andere aber hätte dem Dreiverband zweifellos den Garaus gemacht; sie würde ihn als das entlarvt

haben, was er war, als ein Bündnis ohne innere Notwendigkeit und als ein bloßes Instrument der Eroberungssucht. Wenn die französische Regierung in diesem Augenblick Vernunftgründen zugänglich gewesen wäre und die Friedensliebe Deutschlands, die sich in der augenblicklichen Annahme des Greyschen Vorschlages kundgab, anerkannt hätte, so würde ein einziger Staat benachteiligt worden sein, nämlich Rußland. Und darum behaupten wir auch, daß es Rußland gewesen ist, welches diesen letzten Versuch zur Erhaltung des Friedens zumindest indirekt vereitelt hat. Es braucht gar nicht unmittelbar eingegriffen zu haben, es ist gar nicht nötig, daß Herr Iswolski durch seine Vertrauten in Paris von der Sache Wind bekommen hat. Sein Einfluß hat in jahrelanger Arbeit den Chauvinismus einer Minderheit in Frankreich so genährt und großgezogen, daß diese Verblendeten allein schon genügten, um die Stimme der Vernunft zu unterdrücken. Zweifellos scheint es zu sein, daß Paris einen Strich durch die Rechnung Sir Edward Greys gemacht hat. Paris, das seit dem Beginn der Krise ganz zweifellos im Schlepptau der Petersburger Kriegspartei war, wollte den Krieg um jeden Preis, und es würde ihn auch begonnen haben, wenn Grey seine Zustimmung versagt hätte. Schon am 24. Juli hat dies der englische Botschafter in Petersburg seiner Regierung vorausgesagt.

Denn in Frankreich und Rußland kannte man Grey und wußte offenbar, daß er es nicht wagen würde, sich im Ernstfall von den bisherigen Bundesgenossen zu emanzipieren. Man hat ihn richtig erkannt. Denn wenn Sir Edward Grey im entscheidenden Augenblick mehr Mut und Klarheit besessen hätte, dann würde er aus der Haltung Deutschlands seinem letzten Vorschlag gegenüber erkannt haben, daß man in Berlin wirklich nicht so schlecht war, wie es von der anderen Seite dargestellt wurde. Er hätte es dann riskieren können, ein Machtwort zu sprechen, das den Krieg vielleicht dennoch verhindert hätte. Aber diesen Mut besaß Grey nicht. Er besaß ihn um so weniger, als auch in seinem eigenen Lande geheime Verbündete Rußlands existierten. Auch in England gibt es Leute, die den Angriff auf Deutschland als einen Selbstzweck betrachtet haben und die den deutschen Konkurrenten um jeden Preis vernichten wollten. Man sagt, daß

diese Partei im Auswärtigen Amt selbst ihre starken Vertreter besitze, nämlich den Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson. Grey selbst gehört meines Erachtens ebensowenig zu dieser Partei wie die Mehrheit seines Volkes, aber seine Unentschlossenheit und Abhängigkeit von fremden Meinungen hat ihn zum Mitschuldigen eines Verbrechens gemacht, das er hinterher mit dem Mäntelchen der belgischen Neutralität vor der Öffentlichkeit zu verbrämen suchte.

Die Schuld an dem Kriege haben nach dieser Darlegung also die Kriegsparteien in den Ländern des Dreiverbandes. Aber es ist ein Unterschied zu machen. In Frankreich und England handelt es sich um Minderheiten und vor allem um Leute, die, wenn auch vielleicht unbewußt, gegen das Interesse ihres Landes handeln. Es wird der Tag kommen, wo diese Männer vom Schauplatz werden zurücktreten müssen. In Rußland aber werden sie nie verschwinden, denn sie verkörpern das Wesen Rußlands selbst, jenes Landes, das noch Eroberungen machen darf und machen will. Nur hier darf man die Kriegspartei unbedenklich mit der Gesamtheit des Staates identifizieren, in Frankreich und England aber nicht. Mag auch Rußland dadurch emporgekommen sein, daß ihm Frankreich sein Geld, England seine Talente lieh, so ist doch der Sieg des russischen Wesens eine Niederlage Frankreichs und Englands. Nur Rußland wollte und brauchte diesen Krieg, und es hat ihn erreicht. Nur Rußland brauchte die Tripelentente, um in Europa einzufallen, dessen Feind es im innersten Herzen ist und bleibt. Nur Rußland kann dank seiner Größe und seinem Kulturzustande die ungeheuren Opfer an Gut und Blut gleichmütig ertragen, die dieser Krieg mit sich brachte, und die seine Gegner ebenso leiden lassen wie seine Verbündeten. Denn auch Frankreich und England gehören zur europäischen Kulturgemeinschaft und sind allen Voraussetzungen unterworfen, die für Europa gelten, für Rußland aber nicht. Daß sie in diesem Kriege nicht nur einen Akt der Selbstvernichtung, sondern auch einen Verrat begehen, ist Tatsache, aber, so paradox es klingt, so muß es dennoch gesagt werden: In diesen freiheitlichen Ländern haben nicht die Völker den Krieg gemacht, sondern einzelne, in Rußland dagegen ist er mitten aus dem Volkstum herausgewachsen. Er bildet vielleicht den Anstoß zu dem späteren Erwachen Rußlands;

und je mehr dieses uns fremde Volk erwacht, desto gefährlicher wird es uns werden. Die Westmächte aber werden eines Tages von anderen klügeren Männern geführt werden als vor dem Ausbruch dieses Krieges, sie werden sich dann ihrer wahren Stellung innerhalb Europas erinnern, wenn sie am eigenen Leibe die Früchte ihres Verrats erfahren haben werden. Dann wird es Zeit sein, der europäischen Politik ihre einzig wahre Richtung zu geben, sie von Mißbildungen, wie die Tripelentente eine ist, zu befreien und die Differenzen zwischen den europäischen Völkern einem höheren Interesse nachzuordnen, nämlich dem Kampf des Westens gegen den Einbruch des Ostens.

